

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2024/202002]

14. DEZEMBER 2023 — Programmdekret 2023 (1)

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL 1 — *PERSONENBEZOGENE ANGELEGENHEITEN*

Abschnitt 1 — *Gesundheit*

Artikel 1 - In Artikel 2 des Dekrets vom 1. Juni 2004 zur Gesundheitsförderung und zur medizinischen Prävention, abgeändert durch die Dekrete vom 26. Februar 2018 und vom 27. Februar 2023, wird folgender Absatz 5 eingefügt:

„Unbeschadet der Artikel 3 bis 4.1 kann die Regierung Maßnahmen im Bereich der Gesundheitsförderung organisieren.“

Art. 2 - In dasselbe Dekret, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 22. Mai 2023, wird folgender Artikel 4.1 eingefügt:

„Art. 4.1 - Punktuelle Förderung von Kleinstprojekten

Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel kann die Regierung Einrichtungen und Organisationen einen Zuschuss für die Organisation und Durchführung punktueller Projekte und Veranstaltungen im Bereich der Gesundheitsförderung gewähren, wenn diese:

1. als Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht mit Sitz im deutschen Sprachgebiet organisiert sind;
2. eine detaillierte Beschreibung der Maßnahme sowie eine überschlägige Schätzung der zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben einreichen;
3. nach Durchführung der Maßnahme einen aussagekräftigen Tätigkeitsbericht einreichen.

Der aufgrund des vorliegenden Artikels gewährte Zuschuss ist auf die Kosten der Maßnahme mit einem maximalen Zuschussbetrag von 5.000 Euro begrenzt.“

Art. 3 - Artikel 10.1 § 1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 27. April 2009, wird wie folgt ersetzt:

„§ 1 - Die Regierung kann Maßnahmen der medizinischen Prävention und der Gesundheitserziehung auf dem deutschen Sprachgebiet organisieren oder spezialisierte Einrichtungen der medizinischen Prävention mit Tätigkeit im deutschen Sprachgebiet anerkennen und fördern. Im Auftrag der Regierung können spezialisierte Einrichtungen außerhalb des deutschen Sprachgebiets Aufgaben in der medizinischen Prävention für die Deutschsprachige Gemeinschaft übernehmen.“

Abschnitt 2 — Senioren

Art. 4 - Artikel 100 des Dekrets vom 13. Dezember 2018 über die Angebote für Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf sowie über die Palliativpflege, abgeändert durch das Dekret vom 28. März 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. Folgender Absatz 3 wird eingefügt:

„Während der gemäß Absatz 1 festgelegten Übergangsdauer können Dienstleister von Wohn- und Pflegezentren für Senioren die in den gemäß Absatz 2 abgeschlossenen Verträgen festgelegte Anzahl Anwesenheitstage in der erhöhten Unterstützungskategorie um höchstens 3

überschreiten und die Anzahl Anwesenheitstage in der geringen Unterstützungskategorie entsprechend unterschreiten. In diesem Fall:

1. ist die bewohnerbezogene Bezuschussung auf den im Vertrag festgelegten Höchstzuschuss begrenzt;
2. erfolgt die bewohnerbezogene Bezuschussung der in der erhöhten Unterstützungskategorie zusätzlich geleisteten Anwesenheitstage anhand der Multiplikation der Anzahl zusätzlicher geleisteten Tage mit der für die geringe Unterstützungskategorie anwendbaren Tagespauschale.“

2. Folgender Absatz 4 wird eingefügt:

„Alle Dienstleister von Wohn- und Pflegezentren für Senioren erhalten nach Ende der in Absatz 1 erwähnten Übergangsdauer und unbeschadet des Absatzes 2 je Unterstützungskategorie eine einheitliche Bezuschussung gemäß Artikel 57.“

Abschnitt 3 — Familie

Art. 5 - Artikel 7 des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 Nummer 1, abgeändert durch das Dekret vom 22. Mai 2023, wird die Wortfolge „der belegt“ durch die Wortfolge „der nicht älter als zwei Monate ist und belegt“ ersetzt.

2. In Absatz 2, abgeändert durch die Dekrete vom 2. März 2015, 10. Dezember 2020 und 15. Dezember 2021, wird zwischen das Wort „statt“ und das Komma die Wortfolge „und richtet sie sich an Grundschüler“ eingefügt und Satz 3 wie folgt ersetzt:

„Die Sicherheit der Räumlichkeiten von Kinderbetreuungsstellen mit einer Aufnahmekapazität von mehr als 18 Betreuungsplätzen wird insbesondere durch ein positives Brandschutzgutachten des zuständigen Feuerwehrkommandanten belegt.“

3. Zwischen Absatz 2 und Absatz 3, der zu Absatz 4 wird, wird folgender Absatz eingefügt:

„In Abweichung von Absatz 2 kann die Regierung Fälle festlegen, in denen für Kinderbetreuungsstellen mit einer Aufnahmekapazität von 18 oder weniger Betreuungsplätzen ein positives Brandschutzgutachten erforderlich ist.“

4. In Absatz 4, der zu Absatz 5 wird, wird die Wortfolge „in Absatz 1“ durch die Wortfolge „im vorliegenden Artikel“ ersetzt.

Art. 6 - In Artikel 8 § 1 Absatz 3 desselben Dekrets wird die Angabe „Absatz 3“ durch die Angabe „Absatz 4“ ersetzt.

Art. 7 - In Artikel 9 desselben Dekrets wird zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, folgender Absatz eingefügt:

„Zusätzlich sorgen die anerkannten Dienstleister nach Erhalt der Anerkennung dafür, dass für die in Artikel 7 Absatz 1 Nummer 1 erwähnten Personen zu jeder Zeit eine Fassung der dort erwähnten Unterlagen vorliegt, die nicht älter als ein Jahr ist.“

Art. 8 - Artikel 10.1 Absatz 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 22. Mai 2023, wird wie folgt ersetzt:

„Die Regierung legt Folgendes fest:

1. die Verfahren zur Schließung einer Kinderbetreuungsstelle in Dringlichkeit;
2. die Auswirkungen der Schließung in Dringlichkeit auf die Anerkennung des Dienstleisters;
3. die Einspruchsmöglichkeiten im Fall einer Schließung in Dringlichkeit.“

Art. 9 - In Artikel 12 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 12. Dezember 2019 und 22. Mai 2023, wird folgender Absatz 4 eingefügt:

„Unbeschadet des Absatzes 2 kann die Regierung bei bezuschussten Dienstleistern und dem Zentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinderbetreuung die Modalitäten einer Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten an der Kinderbetreuung festlegen.“

Abschnitt 4 — Soziales

Art. 10 - Artikel 3 des Dekrets vom 11. Dezember 2017 über Integration und das Zusammenleben in Vielfalt wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 12, eingefügt durch das Dekret vom 15. Dezember 2022, wird die Wortfolge „kostenlos angebotene Aufsicht der Kinder der teilnehmenden Migranten im Alter von mindestens vier Monaten und höchstens drei Jahren.“ durch die Wortfolge „garantierte kostenlose Aufsicht der Kinder der teilnehmenden Migranten,“ ersetzt.

2. Folgende Nummer 13 wird eingefügt:

„13. in der Kinderaufsicht tätige Person: natürliche Person, die im Auftrag des Trägers des anerkannten Sprach- und Integrationskurses tätig ist und selbst Kinder beaufsichtigt oder unmittelbar und regelmäßig mit beaufsichtigten Kindern in Kontakt kommt.“

Art. 11 - Artikel 10.1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 15. Dezember 2022, wird wie folgt ersetzt:

„Art. 10.1 - Kinderaufsicht

§ 1 - Zur Aufrechterhaltung der Anerkennung der Sprach- und Integrationskurse garantieren deren Träger im Rahmen des Integrationsparcours eine Kinderaufsicht.

Die Kinderaufsicht ist für Migranten kostenlos. Sie wird parallel zu den anerkannten Sprach- und Integrationskursen angeboten und ist zugänglich für die Kinder der teilnehmenden Migranten im Alter von vier Monaten bis zu drei Jahren.

In Abweichung von Absatz 2 kann der Träger der anerkannten Sprach- und Integrationskurse für ein oder mehrere Kinder der teilnehmenden Migranten im Alter von höchstens zwölf Jahren eine begründete zeitlich begrenzte Ausnahmegenehmigung bei der Regierung beantragen.

Die Regierung legt die weiteren Modalitäten der Kinderaufsicht, die Höhe der und die Bedingungen zur Bezuschussung der Kinderaufsicht sowie das Verfahren zur Beantragung der in Absatz 3 erwähnten Ausnahmegenehmigung fest.

§ 2 - Vor Inanspruchnahme der Kinderaufsicht schließt der Träger des anerkannten Sprach- und Integrationskurses eine Vereinbarung mit dem Migranten ab.

§ 3 - Die Kinderaufsicht findet in einem angemessenen Umfeld und in ausreichend großen, sicheren und sauberen Räumlichkeiten statt. Die Regierung legt die hierfür anwendbaren Kriterien fest und prüft die Räumlichkeiten. Die Sicherheit der Räumlichkeiten wird insbesondere durch ein positives Brandschutzgutachten des zuständigen Feuerwehrkommandanten belegt.

§ 4 - Der Träger des anerkannten Sprach- und Integrationskurses sorgt dafür, dass die in der Kinderaufsicht tätigen Personen, die von ihm beauftragt wurden, vor Beginn der Tätigkeit folgende Bedingungen erfüllen:

1. Sie weisen einen Auszug aus dem Strafregister gemäß Artikel 596 Absatz 2 des Strafprozessgesetzbuches vor, der nicht älter als zwei Monate ist und belegt, dass sie keinen Eintrag im Strafregister haben, der ihnen die Tätigkeit im Bereich der Erziehung, der psycho-medizinisch-sozialen Betreuung, der Jugendhilfe, des Kinderschutzes, der Animation für oder Betreuung von Minderjährigen untersagt. Liegt der Wohnsitz dieser Personen im Ausland, weisen sie ein gleichwertiges Dokument einer zuständigen Behörde vor, das den Zugang zu einer Tätigkeit ermöglicht, die in den Bereich der Erziehung, der psycho-medizinisch-sozialen Betreuung, der Jugendhilfe, des Kinderschutzes, der Animation für oder Betreuung von Minderjährigen fällt.

2. Sie weisen ein ärztliches Attest vor, das nicht älter als zwei Monate ist und belegt, dass sie gesundheitlich in der Lage sind, Kinder zu betreuen.

3. Insofern dies nicht aus dem in Nummer 2 erwähnten ärztlichen Attest hervorgeht, weisen die in der Kinderaufsicht tätigen weiblichen Personen, die jünger als 55 Jahre sind, einen ärztlichen Beleg vor, dass sie gegen Röteln immunisiert sind. Die Verweigerung einer gegebenenfalls noch ausstehenden Impfung wird nur aufgrund eines entsprechenden begründeten ärztlichen Attestes angenommen.

4. Sie verpflichten sich, keine berufliche oder außerberufliche Aktivität auszuüben, die nicht mit der Kinderaufsicht zu vereinbaren ist oder die sie während der Dienstleistungsstunden von der Aufsicht der Kinder abhalten könnte.

Der Träger des anerkannten Sprach- und Integrationskurses sorgt dafür, dass nach Beginn der Tätigkeit für die in der Kinderaufsicht tätigen Personen, die von ihm beauftragt wurden, zu jeder Zeit eine Version der in Absatz 1 Nummer 1 erwähnten Unterlagen vorliegt, die nicht älter als ein Jahr ist.

Die Regierung kann die in Absatz 1 aufgeführten Bedingungen präzisieren und weitere Bedingungen festlegen, insofern diese zu einer Erhöhung der Qualität der Kinderaufsicht beitragen können und unbeschadet des Artikels 29 Absatz 4 keine zusätzliche Verarbeitung personenbezogener Daten zur Folge haben.

§ 5 - Die Regierung kann einen Standort der Kinderaufsicht des Trägers eines anerkannten Sprach- und Integrationskurses in Dringlichkeit und ohne vorherige Aufforderung oder Anhörung aus einem der folgenden Gründe vorläufig schließen:

1. aus volksgesundheitlichen Gründen;

2. wenn ernsthafte Hinweise vorliegen, dass das Kindeswohl, die Sicherheit der Kinder oder die Gesundheit der Kinder gefährdet wird;
3. wenn ernsthafte Hinweise vorliegen, dass eine schwerwiegende Missachtung der anwendbaren Bestimmungen besteht.

Die Regierung legt Folgendes fest:

1. das Verfahren zur Schließung des Standorts der Kinderaufsicht in Dringlichkeit;
2. die Auswirkungen der Schließung in Dringlichkeit auf die Anerkennung des Sprach- und Integrationskurses;
3. die Einspruchsmöglichkeiten im Fall einer Schließung in Dringlichkeit."

Art. 12 - Artikel 28 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird zwischen die Wortfolge "beauftragt sind," und das Wort "sowie" die Wortfolge "die Träger der anerkannten Sprach- und Integrationskurse" eingefügt.
2. In Absatz 2 wird zwischen die Wortfolge "beauftragt sind," und das Wort "sowie" die Wortfolge "die Träger der anerkannten Sprach- und Integrationskurse" und zwischen das Wort "in" und die Angabe "Kapitel 3" die Angabe "Kapitel 2," eingefügt.

Art. 13 - Artikel 29 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 Nummer 1 wird zwischen das Wort "Migranten" und das Semikolon die Wortfolge "und der in Absatz 4 Nummer 1 erwähnten Kinder" eingefügt.
2. In Absatz 1 Nummer 7 wird zwischen das Wort "Migranten" und das Komma die Wortfolge "und der in Absatz 4 Nummer 1 erwähnten Kinder" eingefügt.
3. Zwischen Absatz 3 und Absatz 4, der zu Absatz 5 wird, wird folgender Absatz eingefügt:

"Die Träger der anerkannten Sprach- und Integrationskurse sowie die in Artikel 32 bestellten Inspektoren und externen Sachverständigen können folgende angemessenen, sachdienlichen und verhältnismäßigen personenbezogenen Daten verarbeiten:

1. in Bezug auf die beaufsichtigten Kinder und die Kinder, die zur Aufsicht angemeldet werden:
 - a) Daten zur Identität und Kontaktangaben;
 - b) Daten zur Gesundheit;
2. in Bezug auf die Eltern der in Nummer 1 erwähnten Kinder:
 - a) Daten zur Identität und Kontaktangaben;
 - b) Daten zur Belegung eines anerkannten Sprach- und Integrationskurses;
 - c) Daten zur Nutzung der Kinderaufsicht;
3. in Bezug auf Dritte, insofern dies für die Organisation und Gewährleistung der Kinderaufsicht erforderlich ist: Daten zur Identität und Kontaktangaben;
4. in Bezug auf die von dem Träger eines anerkannten Sprach- und Integrationskurses beauftragten in der Kinderaufsicht tätigen Personen oder jenen, die sich im Einstellungsverfahren befinden:
 - a) Daten zur Identität und Kontaktangaben;
 - b) Daten zu den Sprachkenntnissen;
 - c) Daten zum Schulabschluss, zur Ausbildung und zur Berufserfahrung;
 - d) Daten zur finanziellen Situation und zum Arbeitsverhältnis;
 - e) die in Artikel 10.1 § 4 erwähnten Daten zur Gesundheit;
 - f) die in Artikel 10.1 § 4 erwähnten gerichtlichen Daten."

Art. 14 - In Artikel 37 desselben Dekrets wird folgender § 5 eingefügt:

"§ 5 - Die Träger der anerkannten Sprach- und Integrationskurse und die in der Kinderaufsicht tätigen Personen verfügen über eine Frist von drei Monaten ab dem 1. Januar 2024, um gegebenenfalls erforderliche Anpassungen im Hinblick auf die Übereinstimmung mit Artikel 10.1 des vorliegenden Dekrets vorzunehmen."

Art. 15 - In Artikel 4 des Dekrets vom 14. Oktober 2019 zur Anerkennung von Assistentzieren und über die Zugangsrechte zu öffentlichen Orten von Personen in Begleitung eines Assistentziers werden folgende Absätze 2 und 3 eingefügt:

"Die Person mit Unterstützungsbedarf trägt die in Absatz 1 Nummer 3 erwähnte Bescheinigung bei sich. Diese Verpflichtung entfällt beim Ableben des Assistentziers oder bei einem Verlust der Anerkennung als solches. In diesem Fall fordert der Assistentztrainer die Bescheinigung zurück und vernichtet sie.

Die Regierung präzisiert die in Absatz 1 Nummer 3 erwähnte Bedingung."

Art. 16 - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 9.1 eingefügt:

"Art. 9.1 - Vertraulichkeit

Unbeschadet anderslautender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen sind die Regierung, der Dienst sowie alle anderen Personen, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets und dessen Ausführungsbestimmungen beteiligt sind, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihres Auftrags anvertraut wurden, vertraulich zu behandeln."

Art. 17 - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 9.2 eingefügt:

"Art. 9.2 - Verarbeitung personenbezogener Daten

Unbeschadet des Artikels 9.3 ist die Regierung für die Verarbeitung der in Artikel 9.3 erwähnten personenbezogenen Daten verantwortlich. Sie gilt für die Verarbeitung dieser Daten als Verantwortlicher im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung).

Die Regierung und der Dienst dürfen die erhobenen Daten nicht zu anderen Zwecken als der Ausführung ihrer gesetzlichen und dekretalen Aufträge im Zusammenhang mit dem vorliegenden Dekret verwenden.

Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt unter Einhaltung der anwendbaren Rechtsvorschriften im Bereich Datenschutz."

Art. 18 - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 9.3 eingefügt:

"Art. 9.3 - Datenkategorien

Der Dienst kann gemäß Artikel 9.2 zu dem Zweck der Überprüfung der Anerkennung gemäß Artikel 4 eines Assistenztrainers Daten zur Identität und Kontaktangaben in Bezug auf die Personen mit Unterstützungsbedarf verarbeiten.

Der Dienst kann gemäß Artikel 9.2 zu dem Zweck der Erteilung der Zulassung als Assistenztrainer gemäß Artikel 7 Daten zur Identität und Kontaktangaben in Bezug auf die Personen verarbeiten, die eine Zulassung als Assistenztrainer beantragen.

Die Regierung kann die in den Absätzen 1 und 2 aufgeführten Datenkategorien präzisieren.“

Art. 19 - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 9.4 eingefügt:

“Art. 9.4 - Dauer der Datenverarbeitung

Die gemäß Artikel 9.2 verarbeiteten Daten dürfen höchstens während zehn Jahren in einer Form aufbewahrt werden, die die Identifizierung der betroffenen Personen ermöglicht.

Unbeschadet der Bestimmungen in Bezug auf das Archivwesen werden sie spätestens nach Ablauf dieser Frist vernichtet.“

Art. 20 - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 9.5 eingefügt:

“Art. 9.5 - Sicherheitsmaßnahmen

Die Regierung und der Dienst achten bei der Verarbeitung der in Artikel 9.3 erwähnten Daten darauf, dass angemessene Sicherheitsmaßnahmen angewendet werden.“

Art. 21 - In Artikel 12 des Dekrets vom 21. November 2022 zur Schaffung eines Beirats für Menschen mit Beeinträchtigung wird die Wortfolge “eine Aufenthalts- und Fahrtenschädigung” durch die Wortfolge “Anwesenheitsgelder und Fahrtenschädigungen” ersetzt.

Abschnitt 5 — Adoption

Art. 22 - In Kapitel 5 des Dekrets vom 27. April 2020 über die Adoption von Kindern, abgeändert durch das Dekret vom 15. Dezember 2021, wird folgender Abschnitt 8, der den Artikel 56.1 umfasst, eingefügt:

“Abschnitt 8 - Beitreibung nichtsteuerlicher Forderungen”

Art. 23 - In Abschnitt 8 desselben Dekrets wird folgender Artikel 56.1 eingefügt:

“Art. 56.1 - Rückgriff auf die mit der Einnahme und Beitreibung nichtsteuerlicher Forderungen beauftragte Verwaltung des Föderalen Öffentlichen Dienstes Finanzen

Die der ZBGA in Anwendung des vorliegenden Dekrets geschuldeten Beträge können im Falle einer ausbleibenden Zahlung gemäß Artikel 51.1 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft beigetrieben werden.“

KAPITEL 2 — KULTURELLE ANGELEGENHEITEN

Abschnitt 1 — Kultur

Art. 24 - In Artikel 93.1 § 1 des Dekrets vom 18. November 2013 zur Förderung von Kultur in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, eingefügt durch das Dekret vom 10. Dezember 2020 und abgeändert durch die Dekrete vom 26. April 2021 und 15. Dezember 2022, wird zwischen Absatz 2 und Absatz 3, der zu Absatz 4 wird, folgender Absatz eingefügt:

“Für Kulturzentren werden die Kalenderjahre 2020 und 2021 für die Einstufung im Jahr 2024 im Hinblick auf den Förderzeitraum 2025-2029 getilgt, insofern sich dies für die Antragsstellung günstig auswirkt. Für das Kalenderjahr 2022 werden die in Absatz 1 erwähnten quantitativen Kriterien um ein Drittel gesenkt.“

Art. 25 - In Artikel 93.2 § 1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 10. Dezember 2020 und abgeändert durch die Dekrete vom 26. April 2021 und 15. Dezember 2022, wird zwischen Absatz 2 und Absatz 3, der zu Absatz 4 wird, folgender Absatz eingefügt:

“Für Kulturveranstalter werden die Kalenderjahre 2020 und 2021 für die Einstufung im Jahr 2024 im Hinblick auf den Förderzeitraum 2025-2029 getilgt, insofern sich dies für die Antragsstellung günstig auswirkt. Für das Kalenderjahr 2022 werden die in Absatz 1 erwähnten Besucherzahlen um ein Drittel gesenkt.“

Art. 26 - In Artikel 93.3 § 1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 10. Dezember 2020 und abgeändert durch die Dekrete vom 26. April 2021 und 15. Dezember 2022, wird zwischen Absatz 2 und Absatz 3, der zu Absatz 4 wird, folgender Absatz eingefügt:

“Für Kulturproduzenten werden die Kalenderjahre 2020 und 2021 für die Einstufung im Jahr 2024 im Hinblick auf den Förderzeitraum 2025-2029 getilgt, insofern sich dies für die Antragsstellung günstig auswirkt. Für das Kalenderjahr 2022 werden die in Absatz 1 erwähnten quantitativen Kriterien um ein Drittel gesenkt.“

Abschnitt 2 — Jugend

Art. 27 - In Artikel 20 § 1 Absatz 1 des Dekrets vom 6. Dezember 2011 zur Förderung der Jugendarbeit, ersetzt durch das Dekret vom 14. Dezember 2021, wird zwischen die Wortfolgen “die Regierung,” und “ein Vertreter der Gemeinden” die Wortfolge “der durch die Regierung beauftragte Dienst,” eingefügt.

Art. 28 - Artikel 30 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 20. Februar 2017 und 14. Dezember 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In der Überschrift wird zwischen das Wort “Zielsetzung” und die Wortfolge “der Mobilien Jugendarbeit” die Wortfolge “und Begleitung” eingefügt.

2. In § 2 Absatz 1 wird folgende Nummer 4.1 eingefügt:

“4.1 Vertreter des Jugendbüros;”

Abschnitt 3 — Sport

Art. 29 - In Artikel 8 Absatz 3 des Sportdekrets vom 19. April 2004, wieder eingeführt durch das Dekret vom 22. Juni 2020 und abgeändert durch das Dekret vom 24. Januar 2022, wird folgende Nummer 8.1 eingefügt:

“8.1 die Durchführung von Talentsichtungs- und Talentförderungsprojekten bei Schülern einer von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Regel- oder Fördergrundschule;”

Art. 30 - In Artikel 9 Absatz 1 Nummer 8 Buchstabe c) desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 22. Juni 2020, wird die Wortfolge “mit dem Schulsport” durch die Wortfolge “mit den von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Regel- und Förderschulen” ersetzt.

Art. 31 - In Artikel 16 § 1 Absatz 3 Spiegelstrich 2 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 22. Juni 2020, wird die Wortfolge "mit dem Schulsport" durch die Wortfolge "mit den von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Regel- und Förderschulen" ersetzt.

Art. 32 - Artikel 20 Absatz 3 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

"Alle Dokumente sind vom Präsidenten oder vom Kassierer der antragstellenden Vereinigung zu unterzeichnen."

Art. 33 - Artikel 22 § 2 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 24. Februar 2014 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 15. Dezember 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird zwischen die Wörter "einen" und "unterzeichneten" die Wortfolge "durch ihn und durch einen befugten Vertreter des Sportfachverbands" eingefügt.

2. Der einleitende Satz von Absatz 3 Nummer 5 wird wie folgt ersetzt:

"5. eine von einem befugten Vertreter des Sportfachverbands, dem der Antragsteller angeschlossen ist, unterzeichnete Erklärung, aus der hervorgeht, dass: "

3. In Absatz 3 Nummer 6 wird die Wortfolge "dem vorgeschlagenen Trainingschema" durch die Wortfolge "dem notwendigen Training und den Wettkämpfen" ersetzt.

4. Absatz 3 Nummer 7 wird aufgehoben.

5. Absatz 3 Nummer 9 wird aufgehoben.

Art. 34 - In Artikel 23 Absatz 4 Nummer 4 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 24. Februar 2014, wird die Angabe "6 EUR/Trainingseinheit" durch die Angabe "7,5 EUR/Trainingseinheit" ersetzt.

Art. 35 - Artikel 24 Absatz 2 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

"Für die spezifische Vorbereitung auf die in Absatz 1 erwähnten Wettkämpfe und für die Teilnahme an anderen internationalen Wettkämpfen beträgt der Zuschuss maximal 75

der in Absatz 1 erwähnten Kosten, sofern diese Vorbereitung nicht im Rahmen des Trainingsbetriebs des Vereins oder des Trainings im Förderzentrum stattfindet."

Art. 36 - Artikel 27 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 27. April 2009 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 15. Dezember 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 2 wird folgender Absatz eingefügt:

"Betreuer, die ein in Absatz 1 Nummer 2 erwähntes Bachelorstudium zum Fachlehrer in Leibeserziehung in den Primarschulen, Grundschullehrer oder Kindergartenlehrer aufgenommen und das erste Studienjahr erfolgreich bestanden haben, werden in die Kategorie C eingestuft."

2. In § 5 wird folgender Absatz eingefügt:

"Zur Betreuung von Kindern mit Unterstützungsbedarf können pro Sportlager höchstens zwei zusätzliche Betreuer bezuschusst werden. Diese Betreuer werden je nach Qualifikation in die entsprechende Kategorie eingestuft."

Art. 37 - In Artikel 14 des Dekrets vom 20. November 2006 über das Statut der Sportschützen, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 15. Dezember 2021, wird folgender Absatz eingefügt:

"In Abweichung der Artikel 5 Absatz 1, 8 Absatz 2 und 9 Absatz 2 wird die Gültigkeit der für das Jahr 2023 erteilten provisorischen und endgültigen Lizenzen um ein Jahr verlängert, auch wenn die in den Artikeln 6, 7, 9 Absatz 1 und 10 aufgeführten Bestimmungen während des Jahres 2023 nicht eingehalten wurden."

Abschnitt 4 — Medien

Art. 38 - Artikel 1 des Dekrets vom 1. März 2021 über die Mediendienste und die Kinovorstellungen wird wie folgt ersetzt:

"Artikel 1 - Europaklausel

Dieses Dekret dient der teilweisen Umsetzung folgender Richtlinien, soweit sie in den Zuständigkeitsbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft fallen:

1. Richtlinie 2010/13/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. März 2010 zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste (Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste) (kodifizierte Fassung);

2. Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. September 2015 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft (kodifizierter Text);

3. Richtlinie (EU) 2018/1808 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. November 2018 zur Änderung der Richtlinie 2010/13/EU zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste (Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste) im Hinblick auf sich verändernde Marktgegebenheiten;

4. Richtlinie (EU) 2018/1972 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung);

5. Richtlinie (EU) 2019/882 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen.

Dieses Dekret wendet folgende Verordnungen an, soweit sie in den Zuständigkeitsbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft fallen:

1. Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates vom 16. Dezember 2002 zur Durchführung der in den Artikeln 81 und 82 des Vertrags niedergelegten Wettbewerbsregeln;

2. Verordnung (EU) 2015/2120 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 über Maßnahmen zum Zugang zum offenen Internet und zu Endkundenentgelten für regulierte intra-EU-Kommunikation sowie zur Änderung der Richtlinie 2002/22/EG und der Verordnung (EU) Nr. 531/2012;

3. Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung);

4. Verordnung (EU) 2018/1971 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2018 zur Einrichtung des Gremiums europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (GEREK) und der Agentur zur Unterstützung des GEREK (GEREK-Büro), zur Änderung der Verordnung (EU) 2015/2120 und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1211/2009;

5. Verordnung (EU) 2022/1925 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. September 2022 über bestreitbare und faire Märkte im digitalen Sektor und zur Änderung der Richtlinien (EU) 2019/1937 und (EU) 2020/1828 (Gesetz über digitale Märkte);

6. Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste).“

Art. 39 - Artikel 3 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 werden die Nummern 3 und 4 werden wie folgt ersetzt:

“3. für den Empfang von linearen audiovisuellen und auditiven Mediensignalen vorgesehene Verbrauchergeräte;

4. für die Veranstaltung von Kinovorstellungen im deutschen Sprachgebiet vorgesehene Verbraucherendgeräte mit interaktivem Leistungsumfang, die für den Zugang zu audiovisuellen Mediendiensten verwendet werden und“

2. In § 1 wird folgende Nummer 5 eingefügt:

“5. E-Book-Lesegeräte und E-Books.“

3. § 2 Nummer 3 wird wie folgt ersetzt:

“3. Unternehmen, die öffentliche elektronische Kommunikationsnetze und -dienste einschließlich zugehöriger Einrichtungen und zugehöriger Dienste in der Deutschsprachigen Gemeinschaft anbieten, sowie Unternehmen, die in der Deutschsprachigen Gemeinschaft E-Book-Lesegeräte, E-Books oder neue Fahrzeuge der Klasse M zum Verkauf oder zur Miete anbieten.“

Art. 40 - Artikel 4 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 15. Dezember 2021 und 15. Dezember 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 4 wird zwischen das Wort “Sendungen” und die Wortfolge “zur Information” die Wortfolge “in Form einer Abfolge von bewegten Bildern mit oder ohne Ton” eingefügt.

2. In Nummer 7 wird zwischen das Wort “Sendungen” und die Wortfolge “zur Information” die Wortfolge “in Form von Tönen” eingefügt.

3. Folgende Nummer 13.1 wird eingefügt:

“13.1. Dienst der Informationsgesellschaft: jede in der Regel gegen Entgelt elektronisch im Fernabsatz und auf individuellen Abruf eines Empfängers erbrachte Dienstleistung, wobei nur Vermittlungsdienste im Sinne von Nummer 60.1 betroffen sind.

Im Sinne dieser Definition bezeichnet der Ausdruck

a) “im Fernabsatz erbrachte Dienstleistung” eine Dienstleistung, die ohne gleichzeitige physische Anwesenheit der Vertragsparteien erbracht wird;

b) “elektronisch erbrachte Dienstleistung” eine Dienstleistung, die mittels Geräten für die elektronische Verarbeitung (einschließlich digitaler Kompression) und Speicherung von Daten am Ausgangspunkt gesendet und am Endpunkt empfangen wird und die vollständig über Draht, über Funk, auf optischem oder anderem elektromagnetischem Wege gesendet, weitergeleitet und empfangen wird;

c) “auf individuellen Abruf eines Empfängers erbrachte Dienstleistung” eine Dienstleistung die durch die Übertragung von Daten auf individuelle Anforderung erbracht wird;“

4. Folgende Nummer 13.2 wird eingefügt:

“13.2. E-Book: einen Dienst, der in der Bereitstellung digitaler Dateien besteht, die eine elektronische Fassung eines Buches übermitteln und Zugriff, Blättern, Lektüre und Nutzung ermöglichen, und die Software, einschließlich auf Mobilgeräten angebotener Dienstleistungen einschließlich mobiler Anwendungen, die speziell auf Zugriff, Blättern, Lektüre und Nutzung der betreffenden digitalen Dateien ausgelegt ist, und ausgenommen Software, die der Begriffsbestimmung gemäß Nummer 13.3 unterliegt;“

5. Folgende Nummer 13.3 wird eingefügt:

“13.3. E-Book-Lesegerät: ein spezielles Gerät, einschließlich Hardware und Software, das für Zugriff, Blättern, Lektüre und Nutzung von E-Book-Dateien verwendet wird;“

6. Folgende Nummer 20.1 wird eingefügt:

“20.1. Europäisches Gremium für digitale Dienste: das gemäß der Verordnung (EU) 2022/2065 eingesetzte Gremium;“

7. Folgende Nummer 32.1 wird eingefügt:

“32.1. Koordinator für digitale Dienste: die gemäß der Verordnung (EU) 2022/2065 eingesetzte Behörde;“

8. In Nummer 55 wird die Wortfolge “die Einzelbestandteil, unabhängig von seiner Länge,” durch die Wortfolge “die unabhängig von ihrer Länge Einzelbestandteil” ersetzt.

9. Folgende Nummer 60.1 wird eingefügt:

“60.1. Vermittlungsdienst: eine Dienstleistung im Sinne des Artikels 3 Buchstabe g) der Verordnung (EU) 2022/2065 insofern sie einen Video-Sharing-Plattform-Dienst oder andere audiovisuelle oder auditive Mediendienste bereitstellt;“

10. Nummer 61 wird wie folgt ersetzt:

“61. Verordnung (EU) 2015/2120: Verordnung (EU) 2015/2120 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 über Maßnahmen zum Zugang zum offenen Internet und zu Endkundenentgelten für regulierte intra-EU-Kommunikation sowie zur Änderung der Richtlinie 2002/22/EG und der Verordnung (EU) Nr. 531/2012;“

11. Folgende Nummer 61.2 wird eingefügt:

“61.2. Verordnung (EU) 2022/1925: Verordnung (EU) 2022/1925 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. September 2022 über bestreitbare und faire Märkte im digitalen Sektor und zur Änderung der Richtlinien (EU) 2019/1937 und (EU) 2020/1828 (Gesetz über digitale Märkte);“

12. Folgende Nummer 61.3 wird eingefügt:

“61.3. Verordnung (EU) 2022/2065: Verordnung (EU) 2022/2065 des europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste);“

13. In Nummer 64 wird zwischen die Wortfolge “Video-Sharing-Plattform-Dienst: ” und die Wortfolge “eine wirtschaftliche Dienstleistung” die Wortfolge “einen Vermittlungsdienst im Sinne von Nummer 60.1, d. h.” eingefügt.

Art. 41 - In Artikel 7 § 2 desselben Dekrets wird im einleitenden Satz zwischen die Wortfolge “folgende Mediendienste” und das Wort “bereitzustellen” die Wortfolge “und rechtswidrige sowie schädliche Inhalte” eingefügt.

Art. 42 - Artikel 17 Absatz 1 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

"Anbieter von audiovisuellen Mediendiensten ergreifen angemessene Maßnahmen, um sicherzustellen, dass audiovisuelle Mediendienste, die die körperliche, geistige oder sittliche Entwicklung von Minderjährigen beeinträchtigen können, nur so bereitgestellt werden, dass Minderjährige sie üblicherweise nicht hören oder sehen können. Die Maßnahmen müssen in einem angemessenen Verhältnis zu der potenziellen Schädigung durch die Sendung stehen. Hierbei stellen die betroffenen Anbieter sicher, dass die schädlichsten Inhalte wie grundlose Gewalttätigkeiten und Pornografie den strengsten Maßnahmen unterliegen."

Art. 43 - In Artikel 45 desselben Dekrets wird folgender Absatz 2 eingefügt:

"Der Medienrat kann die Bereitstellung von elektronischen Kommunikationsdiensten untersagen, um die Bestimmungen des Titels 2 bezüglich der Sendungen und deren Inhalte und insbesondere von Artikel 7 durchzusetzen."

Art. 44 - In Artikel 48 Absatz 2 Nummer 3 desselben Dekrets wird die Angabe "Artikel 69 § 4" durch die Angabe "Artikel 73 § 4" ersetzt.

Art. 45 - In Artikel 52 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 15. Dezember 2021 und 15. Dezember 2022, wird folgender Absatz 3 eingefügt:

"Wenn ein auditiver Mediendienst unter mehreren Formen (analog und digital mittels Funkfrequenzen und/oder digital mittels Internet) ausgestrahlt wird, gilt die aufgrund des Absatzes 2 vorgenommene Einstufung der analogen Ausstrahlung des betroffenen auditiven Mediendienstes auch für die digitale Ausstrahlung."

Art. 46 - In Artikel 53 desselben Dekrets wird folgender Absatz 2 eingefügt:

"Die in Absatz 1 genannten Voraussetzungen müssen vom betroffenen Mediendiensteanbieter während der gesamten Dauer der Nutzung der zugeteilten Funkfrequenz erfüllt werden."

Art. 47 - In Artikel 54 desselben Dekrets wird folgender Absatz 2 eingefügt:

"Die in Absatz 1 und in den Artikeln 55 sowie 56 genannten Voraussetzungen müssen vom betroffenen Mediendiensteanbieter während der gesamten Dauer der Nutzung der zugeteilten Funkfrequenz erfüllt werden."

Art. 48 - Artikel 58 § 1 Absatz 6 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 15. Dezember 2021, wird wie folgt ersetzt:

"Der Medienrat entscheidet über vollständige Anträge innerhalb von sechs Wochen ab Feststellung der Vollständigkeit und teilt die Entscheidung dem oder den Betroffenen unverzüglich mit. Der Medienrat veröffentlicht die Entscheidung auf seiner Website."

Art. 49 - Artikel 61 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

"Art. 61 - Vermietung oder Nutzung durch Dritte von Funkfrequenznutzungsrechten

Die Vermietung individueller Funkfrequenznutzungsrechte kann ganz oder teilweise erlaubt werden. Unternehmen, die über Rechte zur Nutzung von Funkfrequenzen verfügen, können ebenfalls die Ausstrahlung ihrer Sendungen an Dritte vergeben. Die Zuteilung bestimmt, ob und in welchem Maße eine Vermietung oder eine Nutzung durch Dritte erfolgt. Außerdem legt sie die Bedingungen fest."

Art. 50 - Artikel 63 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 15. Dezember 2022, wird wie folgt ersetzt:

"Art. 63 - Pilotprojekte, kurzfristiger Funkfrequenzbedarf und Versuchssendungen

In begründeten Einzelfällen, insbesondere zur Erprobung innovativer Technologien, oder bei kurzfristig auftretendem Frequenzbedarf kann der Medienrat Anträgen, Funkfrequenzen befristet zuzuteilen, stattgeben. Der mit Gründen versehene Antrag ist schriftlich beim Medienrat einzureichen. Die Artikel 54 Nummer 4, 55, 56, 58, 59 und 65 werden vom Medienrat in angepasster Weise angewandt.

Für zeitlich begrenzte Versuchssendungen zur Überprüfung der Effizienz der Empfangsabdeckung durch eine bestimmte Funkfrequenz erfolgt eine einfache Meldung beim Medienrat, wobei sicherzustellen ist, dass funktechnische Störungen vermieden werden."

Art. 51 - Artikel 100 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 wird zwischen die Wortfolge "verwendet werden," und die Wortfolge "die nach dem" die Wortfolge "und E-Book-Lesegeräte," eingefügt.

2. In § 2 Absatz 1 wird zwischen das Wort "ermöglichen," und die Wortfolge "die für Verbraucher" die Wortfolge "und E-Books," eingefügt.

Art. 52 - Artikel 103 § 1 Absatz 1 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 3 wird zwischen die Wortfolge "insbesondere gemäß Artikel 120" und das Semikolon die Wortfolge "und gemäß Artikel 37 der Verordnung (EU) 2022/1925" eingefügt.

2. In Nummer 6 wird das Wort ", und" durch ein Semikolon ersetzt.

3. In Nummer 7 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

4. Folgende Nummern 8 bis 10 werden eingefügt:

"8. mit den Koordinatoren für digitale Dienste, die für Belgien und die anderen Mitgliedstaaten aufgrund von Artikel 49 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/2065 bestimmt wurden;

9. mit dem aufgrund von Artikel 61 der Verordnung (EU) 2022/2065 eingesetzten Europäischen Gremium für digitale Dienste und

10. mit den anderen zuständigen Behörden als dem Medienrat, die zusätzlich zum Koordinator für digitale Dienste vom Föderalstaat bzw. den Gemeinschaften gemäß Artikel 49 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2022/2065 bestimmt wurden."

Art. 53 - In Artikel 112 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 15. Dezember 2021 und 15. Dezember 2022, wird folgender § 3 eingefügt:

"§ 3 - Der Medienrat ist die zuständige Behörde der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Sinne von Artikel 49 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2022/2065. Ihm obliegt die Beaufsichtigung der Anbieter von Vermittlungsdiensten gemäß Artikel 4 Nummer 60.1 und die diesbezügliche Durchsetzung der Verordnung (EU) 2022/2065.

Im Rahmen seiner Zuständigkeiten ist der Medienrat ebenfalls die zuständige Behörde der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Beaufsichtigung der Anbieter von Mediendiensten und die diesbezügliche Durchsetzung der Verordnung (EU) 2022/1925."

Art. 54 - Artikel 115 Absatz 1 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 10 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. Folgende Nummer 11 wird eingefügt:

"11. die Einhaltung der Bestimmungen von Titel 2 überprüfen zu können."

Art. 55 - In Artikel 127 § 2 Nummer 2 desselben Dekrets wird die Angabe "Artikel 53 § 2 Nummer 6" durch die Angabe "Artikel 52 Absatz 2 Nummer 6" ersetzt.

Art. 56 - In Artikel 137.2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 15. Dezember 2022, wird die Angabe "§ 1 -" gestrichen.

Art. 57 - In Artikel 138 Absatz 1 desselben Dekrets wird der einleitende Satz wie folgt ersetzt:

"Bei Verletzung der Bestimmungen des Titels 2 und dessen Ausführungsbestimmungen sowie bei Verletzung der allgemeinen Gesetzgebung über Mediendienste, insbesondere bei Nichteinhaltung von Vereinbarungen gemäß Artikel 11, bei Verletzung der Bestimmungen über den öffentlich-rechtlichen Auftrag des BRF, die sich aus dem Dekret vom 27. Juni 1986 über das Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft ergeben, oder bei Verletzungen durch die Anbieter von Vermittlungsdiensten der anwendbaren Bestimmungen der Verordnungen (EU) 2022/1925 und (EU) 2022/2065 sowie der vom Medienrat zur Durchführung von Artikel 112 § 3 angenommenen Maßnahmen, kann der Medienrat den betroffenen Anbietern von Mediendiensten folgende Sanktionen auferlegen: "

Art. 58 - In Artikel 139 § 1 desselben Dekrets wird der einleitende Satz wie folgt ersetzt:

"Bei nicht Nachkommen der gemäß Titel 3 Kapitel 2, 3 und 4 sowie Artikel 100 auferlegten Verpflichtungen kann der Medienrat den betroffenen Anbietern elektronischer Kommunikationsnetze oder -dienste und im Fall von Verstößen gegen Artikel 100 auch anderen Anbietern von Verbraucherendgeräten mit interaktivem Leistungsumfang, die für den Zugang zu audiovisuellen Mediendiensten verwendet werden, von E-Book-Lesegeräten und von den Zugang zu audiovisuellen Mediendiensten bietenden Diensten und E-Books folgende Sanktionen auferlegen: "

Art. 59 - In der Überschrift von Artikel 145 desselben Dekrets wird das Wort "Programme" durch das Wort "Mediendienste" ersetzt.

Art. 60 - Anhang 1 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Abschnitt I Absatz 1 wird wie folgt ersetzt:

"Verbraucherendgeräte mit interaktivem Leistungsumfang, die für den Zugang zu audiovisuellen Mediendiensten verwendet werden, und E-Book-Lesegeräte sind so zu gestalten und herzustellen, dass Personen mit Unterstützungsbedarf sie voraussichtlich maximal nutzen, und sie sind möglichst in oder auf dem Produkt selbst mit barrierefrei zugänglichen Informationen zu ihrer Funktionsweise und ihren Barrierefreiheitsfunktionen auszustatten."

2. Abschnitt IV wird wie folgt ersetzt:

"Abschnitt IV - Spezifische Barrierefreiheitsanforderungen

a) E-Book-Lesegeräte müssen mit Sprachausgabetechnologie (TTS) ausgestattet sein.

b) Verbraucherendgeräte mit interaktivem Leistungsumfang, die für den Zugang zu audiovisuellen Mediendiensten verwendet werden, müssen Personen mit Unterstützungsbedarf die Barrierefreiheitskomponenten bereitstellen, die der Anbieter audiovisueller Mediendienste für den Benutzerzugang, die Auswahl von Optionen, die Steuerung, die Personalisierung und die Übertragung an Hilfsmittel zur Verfügung stellt.

c) E-Books müssen:

i) sofern sie neben Text auch Audio-Inhalte enthalten, die synchronisierte Bereitstellung von Text- und Audio-Inhalten gewährleisten;

ii) gewährleisten, dass die ordnungsgemäße Funktionsweise assistiver Technologien nicht durch die digitalen Dateien des E-Books verhindert wird;

iii) sicherstellen, dass der Zugang zu Inhalten, der Navigation im Dateinhalt und des Layouts einschließlich dynamischer Layouts sowie die Bereitstellung der Struktur, Flexibilität und Wahlfreiheit bei der Darstellung der Inhalte gewährleistet ist;

iv) alternative Wiedergabearten für den Inhalt und Interoperabilität des Inhalts mit vielfältigen assistiven Technologien in wahrnehmbarer, verständlicher, bedienbarer und robuster Weise ermöglichen;

v) die Auffindbarkeit der Barrierefreiheitsmerkmale durch Bereitstellung von Informationen in Form von Metadaten gewährleisten;

vi) gewährleisten, dass Barrierefreiheitsfunktionen nicht durch den digitalen Urheberrechtsschutz blockiert werden."

KAPITEL 3 — AUSBILDUNG UND UNTERRICHTSWESEN

Art. 61 - In Artikel 1 des Dekrets vom 29. Februar 1988 zur beruflichen Aus- und Weiterbildung der in der Landwirtschaft arbeitenden Personen wird folgende Nummer 4 eingefügt:

"4. den praktischen Fahrunterricht zur Vorbereitung auf die Prüfung des Traktorführerscheins in deutscher Sprache."

Art. 62 - In Artikel 13 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2011, wird folgender Absatz 3 eingefügt:

"In Abweichung von Absatz 1 werden die Bezuschussungsbedingungen und Zahlungsmodalitäten der Zentren der Kategorie A für die Koordinationsaufgaben zwischen den Zentren und die Vertretungsaufgaben im In- und Ausland in einen Leistungsvertrag oder einen Geschäftsführungsvertrag zwischen dem Zentrum, dem Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen und der Regierung festgelegt."

Art. 63 - Artikel 14 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2011, wird wie folgt ersetzt:

"Art. 14 - Den Zentren der Kategorie A kann anhand eines Leistungsvertrags oder eines Geschäftsführungsvertrags zwischen dem Zentrum, dem Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen und der Regierung eine besondere Rolle in der Koordination zwischen den Zentren und in der Vertretung des landwirtschaftlichen Aus- und Weiterbildungsbereichs im In- und Ausland zugeteilt werden."

Art. 64 - In Artikel 15 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2011, wird das Wort "beauftragt" durch die Wortfolge "kann jederzeit die Erfüllung der in vorliegendem Dekret vorgesehenen Bestimmungen überprüfen und kann" ersetzt und zwischen die Wortfolge "Aus- und Weiterbildungstätigkeiten" und den Punkt wird das Wort "beauftragen" eingefügt.

Art. 65 - Artikel 16 Absatz 1 des Dekrets vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 18 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.
2. Folgende Nummer 19 wird eingefügt:

"19. sich an Konzepten zur Berufswahlorientierung für die duale Ausbildung zu beteiligen und in diesem Rahmen insbesondere die Schnupperwochen zu organisieren. Die Schnupperwochen dienen der Berufswahlorientierung und geben den Teilnehmern die Möglichkeit, unentgeltlich einen oder mehrere Tage in einem oder mehreren Betrieben die Berufe, die im Rahmen einer dualen Ausbildung erlernt werden können, und die mit diesen Berufen verbundenen Tätigkeiten kennenzulernen. Die Schnupperwochen dienen nicht dem Erlangen von Berufserfahrung. Sie finden nicht im Rahmen einer schulischen Aktivität statt und unterliegen keinem schulischen Rahmenplan. Die Teilnahme ist kostenlos. Teilnehmer an den Schnupperwochen führen nicht dieselben Tätigkeiten aus wie reguläre Arbeitnehmer des Betriebs. Die Schnupperwochen finden in den durch das Institut anerkannten Ausbildungsbetrieben statt. Wurde der Betrieb noch nicht durch das Institut anerkannt, beantragt der Betrieb beim Institut eine Genehmigung zur Teilnahme an den Schnupperwochen. Zur Teilnahme an den Schnupperwochen wird eine schriftliche Vereinbarung zwischen dem Teilnehmer und dem Betrieb abgeschlossen.

Nach Vorschlag des Instituts legt die Regierung zur Durchführung der Schnupperwochen fest:

- a) die Anmeldemodalitäten und die Zulassungsbedingungen der Betriebe;
- b) die Anmeldemodalitäten und die Zulassungsbedingungen der Teilnehmer;
- c) den Zeitraum für die Organisation der Schnupperwochen, die Schnupperzeiten und die Dauer der Pausen;
- d) die Pflichten der Betriebe;
- e) die Pflichten der Teilnehmer;
- f) den Versicherungsschutz;
- g) den Inhalt und das Muster der Vereinbarung;
- h) die Kündigungsmodalitäten der Vereinbarung."

Art. 66 - In Artikel 4 des Programmdekrets 1997 vom 20. Mai 1997, abgeändert durch das Dekret vom 25. Juni 2007, wird folgender § 3.1 eingefügt:

"§ 3.1 - Der Unterricht findet von montags bis samstags statt."

Art. 67 - In Artikel 11 § 1 Absatz 1 des Dekrets vom 30. Juni 2003 über dringende Maßnahmen im Unterrichtswesen 2003, ersetzt durch das Dekret vom 17. Mai 2004, wird das Wort "fünf" durch das Wort "vier" ersetzt.

Art. 68 - Artikel 21.4 Absatz 2 Nummer 1 des Dekrets vom 17. Mai 2004 über Maßnahmen im Unterrichtswesen, in der Ausbildung und im Bereich der Infrastruktur 2004, eingefügt durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In Buchstabe a) wird die Wortfolge "sowie in der schulischen Weiterbildung" gestrichen.
2. In Buchstabe b) wird zwischen das Wort "Teilzeit-Kunstunterricht" und den Doppelpunkt die Wortfolge "sowie in der schulischen Weiterbildung" eingefügt.

Art. 69 - Artikel 21.5 Absatz 3 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 28. Juni 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In Satz 3 wird die Wortfolge "sowie in der schulischen Weiterbildung" gestrichen.
2. In Satz 4 wird zwischen das Wort "Teilzeit-Kunstunterricht" und das Wort "entspricht" die Wortfolge "sowie in der schulischen Weiterbildung" eingefügt.

KAPITEL 4 — ÜBERTRAGENE REGIONALANGELEGENHEITEN

Abschnitt 1 — Denkmalschutz

Art. 70 - Im einleitenden Satz von Artikel 10.2 § 1 Absatz 2 des Dekrets vom 23. Juni 2008 über den Schutz der Denkmäler, Kleindenkmäler, Ensembles und historischen Kulturlandschaften sowie über die Ausgrabungen, eingefügt durch das Dekret vom 26. Februar 2018 und abgeändert durch das Dekret vom 10. Dezember 2020, wird die Wortfolge "bis zum 31. Dezember des vorangehenden Kalenderjahres" gestrichen.

Art. 71 - Im einleitenden Satz von Artikel 22 Absatz 1 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 10. Dezember 2020, wird die Wortfolge "bis zum 31. Dezember des vorangehenden Kalenderjahres" gestrichen.

Abschnitt 2 — Beschäftigung

Art. 72 - In das Gesetz vom 30. April 1999 über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 27. März 2023, wird folgender Artikel 12.3 eingefügt:

"Art. 12.3 - Wird entweder mit einer strafrechtlichen Geldbuße von 50 bis 500 Euro oder mit einer administrativen Geldbuße von 25 bis 250 Euro belegt, der Arbeitgeber, sein Angestellter oder sein Beauftragter, der gesetzlich verpflichtet ist, dem Arbeitnehmer eine Wohnung zur Verfügung zu stellen oder sich selbst im Rahmen des Arbeitsvertrags dazu verpflichtet hat, eine Wohnung zur Verfügung zu stellen, und die diesbezüglich anwendbaren gesetzlichen Verpflichtungen nicht einhält."

Art. 73 - In dasselbe Gesetz, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 27. März 2023, wird folgender Artikel 12.4 eingefügt:

"Art. 12.4 - Der Arbeitgeber haftet im Falle eines Entzugs der Genehmigung zum Zweck der Saisonarbeit für die Zahlung einer Entschädigung an den Saisonarbeitnehmer, außer im Falle eines durch den Saisonarbeitnehmer verschuldeten Entzugs. Die Haftung erfasst alle ausstehenden Verpflichtungen, die der Arbeitgeber zu erfüllen hätte, wenn die Genehmigung zum Zwecke der Saisonarbeit nicht entzogen worden wäre. Der Arbeitgeber zahlt eine Entschädigung in Höhe des Lohns, den der Saisonarbeiter hätte erhalten sollen."

Abschnitt 3 — Lokale Behörden

Art. 74 - Artikel 2 Absätze 1 bis 3 des Gesetzes vom 20. Juli 1971 über die Bestattungen und Grabstätten wird aufgehoben.

Art. 75 - In Artikel 171 des Gemeindedekrets vom 23. April 2018 in seiner vor dem Inkrafttreten des Dekrets vom 25. Januar 2021 gültigen Fassung wird folgender Absatz 2 eingefügt:

"Die Regierung legt die Fälle und die Modalitäten fest, unter denen vorübergehend von den Vorgaben des vorliegenden Artikels abgewichen werden kann."

Abschnitt 4 — Tourismus

Art. 76 - In Artikel 3 Nummer 8 des Dekrets vom 23. Januar 2017 zur Förderung des Tourismus wird zwischen die Wörter "Gewinnerzielungsabsicht" und "eingerrichtet" die Wortfolge "mit touristischer Zielsetzung" eingefügt.

Art. 77 - In Artikel 26 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 26. Februar 2018 und abgeändert durch die Dekrete vom 12. Dezember 2019 und 15. Dezember 2022, wird folgender § 7 eingefügt:

"§ 7 - Die Regierung kann weitere Modalitäten in Bezug auf die Entscheidung und das Verfahren zur Auferlegung einer administrativen Geldbuße festlegen."

Art. 78 - In dasselbe Dekret, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 15. Dezember 2022, wird folgender Artikel 31.1 eingefügt:

"Art. 31.1 - Übergangsbestimmung

Für touristische Unterkünfte, die vor dem 1. Januar 2023 in Anwendung der in Artikel 30 Nummern 1 bis 3 genannten Dekrete oder des vorliegenden Dekrets eingestuft wurden, setzt die in Artikel 12 § 2 erwähnte Dauer der Einstufung ab dem 1. Januar 2024 ein."

Abschnitt 5 — Raumordnung und Städtebau

Art. 79 - In Artikel D.II.37 § 4 des Wallonischen Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird die Wortfolge ", und dass sich das Projekt in den Rahmen eines von der Deutschsprachigen Gemeinschaft geförderten Projekts zur touristischen Aufwertung der Wälder einfügt" gestrichen.

Art. 80 - In Artikel D.IV.3 Nummer 5 Buchstabe *b*) desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge "Bescheinigung nach Artikel D.IV.73" durch die Wortfolge "Erklärung gemäß Artikel D.IV.73.1 oder D.VII.1ter" ersetzt.

Art. 81 - In Artikel D.IV.31 § 6 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 21. November 2022, wird die Wortfolge "Einreichung des in § 1 erwähnten Antrags" durch die Wortfolge "Einforderung des Projekttreffens gemäß § 1" ersetzt.

Art. 82 - In Artikel D.IV.31.1 § 4 desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret vom 12. Dezember 2019 und abgeändert durch das Dekret vom 21. November 2022, wird die Wortfolge "Einreichung des in § 1 erwähnten Antrags" durch die Wortfolge "Einforderung des Projekttreffens gemäß § 1" ersetzt.

Art. 83 - Artikel D.IV.42 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch das Dekret vom 21. November 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird das Wort "Änderungspläne" durch die Wortfolge "Änderungsunterlagen, alle den Änderungen entsprechenden Unterlagen und erforderlichen Anhänge" ersetzt.

2. In § 2 Absatz 1 wird das Wort "Änderungspläne" durch das Wort "Änderungsunterlagen" ersetzt.

3. In § 5 Absatz 2 wird das Wort "Abänderungspläne" durch das Wort "Änderungsunterlagen" ersetzt.

4. In § 5 Absatz 3 wird das Wort "Änderungspläne" durch das Wort "Änderungsunterlagen" ersetzt.

Art. 84 - Artikel D.IV.46 Absatz 1 Nummer 2 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt ersetzt:

"2° fünfundsiebzig Tage, wenn:

a) der Antrag besondere Bekanntmachungsmaßnahmen erfordert und/oder die Stellungnahme der in Artikel D.IV.35 erwähnten Dienststellen oder Ausschüsse bzw. Kommissionen ersucht wird;

b) oder die fakultative Stellungnahme der Regierung ersucht wird oder die Stellungnahme der Regierung vorgeschrieben ist;"

Art. 85 - In Artikel D.IV.57 Nummer 5 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge "Artikel 3 Ziffer 5 des Wallonischen Gesetzbuches über das Wohnungswesen und die Nachhaltigkeit der Wohnverhältnisse" durch die Wortfolge "Artikel 3 des Wallonischen Gesetzbuches über nachhaltiges Wohnen" ersetzt.

Art. 86 - In Artikel D.IV.60 Absatz 4 desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret vom 21. November 2022, wird die Wortfolge "von Konformitätsplänen und/oder einem Fotobericht gemäß Artikel D.IV.73 § 1 oder § 2" durch die Wortfolge "der Unterlagen gemäß Artikel D.IV.73" ersetzt und der Satz "Die Regierung kann die entsprechenden Beträge und weiteren Modalitäten festlegen." eingefügt.

Art. 87 - In Artikel D.IV.63 § 1 Absatz 3 desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret vom 21. November 2022, wird das Wort "Abänderungspläne" durch das Wort "Änderungsunterlagen" ersetzt.

Art. 88 - In Artikel D.IV.69 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird das Wort "Änderungspläne" jeweils durch das Wort "Änderungsunterlagen" ersetzt.

Art. 89 - Artikel D.IV.70 Absatz 1 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch das Dekret vom 21. November 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 1 wird wie folgt ersetzt:

"1. die in Artikel D.IV.73.1 § 1 Absatz 2 Nummer 2 angeführte Erklärung;"

2. In Nummer 2 wird die Angabe "Artikel D.IV.73.2" durch die Angabe "Artikel D.IV.72.1" ersetzt.

Art. 90 - In Buch IV Titel II Kapitel X desselben Gesetzbuches wird folgender Abschnitt 3.1, der den Artikel D.IV.72.1 umfasst, eingefügt:

"Abschnitt 3.1 - Vereinfachter Antrag auf Änderung der erteilten Genehmigung vor oder während der Durchführung der Handlungen oder Arbeiten"

Art. 91 - In Buch IV Titel II Kapitel X Abschnitt 3.1 desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel D.IV.72.1 eingefügt:

"Art. D.IV.72.1 - Gemäß den Bestimmungen, die von der Regierung erlassen werden können, kann der Genehmigungsinhaber nach Erteilung der Genehmigung, vor Ablauf der Gültigkeit der Genehmigung, vor oder während der Durchführung der Handlungen oder Arbeiten bei Änderungen des genehmigten Vorhabens oder der in der Genehmigung aufgeführten Bedingungen oder Auflagen bei der Behörde, die die Genehmigung gegebenenfalls im Beschwerdeverfahren erteilt hat, einen vereinfachten Antrag auf Änderung der Genehmigung einreichen, wenn:

1. es sich um Änderungen handelt, die aus technischen Gründen gerechtfertigt sind, das Vorhaben in seinen Grundzügen nicht beeinflussen und direkt oder indirekt die Gefahren, Belastungen oder Nachteile auf den Menschen oder die Umwelt nicht erhöhen;

2. oder die Änderungen Handlungen oder Arbeiten im Sinne von Artikel D.IV.1 § 2 betreffen;

3. oder die Änderungen die Durchführung von städtebaulichen Auflagen betreffen.

Änderungen, die besonderen Bekanntmachungsmaßnahmen gemäß Artikel D.IV.40 unterliegen, können nicht über einen vereinfachten Antrag genehmigt werden.

Die Regierung kann den Inhalt des Antrags auf Änderung der Genehmigung bestimmen.

Der Antrag beinhaltet zumindest die abgeänderten Pläne und Dokumente, einen entsprechenden Nachtrag zur vorherigen Bewertungsnotiz über die Umweltverträglichkeit sowie eine Begründung der Änderungen im Hinblick auf die in Absatz 1 genannten Bedingungen.

Die zuständige Behörde stellt bei Erhalt des Antrags einen Hinterlegungsbescheid gemäß Artikel D.IV.32 aus. Sie übermittelt dem Genehmigungsinhaber ihren Beschluss über die Änderung der Genehmigung innerhalb einer Frist von:

1. dreißig Tagen ab dem Datum des Hinterlegungsbescheids, wenn kein Gutachten notwendig ist;
2. sechzig Tagen ab dem Datum des Hinterlegungsbescheids, wenn ein oder mehrere Gutachten notwendig sind.

Bei fehlender Zustellung des Beschlusses in der vorgegebenen Frist gilt der Antrag auf Änderung als verweigert.

Betreffen die in Absatz 1 erwähnten Änderungen ein in Artikel D.IV.14.1 genanntes Gut, wird vor dem Beschluss ein gleichlautendes Denkmalgutachten eingeholt.

Betreffen die in Absatz 1 erwähnten Änderungen ein in Artikel D.IV.17 genanntes Vorhaben oder Bedingungen bzw. Auflagen, die durch die Regierung auferlegt wurden, wird das Gutachten der Regierung eingeholt, wenn sie nicht die zuständige Behörde ist. In den in Artikel D.IV.17 genannten Fällen ist das Gutachten der Regierung gleichlautend.

Betreffen die in Absatz 1 erwähnten Änderungen Bedingungen bzw. Auflagen, die durch das Gemeindegremium auferlegt wurden, wird vor der Genehmigung das Gutachten des Gemeindegremiums eingeholt, wenn es nicht die zuständige Behörde ist.

In Abweichung von den Artikeln D.IV.37 bis D.IV.39 werden die in den Absätzen 7 bis 9 genannten Gutachten innerhalb von dreißig Tagen nach dem Versand der Anfrage übermittelt. Nach Ablauf dieser Frist gilt das Gutachten als günstig.

Eine Abschrift des Beschlusses wird allen Instanzen übermittelt, die bei der Bearbeitung des ursprünglichen Vorhabens ein Gutachten abgegeben haben.

Der Beschluss zur Änderung der Genehmigung hat keinerlei Einfluss auf die Verfallsfrist der Genehmigung, deren Änderung beantragt worden ist, und verlängert diese nicht.“

Art. 92 - Die Überschrift von Buch IV Titel II Kapitel X Abschnitt 4 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch das Dekret vom 21. November 2022, wird wie folgt ersetzt:

“Abschnitt 4 - Unterlagen nach Durchführung der Handlungen oder Arbeiten“

Art. 93 - Artikel D.IV.73 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch das Dekret vom 21. November 2022, wird wie folgt ersetzt:

“Art. D.IV.73 - Spätestens drei Monate nach Ablauf der Gültigkeitsfrist der Genehmigung für Handlungen oder Arbeiten reicht der Genehmigungsinhaber oder der Eigentümer des Gutes bei der Behörde, die die Genehmigung gegebenenfalls im Beschwerdeverfahren erteilt hat, folgende Unterlagen ein:

1. entweder eine eidesstaatliche Erklärung, dass die aufgrund der erteilten Genehmigung durchgeführten Handlungen oder Arbeiten der Genehmigung vollständig entsprechen, und einen Fotobericht, der die Außenansichten des fertigen Baus oder die durchgeführten Handlungen oder Arbeiten dokumentiert;

2. oder, falls diese Übereinstimmung mit der Genehmigung nicht durch den Genehmigungsinhaber oder den Eigentümer bestätigt werden kann und es Unterschiede zwischen der tatsächlich vorhandenen Situation und der Genehmigung gibt:

a) wenn ein Architekt hinzugezogen werden musste oder hinzugezogen wurde, die vom Architekten gegengezeichneten und datierten Pläne, die die tatsächlich vorhandene Situation nach Durchführung der Handlungen oder Arbeiten sowie der Auflagen auf der Grundlage eines korrekten Ausmaßes wiedergeben, und einen Fotobericht, der die Außenansichten des fertigen Baus oder die durchgeführten Handlungen oder Arbeiten dokumentiert;

b) wenn kein Architekt hinzugezogen werden musste oder hinzugezogen wurde, einen Fotobericht, der die Außenansichten des fertigen Baus oder die durchgeführten Handlungen oder Arbeiten dokumentiert.

Die Regierung kann den Inhalt der in Absatz 1 genannten Unterlagen bestimmen.“

Art. 94 - Artikel D.IV.73.1 desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret vom 21. November 2022, wird wie folgt ersetzt:

“Art. D.IV.73.1 - § 1 - Gemäß den Bestimmungen, die von der Regierung erlassen werden können, bestätigt die in Artikel D.IV.73 genannte Behörde innerhalb einer Frist von fünfundsiebzig Tagen ab Hinterlegung der gemäß Artikel D.IV.73 eingereichten Unterlagen dem Genehmigungsinhaber oder dem Eigentümer des Gutes ihren Erhalt und veranlasst die Freigabe der gemäß Artikel D.IV.60 Absatz 4 hinterlegten finanziellen Garantie.

Gleichzeitig mit der Bestätigung zum Erhalt der Unterlagen bestätigt dieselbe Behörde dem Genehmigungsinhaber oder dem Eigentümer des Gutes in einer Erklärung:

1. entweder, dass die Akte auf Grundlage der eidesstattlichen Erklärung und des Fotoberichts abgeschlossen wird;

2. oder, dass die in den Unterlagen angeführten Unterschiede zwischen der tatsächlich vorhandenen Situation und der Genehmigung:

a) nicht genehmigungspflichtig sind und die Akte abgeschlossen wird; oder

b) Änderungen betreffen, die aus technischen Gründen gerechtfertigt sind, das Vorhaben in seinen Grundzügen nicht beeinflussen und direkt oder indirekt die Gefahren, Belastungen oder Nachteile auf den Menschen oder die Umwelt nicht erhöhen und die Akte somit abgeschlossen wird; oder

c) Änderungen im Sinne von Artikel D.IV.1 § 2 betreffen, die das Vorhaben in seinen Grundzügen nicht beeinflussen und direkt oder indirekt die Gefahren, Belastungen oder Nachteile auf den Menschen oder die Umwelt nicht erhöhen und die Akte somit abgeschlossen wird;

3. oder, dass die in den Unterlagen angeführten Unterschiede zwischen der tatsächlich vorhandenen Situation und der Genehmigung genehmigungspflichtig sind und mittels eines neuen Antrags genehmigt werden müssen. In diesem Fall legt die Behörde oder die Person, die sie zu diesem Zweck bevollmächtigt hat, eine Frist von mindestens drei Monaten und höchstens zwei Jahren für den Erhalt einer Genehmigung fest. Diese Erklärung gilt als vorherige Mahnung gemäß Artikel D.VII.4;

4. oder, dass die in den Unterlagen angeführten Unterschiede zwischen der tatsächlich vorhandenen Situation und der Genehmigung nicht genehmigt werden können. In diesem Fall legt die Behörde oder die Person, die sie zu diesem Zweck bevollmächtigt hat, eine Frist von mindestens drei Monaten und höchstens zwei Jahren für die Anpassung an die geltende Genehmigung fest. Diese Erklärung gilt als vorherige Mahnung gemäß Artikel D.VII.4.

Die Regierung legt die Form und den Inhalt der in Absatz 2 erwähnten Erklärung fest.

§ 2 - Betreffen die in § 1 Absatz 2 erwähnten Unterschiede zwischen der tatsächlich vorhandenen Situation und der Genehmigung ein in Artikel D.IV.14.1 genanntes Gut, wird vor der Erklärung ein gleichlautendes Denkmalgutachten eingeholt. Das Gutachten wird innerhalb von dreißig Tagen nach dem Versand der Anfrage übermittelt. Nach Ablauf dieser Frist gilt das Gutachten als günstig.

§ 3 - Eine Abschrift der Erklärung wird dem Gemeindegremium bzw. der Regierung übermittelt, wenn es/sie nicht die in § 1 genannte Behörde ist."

Art. 95 - Buch IV Titel II Kapitel X Abschnitt 4.1 desselben Gesetzbuches, das den Artikel D.IV.73.2 umfasst, eingefügt durch das Dekret vom 21. November 2022, wird aufgehoben.

Art. 96 - In Artikel D.IV.84 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird folgender § 6 eingefügt:

"§ 6 - In Abweichung der § § 1 bis 4 verfällt die Städtebaugenehmigung für den Teil der Handlungen und Arbeiten, die nicht durchgeführt worden sind, ab der Erklärung zum Abschluss der Akte gemäß Artikel D.IV.73.1 § 1 Absatz 2 Nummern 1 oder 2, wenn diese Erklärung vor Ablauf der in den § § 1 bis 4 genannten Gültigkeitsfrist erfolgt."

Art. 97 - In Artikel D.IV.109.7 Absatz 2 desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret vom 21. November 2022, wird das Wort "zehn" durch das Wort "fünfzehn" ersetzt.

Art. 98 - Artikel D.VII.1 § 1 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch das Dekret vom 21. November 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. Nummer 1 Buchstabe *b*) wird wie folgt ersetzt:

"b) der Arbeiten und Handlungen, die Gegenstand einer Erklärung gemäß Artikel D.IV.73.1 § 1 Absatz 2 Nummer 2 sind;"

2. Nummer 7 wird wie folgt ersetzt:

"7. das Nichteinreichen der Unterlagen gemäß Artikel D.IV.73 oder die Erstellung von Unterlagen gemäß Artikel D.IV.73, die der tatsächlich vorhandenen Situation nicht entsprechen;"

Art. 99 - Artikel D.VII.1bis § 1 Absatz 2 desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret der Wallonischen Region vom 16. November 2017 und ersetzt durch das Dekret vom 21. November 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 3 wird die Wortfolge "an einem Gut, das von einer in Anwendung des Denkmalschutzdekrets auferlegten Schutzmaßnahme betroffen ist" durch die Wortfolge "an einem in Artikel D.IV.14.1 genannten Gut" ersetzt.

2. In Nummer 4 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

3. Folgende Nummer 5 wird eingefügt:

"5. Handlungen und Arbeiten, die nach dem 1. Februar 2023 Gegenstand einer endgültigen Verwaltungsmaßnahme im Sinne von Artikel D.VII.19 oder D.VII.20 oder einer endgültigen gerichtlichen Entscheidung zur Feststellung der Nichtübereinstimmung von Handlungen und Arbeiten mit den Regeln des Raumordnungs- und Städtebaurechts geworden sind."

Art. 100 - In Buch VII desselben Gesetzbuches, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 21. November 2022, wird folgendes Kapitel Iter, das den Artikel D.VII.1ter umfasst, eingefügt:

"Kapitel Iter - Erklärung über die Übereinstimmung von Handlungen oder Arbeiten mit dem Raumordnungs- und Städtebaurecht"

Art. 101 - In Buch VII Kapitel Iter desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel D.VII.1ter eingefügt:

"Art. D.VII.1ter - § 1 - Gemäß den Bestimmungen, die von der Regierung erlassen werden können, kann der Genehmigungsinhaber oder der Eigentümer eines Gutes bei der Regierung eine Erklärung über die Übereinstimmung von bestehenden Handlungen oder Arbeiten mit dem Raumordnungs- und Städtebaurecht beantragen.

Die Regierung legt die Form und den Inhalt des Antrags auf Erklärung über die Übereinstimmung von bestehenden Handlungen oder Arbeiten mit dem Raumordnungs- und Städtebaurecht fest.

§ 2 - Die Regierung stellt bei Erhalt des Antrags auf Erklärung über die Übereinstimmung von bestehenden Handlungen oder Arbeiten mit dem Raumordnungs- und Städtebaurecht einen Hinterlegungsbescheid gemäß Artikel D.IV.32 aus.

Binnen fünfundsiebzig Tagen ab dem Datum des Hinterlegungsbescheids erklärt die Regierung auf Basis der im Antrag enthaltenen Informationen und Unterlagen:

1. entweder, dass die im Antrag aufgeführten Handlungen oder Arbeiten mit dem Raumordnungs- und Städtebaurecht übereinstimmen, gegebenenfalls unter Anwendung der in Artikel D.VII.1bis erwähnten Vermutung;

2. oder, dass bestimmte Handlungen oder Arbeiten nicht mit dem Raumordnungs- und Städtebaurecht übereinstimmen und mittels eines neuen Antrags genehmigt werden müssen. In diesem Fall legt die Regierung eine Frist von mindestens drei Monaten und höchstens zwei Jahren für den Erhalt einer Genehmigung fest. Diese Erklärung gilt als vorherige Mahnung gemäß Artikel D.VII.4;

3. oder, dass bestimmte Handlungen oder Arbeiten nicht mit dem Raumordnungs- und Städtebaurecht übereinstimmen und nicht genehmigt werden können. In diesem Fall legt die Regierung eine Frist von mindestens drei Monaten und höchstens zwei Jahren für die Anpassung an die geltenden Vorschriften und Genehmigungen fest. Diese Erklärung gilt als vorherige Mahnung gemäß Artikel D.VII.4;

4. oder, dass die im Antrag übermittelten Informationen es nicht erlauben, die Erklärung über die Übereinstimmung mit dem Raumordnungs- und Städtebaurecht auszustellen. In diesem Fall erstellt die Regierung eine Liste der notwendigen Informationen und Unterlagen. Die Hinterlegung der Informationen und Unterlagen gemäß dieser Liste ist Gegenstand eines neuen Hinterlegungsbescheids, der den in Absatz 1 erwähnten Hinterlegungsbescheid ersetzt."

Art. 102 - Artikel D.VII.7.1 desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Dekret vom 21. November 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 3 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. Folgende Nummer 4 wird eingefügt:

"4. eine Erklärung über die Übereinstimmung von bestehenden Handlungen oder Arbeiten mit dem Raumordnungs- und Städtebaurecht gemäß Artikel D.VII.1ter § 2 Absatz 2 Nummer 1 vorliegt."

Art. 103 - Artikel D.VII.18 § 4 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch das Dekret vom 21. November 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 4 Satz 1 wird die Wortfolge "und reicht die gemäß Artikel D.IV.73 geforderten Unterlagen ein" eingefügt.

2. In Absatz 5 wird die Wortfolge "Konformitätserklärung der durchzuführenden Abänderungsarbeiten" durch die Wortfolge "Erklärung gemäß Artikel D.IV.73.1 § 1 Absatz 2 Nummern 1 oder 2" ersetzt.

Art. 104 - In Artikel D.VII.20 § 3 Absatz 1 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch das Dekret vom 21. November 2022, wird die Wortfolge "gemäß Artikel D.IV.73.1" gestrichen und folgender Satz eingefügt:

"Die Artikel D.IV.73 und D.IV.73.1 sind entsprechend anwendbar."

KAPITEL 5 — INFRASTRUKTUR

Art. 105 - In Artikel 2 Absatz 1 Nummer 11 des Dekrets vom 18. März 2002 zur Infrastruktur, eingefügt durch das Dekret vom 21. November 2022, wird im einleitenden Satz die Wortfolge "eines Sanierungsstandortes im Sinne von Artikel D.II.57.4 § 5 des Wallonischen Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung" durch die Wortfolge "eines gemäß Artikel D.II.57.4 § 5 des Wallonischen Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung festgelegten Areals" ersetzt.

Art. 106 - In Artikel 7 Nummer 9 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 21. November 2022, wird das Wort "Sanierungsstandortes" durch das Wort "Areal" ersetzt.

Art. 107 - In Artikel 11 Absatz 1 Nummer 3.2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 21. November 2022, wird die Wortfolge "eines Sanierungsstandortes im Sinne von Artikel D.II.57.4 § 5 des Wallonischen Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung" durch die Wortfolge "eines gemäß Artikel D.II.57.4 § 5 des Wallonischen Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung festgelegten Areals" ersetzt.

Art. 108 - In Artikel 19 § 1 Absatz 1 Nummer 13 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 21. November 2022, wird die Wortfolge "des Sanierungsstandortes im Sinne von Artikel D.II.57.4 § 5 des Wallonischen Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung" durch die Wortfolge "des gemäß Artikel D.II.57.4 § 5 des Wallonischen Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung festgelegten Areals" ersetzt.

Art. 109 - Artikel 38 Absatz 3 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 25. Juni 2007, wird wie folgt abgeändert:

1. In Spiegelstrich 2 wird das Semikolon durch einen Punkt ersetzt.

2. Spiegelstrich 3 wird aufgehoben.

Art. 110 - In Artikel 39 § 3 Absatz 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 11. Dezember 2018, wird die Angabe "Nummern 1 und 2" gestrichen.

Art. 111 - Die Überschrift von Kapitel II Abschnitt 6 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 21. November 2022, wird wie folgt ersetzt:

"Abschnitt 6 - Areale für einen Sanierungsstandort oder für eine städtische Flurbereinigung"

Art. 112 - In Artikel 44.4 Absatz 1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 21. November 2022, wird die Wortfolge "eines Sanierungsstandortes im Sinne von Artikel D.II.57.4 § 5 des Wallonischen Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung" durch die Wortfolge "eines gemäß Artikel D.II.57.4 § 5 des Wallonischen Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung festgelegten Areals" ersetzt.

Art. 113 - In Artikel 44.6 Absatz 1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 21. November 2022, wird das Wort "Sanierungsstandortes" durch das Wort "Areal" ersetzt.

Art. 114 - Artikel 45 Nummer 5 des Programmdekrets 2014 vom 24. Februar 2014, ersetzt durch das Dekret vom 12. Dezember 2019, wird wie folgt ersetzt:

"5. Artikel 30 bis 38, die am 1. Januar 2026 in Kraft treten."

KAPITEL 6 — VERSCHIEDENES

Abschnitt 1 — Nicht-Diskriminierung

Art. 115 - Der vorliegende Abschnitt dient der teilweisen Umsetzung der Richtlinie 2006/54/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 zur Verwirklichung des Grundsatzes der Chancengleichheit und Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen (Neufassung).

Art. 116 - Artikel 18 des Dekrets vom 19. März 2012 zur Bekämpfung bestimmter Formen von Diskriminierung, abgeändert durch das Dekret vom 22. Februar 2016, wird wie folgt ersetzt:

"Art. 18 - § 1 - Wenn eine Person, auf die sich ein mutmaßlicher Verstoß gegen die Bestimmungen des vorliegenden Dekrets in einem anderen Bereich als dem Bereich der Arbeitsverhältnisse bezieht, eine Meldung macht, eine Beschwerde einreicht oder ein Gerichtsverfahren einleitet, darf gegen diese Person keine nachteilige Maßnahme aus Gründen, die mit der Meldung, der Beschwerde oder dem Gerichtsverfahren bzw. deren Inhalt zusammenhängt, ergriffen werden.

Der im vorliegenden Artikel erwähnte Schutz gilt nicht im Falle eines Missbrauchs der Verfahren. Dieser Missbrauch kann zur Zahlung von Schadenersatz führen.

§ 2 - Im Sinne von § 1 versteht man unter "Meldung, Beschwerde oder Gerichtsverfahren":

1. eine Meldung oder Beschwerde bei der Organisation oder Einrichtung, die für den mutmaßlichen Verstoß verantwortlich ist;

2. eine Meldung, Anzeige oder Beschwerde bei den mit der Überwachung beauftragten Inspektoren;

3. eine Meldung oder Beschwerde bei einem Dienst, der mit der Überwachung der Handlungen und der Arbeitsweise von Verwaltungsbehörden oder Verwaltungsinstanzen betraut ist oder der bei der außergerichtlichen Beilegung von Streitsachen tätig wird;

4. eine Meldung oder Beschwerde bei der in Artikel 12 aufgeführten Stelle;

5. eine Anzeige bei der Polizei, eine Klage mit Auftreten als Zivilpartei beim Untersuchungsrichter oder eine Notifizierung an den Prokurator des Königs;
6. ein Gerichtsverfahren, das von der Person eingeleitet wird, auf die sich der mutmaßliche Verstoß bezieht;
7. ein Gerichtsverfahren, das zugunsten der Person, auf die sich der mutmaßliche Verstoß bezieht, von der in Artikel 12 aufgeführten Stelle oder von den in Artikel 13 aufgeführten Vereinigungen oder Organisationen eingeleitet wird;
8. ein Gerichtsverfahren, das von der in Artikel 12 aufgeführten Stelle oder von den in Artikel 13 aufgeführten Vereinigungen oder Organisationen in eigenem Namen und mit Zustimmung der Person, auf die sich der mutmaßliche Verstoß bezieht, eingeleitet wird.

§ 3 - Um den in § 1 erwähnten Schutz zu genießen, weist die Person, auf die sich der mutmaßliche Verstoß bezieht, nach, dass wegen eines Verstoßes gegen die Bestimmungen des vorliegenden Dekrets eine Meldung gemacht, eine Beschwerde eingereicht oder ein Gerichtsverfahren eingeleitet worden ist. Dieser Nachweis kann mit allen rechtlichen Mitteln erbracht werden.

Wenn eine Person binnen zwölf Monaten, nachdem sie von der Meldung oder Beschwerde erfahren hat oder nach vernünftigem Ermessen von diesen Schritten hätte erfahren können, eine nachteilige Maßnahme gegen die Person ergreift, auf die sich der mutmaßliche Verstoß bezieht, obliegt die Beweislast, dass die nachteilige Maßnahme nicht mit der Meldung oder Beschwerde bzw. deren Inhalt zusammenhängt, der Person, die die nachteilige Maßnahme ergriffen hat.

Diese Beweislast obliegt ebenfalls der Person, gegen die ein Gerichtsverfahren eingeleitet wird, wenn die nachteilige Maßnahme nach der Einleitung des Gerichtsverfahrens ergriffen wurde, und dies bis zu drei Monate nach dem Tag, an dem das Urteil rechtskräftig geworden ist.

§ 4 - Wenn befunden wird, dass eine nachteilige Maßnahme unter Verstoß gegen § 1 ergriffen worden ist, zahlt derjenige, der die Maßnahme ergriffen hat, der Person, auf die sich der mutmaßliche Verstoß bezieht, eine Entschädigung, die nach Wahl dieser Person entweder einer Pauschalentschädigung, die wie die in Artikel 20 § 2 erwähnte Entschädigung berechnet wird oder dem von dieser Person tatsächlich erlittenen Schaden entspricht. Im letzteren Fall obliegt es der betroffenen Person, den Umfang des erlittenen Schadens nachzuweisen.

Die im vorliegenden Paragraphen erwähnte Entschädigung kann zuzüglich der in Artikel 20 § 2 vorgesehenen Entschädigung wegen Diskriminierung bezogen werden.

§ 5 - Der im vorliegenden Artikel erwähnte Schutz gilt auch für Personen, die zugunsten der Person, auf die sich der mutmaßliche Verstoß bezieht, als Zeuge auftreten, eine Meldung gemacht oder eine Beschwerde eingereicht haben, und für Personen, die diese Person beraten oder ihr Hilfe oder Unterstützung gewähren, sowie für Personen, die einen Verstoß gegen die Bestimmungen des vorliegenden Dekrets geltend machen. Der Schutz gilt auch für Personen, zu deren Gunsten diese Handlungen vorgenommen werden.

Die Bestimmungen des vorliegenden Artikels sind entsprechend anwendbar auf die in Absatz 1 erwähnten Personen.

§ 6 - Wenn eine Person, auf die sich der mutmaßliche Verstoß bezieht, eine Meldung macht, eine Beschwerde einreicht oder ein Gerichtsverfahren einleitet oder wenn eine in § 5 Absatz 1 erwähnte Person die in diesem Absatz erwähnten Handlungen vornimmt, kann sie bei der in § 2 aufgeführten Organisation, dem Dienst oder der Einrichtung, bei der bzw. dem die Handlung vorgenommen wurde, einen schriftlichen und datierten Nachweis darüber anfordern.

§ 7 - Auf Anfrage der beklagten Partei kann die gemäß § 2 angerufene Gerichtsbarkeit die in § 3 erwähnten Fristen verkürzen."

Art. 117 - Artikel 19 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 22. Februar 2016, wird wie folgt ersetzt:

"Art. 19 - § 1 - Wenn eine Person, auf die sich ein mutmaßlicher Verstoß gegen die Bestimmungen des vorliegenden Dekrets im Bereich der Arbeitsverhältnisse bezieht, eine Meldung macht, eine Beschwerde einreicht oder ein Gerichtsverfahren einleitet, darf der Arbeitgeber gegen diese Person keine nachteilige Maßnahme aus Gründen ergreifen, die mit der Meldung, der Beschwerde oder dem Gerichtsverfahren bzw. deren Inhalt zusammenhängt.

Der im vorliegenden Artikel erwähnte Schutz gilt nicht im Falle eines Missbrauchs der Verfahren. Dieser Missbrauch kann zur Zahlung von Schadenersatz führen.

§ 2 - Im Sinne des vorliegenden Artikels versteht man unter "nachteiliger Maßnahme" u. a. die Beendigung des Arbeitsverhältnisses, die einseitige Änderung der Arbeitsbedingungen oder eine nachteilige Maßnahme, die nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses ergriffen worden ist.

§ 3 - Im Sinne des vorliegenden Artikels versteht man unter "Meldung, Beschwerde oder Gerichtsverfahren":

1. eine Meldung oder Beschwerde bei dem Unternehmen oder der Einrichtung, die die Person beschäftigt;
2. eine Meldung, Anzeige oder Beschwerde bei den mit der Überwachung beauftragten Inspektoren;
3. eine Meldung oder Beschwerde bei einem Dienst, der mit der Überwachung der Handlungen und der Arbeitsweise von Verwaltungsbehörden oder Verwaltungsinstanzen betraut ist oder der bei der außergerichtlichen Beilegung von Streitsachen tätig wird;
4. eine Meldung oder Beschwerde bei der in Artikel 12 aufgeführten Stelle;
5. eine Anzeige bei der Polizei, eine Klage mit Auftreten als Zivilpartei beim Untersuchungsrichter oder eine Notifizierung an den Arbeitsauditor;
6. ein Gerichtsverfahren, das von der Person eingeleitet wird, auf die sich der mutmaßliche Verstoß bezieht;
7. ein Gerichtsverfahren, das zugunsten der Person, auf die sich der mutmaßliche Verstoß bezieht, von der in Artikel 12 erwähnten Stelle oder von den in Artikel 13 aufgeführten Vereinigungen oder Organisationen eingeleitet wird;

8. ein Gerichtsverfahren, das von der in Artikel 12 erwähnten Stelle oder von den in Artikel 13 aufgeführten Vereinigungen oder Organisationen in eigenem Namen und mit Zustimmung der Person, auf die sich der mutmaßliche Verstoß bezieht, eingeleitet wird.

§ 4 - Um den in § 1 erwähnten Schutz zu genießen, weist die Person, auf die sich der mutmaßliche Verstoß bezieht, nach, dass wegen eines Verstoßes gegen die Bestimmungen des vorliegenden Dekrets eine Meldung gemacht, eine Beschwerde eingereicht oder ein Gerichtsverfahren eingeleitet worden ist. Dieser Nachweis kann mit allen rechtlichen Mitteln erbracht werden.

Wenn der Arbeitgeber binnen zwölf Monaten, nachdem er von der Meldung oder Beschwerde erfahren hat oder nach vernünftigem Ermessen von diesen Schritten hätte erfahren können, eine nachteilige Maßnahme gegen die Person ergreift, auf die sich der mutmaßliche Verstoß bezieht, obliegt die Beweislast, dass die nachteilige Maßnahme nicht mit der Meldung oder Beschwerde bzw. deren Inhalt zusammenhängt, dem Arbeitgeber.

Diese Beweislast obliegt ebenfalls dem Arbeitgeber, wenn die nachteilige Maßnahme nach der Einleitung des Gerichtsverfahrens ergriffen wurde, und dies bis zu drei Monate nach dem Tag, an dem das Urteil rechtskräftig geworden ist.

§ 5 - Wenn ein Arbeitgeber unter Verstoß gegen § 1 das Arbeitsverhältnis beendet oder die Arbeitsbedingungen einseitig ändert, kann die Person, auf die sich der mutmaßliche Verstoß bezieht, oder, mit Zustimmung dieser Person, die in Artikel 12 aufgeführte Stelle oder die Vereinigung oder Organisation, der diese Person angeschlossen ist, beantragen, dass das Unternehmen oder die Einrichtung die Person, auf die sich der mutmaßliche Verstoß bezieht, wieder aufnimmt oder sie ihre Funktion unter den gleichen Bedingungen wie vorher ausüben lässt.

Der Antrag auf Wiederaufnahme wird innerhalb der dreißig Tage nach der Notifizierung der Kündigung mit oder ohne Kündigungsfrist oder der einseitigen Änderung der Arbeitsbedingungen schriftlich eingereicht. Der Arbeitgeber bezieht innerhalb von dreißig Tagen nach Notifizierung des Antrags Stellung.

Ein Arbeitgeber, der die Person wieder in das Unternehmen oder in die Einrichtung aufnimmt oder sie ihre Funktion unter den gleichen Bedingungen wie vorher ausüben lässt, ist verpflichtet, den wegen Kündigung oder Änderung der Arbeitsbedingungen ausgefallenen Lohn und die diesbezüglichen Arbeitgeber- und die Arbeitnehmerbeiträge auf diesen Lohn nachzuzahlen.

Vorliegender Paragraph ist nicht anwendbar, wenn die nachteilige Maßnahme nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses ergriffen wird.

§ 6 - Arbeitgeber sind verpflichtet, der Person, auf die sich der mutmaßliche Verstoß bezieht, eine Entschädigung zu zahlen:

1. wenn die Person, auf die sich der mutmaßliche Verstoß bezieht, nach dem in § 5 erwähnten Antrag nicht wieder aufgenommen wird oder ihre Funktion nicht unter den gleichen Bedingungen wie vorher ausüben kann und wenn befunden wurde, dass die nachteilige Maßnahme gegen die Bestimmungen von § 1 verstößt;

2. wenn die Person, auf die sich der mutmaßliche Verstoß bezieht, den in § 5 erwähnten Antrag nicht einreicht und wenn befunden wurde, dass die nachteilige Maßnahme gegen die Bestimmungen von § 1 verstößt.

Die Entschädigung entspricht nach Wahl der Person, auf die sich der mutmaßliche Verstoß bezieht, entweder einem Pauschalbetrag in Höhe des Bruttolohns von sechs Monaten oder dem von dieser Person tatsächlich erlittenen Schaden. Im letzteren Fall obliegt es der betroffenen Person, den Umfang des erlittenen Schadens nachzuweisen.

Die im vorliegenden Paragraphen erwähnte Entschädigung kann zuzüglich der in Artikel 20 § 2 vorgesehenen Entschädigung wegen Diskriminierung bezogen werden.

§ 7 - Der im vorliegenden Artikel erwähnte Schutz gilt auch für Personen, die zugunsten der Person, auf die sich der mutmaßliche Verstoß bezieht, als Zeuge auftreten, eine Meldung gemacht oder eine Beschwerde eingereicht haben, und für Personen, die diese Person beraten oder ihr Hilfe oder Unterstützung gewähren, sowie für Personen, die einen Verstoß gegen die Bestimmungen des vorliegenden Dekrets geltend machen. Der Schutz gilt auch für Personen, zu deren Gunsten diese Handlungen vorgenommen werden.

Die Bestimmungen des vorliegenden Artikels sind entsprechend anwendbar auf die in Absatz 1 erwähnten Personen.

§ 8 - Wenn eine Person, auf die sich der mutmaßliche Verstoß bezieht, eine Meldung macht, eine Beschwerde einreicht oder ein Gerichtsverfahren einleitet oder wenn eine in § 7 Absatz 1 erwähnte Person die in diesem Absatz erwähnten Handlungen vornimmt, kann sie bei der in § 3 aufgeführten Organisation, dem Dienst oder der Einrichtung, bei der bzw. dem die Handlung vorgenommen wurde, einen schriftlichen und datierten Nachweis darüber anfordern.

§ 9 - Die Bestimmungen des vorliegenden Artikels sind auch anwendbar auf andere Personen als Arbeitgeber, die im Rahmen der Arbeitsverhältnisse Personen beschäftigen oder ihnen Aufgaben zuteilen."

Art. 118 - In Artikel 15 § 2 des Dekrets vom 21. Februar 2022 zur Festlegung verschiedener Instrumente des Informations- und Beschwerdemanagements in der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird folgender Absatz 3 eingefügt:

"Vorliegendes Kapitel gilt unbeschadet der anwendbaren Bestimmungen über die Bekämpfung von Diskriminierung aufgrund geschützter Merkmale im Sinne des Dekrets vom 19. März 2012 zur Bekämpfung bestimmter Formen von Diskriminierung."

Abschnitt 2 — Dienste mit getrennter Geschäftsführung

Art. 119 - In Artikel 8bis des Dekrets vom 20. Dezember 1999 zur Abänderung des Dekretes vom 21. Januar 1991 zur Aufhebung und Reorganisation der Haushaltsfonds sowie zur Gründung der Dienststelle mit getrennter Geschäftsführung "Sport-, Freizeit- und Touristikzentrum Worriken", eingefügt durch das Dekret vom 3. Februar 2003 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 25. Mai 2009, wird die Wortfolge ""Sport-, Freizeit- und Touristikzentrums Worriken"" durch die Wortfolge ""Zentrums "Sport- und Ferienpark Worriken"" und die Wortfolge ""Kultur-, Burg- und Begegnungszentrums Burg-Reuland"" durch die Wortfolge ""Zentrums "ViDo Atelier und Herberge"" ersetzt.

KAPITEL 7 — SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 120 - Vorliegendes Dekret tritt am 1. Januar 2024 in Kraft, mit Ausnahme von:

1. Artikel 21, der mit Wirkung vom 3. Dezember 2022 in Kraft tritt;
2. Artikel 4 Nummer 1, der mit Wirkung vom 1. Januar 2023 in Kraft tritt;
3. Artikel 66, der mit Wirkung vom 1. September 2023 in Kraft tritt;

4. Artikel 37, der am Tag seiner Verabschiedung in Kraft tritt;
 5. Artikel 72 und 73, die am Tag ihrer Veröffentlichung in Kraft treten.
 Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.
 Eupen, den 14. Dezember 2023

O. PAASCH

Der Ministerpräsident,
 Minister für lokale Behörden und Finanzen

A. ANTONIADIS

Der Vize-Ministerpräsident,
 Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen

I. WEYKMANS

Die Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien

L. KLINKENBERG

Die Ministerin für Bildung, Forschung und Erziehung

—————
 Fußnote

(1) Sitzungsperiode 2023-2024

Nummerierte Dokumente: 299 (2023-2024) Nr. 1 Dekretvorschlag

299 (2023-2024) Nr. 2 Abänderungsvorschläge

299 (2023-2024) Nr. 3 Abänderungsvorschläge

299 (2023-2024) Nr. 4 Bericht

299 (2023-2024) Nr. 5 Vom Plenum des Parlaments verabschiedeter Text

Ausführlicher Bericht: 14. Dezember 2023 - Nr. 68 Diskussion und Abstimmung

—————
 TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2024/202002]

14 DECEMBRE 2023. — Décret-programme 2023 (1)

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE 1^{er}. — *Matières personnalisables*

Section 1^{re}. — *Santé*

Article 1^{er} - L'article 2 du décret du 1^{er} juin 2004 relatif à la promotion de la santé et à la prévention médicale, modifié par les décrets des 26 février 2018 et 27 février 2023, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Sans préjudice des articles 3 à 4.1, le Gouvernement peut organiser des mesures dans le domaine de la promotion de la santé. »

Art. 2 - Dans le même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 22 mai 2023, il est inséré un article 4.1 rédigé comme suit :

« Art. 4.1 - Soutien ponctuel accordé aux micro-projets

Dans la limite des crédits budgétaires disponibles, le Gouvernement peut octroyer aux institutions et organisations un subside pour l'organisation et la réalisation de manifestations et de projets ponctuels dans le domaine de la promotion de la santé, si celles-ci :

1^o sont organisées en tant qu'association sans but lucratif dont le siège se situe en région de langue allemande;

2^o soumettent une description détaillée de la mesure concernée ainsi qu'une estimation approximative des recettes et dépenses attendues;

3^o soumettent un rapport d'activités pertinent une fois ladite mesure réalisée.

Le subside octroyé en vertu du présent article est limité aux coûts de la mesure, avec un montant maximal de subside de 5 000 euros. »

Art. 3 - Dans l'article 10.1 du même décret, inséré par le décret du 27 avril 2009, le § 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« § 1^{er} - Le Gouvernement peut organiser des mesures de prévention médicale et d'éducation à la santé en région de langue allemande ou agréer et soutenir des institutions spécialisées en prévention médicale qui exercent des activités en région de langue allemande. Des institutions spécialisées situées en dehors de la région de langue allemande peuvent, pour le compte du Gouvernement, prendre en charge des missions liées à la prévention médicale pour la Communauté germanophone. »

Section 2. — *Personnes âgées*

Art. 4 - À l'article 100 du décret du 13 décembre 2018 concernant les offres pour personnes âgées ou dépendantes ainsi que les soins palliatifs, modifié par le décret du 28 mars 2022, les modifications suivantes sont apportées :

1^o l'article est complété par un alinéa 3 rédigé comme suit :

« Au cours de la période transitoire fixée à l'alinéa 1^{er}, les prestataires de centres de repos et de soins pour personnes âgées peuvent dépasser de 3

au plus le nombre de jours de présence dans la catégorie de soutien supérieure fixé dans les contrats conclus conformément à l'alinéa 2 et descendre proportionnellement sous le nombre de jours de présence dans la catégorie de soutien peu élevée. Dans ce cas :

1^o le subside lié aux résidents est limité au subside maximal fixé dans le contrat;

2° le subside lié aux résidents pour les jours de présence supplémentaires prestés dans la catégorie de soutien supérieure est calculé en multipliant le nombre de jours supplémentaires prestés par le forfait journalier applicable à la catégorie de soutien peu élevée. »

2° l'article est complété par un alinéa 4 rédigé comme suit :

« Tous les prestataires de centres de repos et de soins pour personnes âgées reçoivent, au terme de la période transitoire mentionnée à l'alinéa 1^{er} et sans préjudice de l'alinéa 2, un subside unique par catégorie de soutien conformément à l'article 57. »

Section 3. — Famille

Art. 5 - À l'article 7 du décret du 31 mars 2014 relatif à l'accueil d'enfants, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, 1°, modifié par le décret du 22 mai 2023, les mots « lequel atteste » sont remplacés par les mots « lequel date de moins de deux mois et atteste »;

2° dans l'alinéa 2, modifié par les décrets des 2 mars 2015, 10 décembre 2020 et 15 décembre 2021, les mots « des lieux d'accueil d'enfants disposant d'une capacité d'accueil de plus de dix-huit places » sont insérés entre les mots « La sécurité des locaux » et les mots « est notamment prouvée », et les mots « et s'il est destiné aux élèves de l'enseignement fondamental » sont insérés entre les mots « Communauté germanophone » et les mots « , l'avis positif »;

3° un alinéa rédigé comme suit est inséré entre les alinéas 2 et 3, qui devient l'alinéa 4 :

« Par dérogation à l'alinéa 2, le Gouvernement peut déterminer les cas dans lesquels un avis positif en matière de sécurité incendie est requis pour les lieux d'accueil d'enfants disposant d'une capacité d'accueil de dix-huit places ou moins. »;

4° dans l'alinéa 4, qui devient l'alinéa 5, les mots « au premier alinéa » sont remplacés par les mots « dans le présent article ».

Art. 6 - Dans l'article 8, § 1^{er}, alinéa 3, du même décret, les mots « alinéa 3 » sont remplacés par les mots « alinéa 4 ».

Art. 7 - Dans l'article 9 du même décret, il est inséré entre les alinéas 1^{er} et 2, qui devient l'alinéa 3, un alinéa rédigé comme suit :

« En outre, après avoir obtenu l'agrément, les prestataires agréés veillent à ce que, pour les personnes visées à l'article 7, alinéa 1^{er}, 1°, une version datant de moins d'un an des documents y mentionnés soit disponible à tout moment. »

Art. 8 - Dans l'article 10.1 du même décret, inséré par le décret du 22 mai 2023, l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« Le Gouvernement détermine :

1° les procédures de fermeture d'urgence d'un lieu d'accueil d'enfants;

2° les conséquences de la fermeture d'urgence sur l'agrément du prestataire;

3° les possibilités de recours en cas de fermeture d'urgence. »

Art. 9 - L'article 12 du même décret, modifié par les décrets des 12 décembre 2019 et 22 mai 2023, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Sans préjudice de l'alinéa 2, le Gouvernement peut, pour les prestataires subsidiés et le Centre de la Communauté germanophone pour l'accueil d'enfants, fixer les modalités d'une participation des personnes chargées de l'éducation aux frais liés à l'accueil d'enfants. »

Section 4. — Affaires sociales

Art. 10 - À l'article 3 du décret du 11 décembre 2017 relatif à l'intégration et au vivre ensemble dans la diversité, les modifications suivantes sont apportées :

1° au 12°, inséré par le décret du 15 décembre 2022, les mots « la garde des enfants des migrants participants, âgés de quatre mois au moins et de trois ans au plus, proposée gratuitement » sont remplacés par les mots « la garde gratuite des enfants des migrants participants, garantie »;

2° l'article est complété par un 13° rédigé comme suit :

« 13° personne active dans la garde d'enfants : la personne physique qui travaille pour le compte du pouvoir organisateur des cours de langue et d'intégration agréés et qui garde elle-même des enfants ou est en contact direct et régulier avec des enfants gardés. »

Art. 11 - L'article 10.1 du même décret, inséré par le décret du 15 décembre 2022, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 10.1 - Garde d'enfants

§ 1^{er} - Pour maintenir l'agrément des cours de langue et d'intégration, les pouvoirs organisateurs de ces derniers garantissent une garde d'enfants dans le cadre du parcours d'intégration.

La garde d'enfants est gratuite pour les migrants. Elle est proposée parallèlement aux cours de langue et d'intégration agréés et est accessible aux enfants des migrants participants, âgés de quatre mois à trois ans.

Par dérogation à l'alinéa 2, le pouvoir organisateur des cours de langue et d'intégration agréés peut demander au Gouvernement une dérogation motivée et limitée dans le temps pour un ou plusieurs enfants des migrants participants âgés de douze ans au plus.

Le Gouvernement fixe les autres modalités relatives à la garde d'enfants, le montant et les conditions de subventionnement de la garde d'enfants ainsi que la procédure de demande de dérogation mentionnée à l'alinéa 3.

§ 2 - Le pouvoir organisateur des cours de langue et d'intégration agréés conclut une convention avec le migrant avant que celui-ci ne recoure à la garde d'enfants.

§ 3 - La garde d'enfants se déroule dans un environnement adapté et dans des locaux suffisamment grands, sûrs et propres. Le Gouvernement fixe les critères applicables à cet égard et vérifie les locaux. La sécurité des locaux est notamment attestée par un avis positif en matière de sécurité incendie établi par le commandant des pompiers compétent.

§ 4 - Le pouvoir organisateur des cours de langue et d'intégration agréés veille à ce que les personnes actives dans la garde d'enfants mandatées par lui remplissent les conditions suivantes avant d'entamer leur activité :

1° elles produisent un extrait de casier judiciaire, conformément à l'article 596, alinéa 2, du Code d'instruction criminelle, lequel date de moins de deux mois et atteste qu'elles n'ont aucune inscription au casier judiciaire qui leur interdit d'exercer une activité dans le domaine de l'éducation, de la guidance psycho-médico-sociale, de l'aide à la jeunesse, de la protection des enfants, de l'animation ou de la garde de mineurs d'âge. Si ces personnes sont domiciliées

à l'étranger, elles produisent un document équivalent établi par une autorité compétente et permettant l'accès à une activité relevant du domaine de l'éducation, de la guidance psycho-médico-sociale, de l'aide à la jeunesse, de la protection des enfants, de l'animation ou de la garde de mineurs d'âge;

2° elles produisent un certificat médical datant de moins de deux mois et attestant qu'elles sont en mesure de garder des enfants;

3° dans la mesure où cela ne ressort pas du certificat médical mentionné au 2°, les personnes de sexe féminin actives dans la garde d'enfants et âgées de moins de 55 ans présentent un certificat médical attestant qu'elles sont immunisées contre la rubéole. Le refus d'une éventuelle future vaccination n'est admis que sur présentation d'un certificat médical ad hoc dûment motivé;

4° elles s'engagent à n'exercer aucune activité, professionnelle ou non, incompatible avec la garde d'enfants ou qui pourrait les empêcher de garder les enfants pendant les heures de prestation.

Le pouvoir organisateur des cours de langue et d'intégration agréés veille à ce que, après le début de l'activité, pour les personnes actives dans la garde d'enfants qu'il a mandatées, une version datant de moins d'un an des documents mentionnés à l'alinéa 1^{er}, 1°, soit disponible à tout moment.

Le Gouvernement peut préciser les conditions mentionnées à l'alinéa 1^{er} ainsi que des conditions supplémentaires, pour autant que celles-ci puissent contribuer à une amélioration de la qualité de la garde d'enfants et, sans préjudice de l'article 29, alinéa 4, qu'elles ne donnent pas lieu à un traitement supplémentaire de données à caractère personnel.

§ 5 - Le Gouvernement peut fermer d'urgence à titre provisoire un lieu de garde d'enfants du pouvoir organisateur de cours de langue et d'intégration agréés, sans mise en demeure ou audition préalable, pour l'une des raisons suivantes :

1° pour des raisons de santé publique;

2° lorsque des indices sérieux donnent à penser que le bien-être, la sécurité ou la santé des enfants sont menacés;

3° lorsque des indices sérieux donnent à penser qu'il existe un manquement grave aux dispositions applicables.

Le Gouvernement détermine :

1° la procédure de fermeture d'urgence du lieu de garde d'enfants;

2° les conséquences de la fermeture d'urgence sur l'agrément des cours de langue et d'intégration;

3° les possibilités de recours en cas de fermeture d'urgence. »

Art. 12 - À l'article 28 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « , les pouvoirs organisateurs des cours de langue et d'intégration agréés » sont insérés entre les mots « orientation professionnelle » et les mots « ainsi que les inspecteurs »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « , les pouvoirs organisateurs des cours de langue et d'intégration agréés » sont insérés entre les mots « orientation professionnelle » et les mots « ainsi que les inspecteurs », et les mots « chapitres 3 et 8 » sont remplacés par les mots « chapitres 2, 3 et 8 ».

Art. 13 - À l'article 29 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, le 1° est complété par les mots « et des enfants mentionnés à l'alinéa 4, 1° »;

2° dans l'alinéa 1^{er}, 7°, les mots « et des enfants mentionnés à l'alinéa 4, 1°, » sont insérés entre les mots « du migrant » et les mots « particulièrement dignes »;

3° un alinéa rédigé comme suit est inséré entre les alinéas 3 et 4, qui devient l'alinéa 5 :

« Les pouvoirs organisateurs des cours de langue et d'intégration agréés ainsi que les inspecteurs et experts extérieurs désignés dans l'article 32 peuvent traiter les données à caractère personnel appropriées, utiles et proportionnées suivantes :

1° en ce qui concerne les enfants gardés et les enfants inscrits pour faire l'objet d'une garde:

a) les données relatives à l'identité et les données de contact;

b) les données relatives à la santé;

2° en ce qui concerne les parents des enfants mentionnés au 1°:

a) les données relatives à l'identité et les données de contact;

b) les données relatives au suivi de cours de langue et d'intégration agréés;

c) les données relatives au recours à la garde d'enfants;

3° en ce qui concerne les tiers, dans la mesure où cela est nécessaire pour organiser et garantir la garde d'enfants : les données relatives à l'identité et les données de contact;

4° en ce qui concerne les personnes actives dans la garde d'enfants mandatées par le pouvoir organisateur de cours de langue et d'intégration agréés ou celles qui se trouvent dans une procédure d'engagement :

a) les données relatives à l'identité et les données de contact;

b) les données relatives aux connaissances linguistiques;

c) les données relatives au diplôme, à la formation et à l'expérience professionnelle;

d) les données relatives à la situation financière et à la relation de travail;

e) les données relatives à la santé mentionnées à l'article 10.1, § 4;

f) les données judiciaires mentionnées à l'article 10.1, § 4.

Art. 14 - L'article 37 du même décret est complété par un § 5 rédigé comme suit :

« § 5 - Les pouvoirs organisateurs des cours de langue et d'intégration agréés et les personnes actives dans la garde d'enfants disposent d'un délai de trois mois à compter du 1^{er} janvier 2024 afin de procéder aux éventuelles adaptations nécessaires pour se conformer à l'article 10.1 du présent décret. »

Art. 15 - L'article 4 du décret du 14 octobre 2019 portant reconnaissance des animaux d'assistance et relatif à l'accessibilité aux lieux publics pour les personnes accompagnées d'un animal d'assistance est complété par deux alinéas rédigés comme suit :

« La personne dépendante porte sur elle l'attestation mentionnée à l'alinéa 1^{er}, 3°. Cette obligation cesse de s'appliquer en cas de décès de l'animal d'assistance ou de perte de sa reconnaissance comme tel. Dans ce cas, l'instructeur exige la restitution de l'attestation et détruit cette dernière.

Le Gouvernement précise la condition mentionnée à l'alinéa 1^{er}, 3°. »

Art. 16 - Dans le même décret, il est inséré un article 9.1 rédigé comme suit :

« Art. 9.1 - Confidentialité

Sans préjudice de dispositions légales ou décrétales contraires, le Gouvernement, le Service, ainsi que toutes les autres personnes parties prenantes à l'exécution du présent décret et de ses dispositions d'exécution sont tenus de traiter confidentiellement les données qui leur ont été confiées dans le cadre de l'exercice de leur mission. »

Art. 17 - Dans le même décret, il est inséré un article 9.2 rédigé comme suit :

« Art. 9.2 - Traitement des données à caractère personnel

Sans préjudice de l'article 9.3, le Gouvernement est responsable du traitement des données à caractère personnel mentionnées à l'article 9.3. Il est réputé responsable du traitement de ces données au sens de l'article 4, 7), du règlement (UE) 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, et abrogeant la directive 95/46/CE (règlement général sur la protection des données).

Le Gouvernement et le Service ne peuvent utiliser les données collectées à d'autres fins que l'exercice de leurs missions légales et décrétales en lien avec le présent décret.

Le traitement des données à caractère personnel s'opère dans le respect de la législation applicable en matière de protection des données. »

Art. 18 - Dans le même décret, il est inséré un article 9.3 rédigé comme suit :

« Art. 9.3 - Catégories de données

Le Service peut traiter, conformément à l'article 9.2 et en ce qui concerne les personnes dépendantes, les données relatives à l'identité et les données de contact aux fins de l'examen de la reconnaissance d'un animal d'assistance conformément à l'article 4.

Le Service peut traiter, conformément à l'article 9.2 et en ce qui concerne les personnes qui font une demande d'agrément comme instructeur, les données relatives à l'identité et les données de contact aux fins de l'octroi de l'agrément comme instructeur conformément à l'article 7.

Le Gouvernement peut préciser les catégories de données mentionnées aux alinéas 1^{er} et 2. »

Art. 19 - Dans le même décret, il est inséré un article 9.4 rédigé comme suit :

« Art. 9.4 - Durée du traitement des données

Les données traitées conformément à l'article 9.2 peuvent être conservées au maximum pendant dix ans, sous une forme qui permet l'identification des personnes concernées.

Sans préjudice des dispositions relatives à l'archivage, elles sont détruites au plus tard au terme de ce délai. »

Art. 20 - Dans le même décret, il est inséré un article 9.5 rédigé comme suit :

« Art. 9.5 - Mesures de sécurité

Lors du traitement des données mentionnées à l'article 9.3, le Gouvernement et le Service veillent à ce que des mesures de sécurité appropriées soient appliquées. »

Art. 21 - Dans l'article 12 du décret du 21 novembre 2022 portant création d'un Conseil consultatif pour les personnes handicapées, les mots « à des indemnités de séjour et de déplacement » sont remplacés par les mots « à des jetons de présence et à des indemnités de déplacement ».

Section 5. — Adoption

Art. 22 - Dans le chapitre 5 du décret du 27 avril 2020 relatif à l'adoption d'enfants, modifié par le décret du 15 décembre 2021, il est inséré une section 8, comportant l'article 56.1, intitulée comme suit :

« Section 8 - Recouvrement de créances non fiscales ».

Art. 23 - Dans la section 8 du même décret, il est inséré un article 56.1 rédigé comme suit :

« Art. 56.1 - Recours à l'administration du Service public fédéral Finances en charge de la perception et du recouvrement de créances non fiscales

Les montants dus à l'ACCA en application du présent décret peuvent être recouvrés, en cas de non-paiement, conformément à l'article 51.1 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone. »

CHAPITRE 2. — *Matières culturelles*

Section 1^{re}. — Culture

Art. 24 - Dans l'article 93.1, § 1^{er}, du décret du 18 novembre 2013 visant à soutenir la culture en Communauté germanophone, inséré par le décret du 10 décembre 2020 et modifié par les décrets des 26 avril 2021 et 15 décembre 2022, un alinéa rédigé comme suit est inséré entre les alinéas 2 et 3, qui devient l'alinéa 4 :

« Pour les centres culturels, les années calendrier 2020 et 2021 sont neutralisées pour le classement en 2024 en vue de la période de soutien 2025-2029, pour autant que cela soit favorable à l'introduction de la demande. Pour l'année calendrier 2022, les critères quantitatifs mentionnés à l'alinéa 1^{er} sont réduits d'un tiers. »

Art. 25 - Dans l'article 93.2, § 1^{er}, du même décret, inséré par le décret du 10 décembre 2020 et modifié par les décrets des 26 avril 2021 et 15 décembre 2022, un alinéa rédigé comme suit est inséré entre les alinéas 2 et 3, qui devient l'alinéa 4 :

« Pour les organisateurs d'événements culturels, les années calendrier 2020 et 2021 sont neutralisées pour le classement en 2024 en vue de la période de soutien 2025-2029, pour autant que cela soit favorable à l'introduction de la demande. Pour l'année calendrier 2022, les nombres de visiteurs mentionnés à l'alinéa 1^{er} sont réduits d'un tiers. »

Art. 26 - Dans l'article 93.3, § 1^{er}, du même décret, inséré par le décret du 10 décembre 2020 et modifié par les décrets des 26 avril 2021 et 15 décembre 2022, un alinéa rédigé comme suit est inséré entre les alinéas 2 et 3, qui devient l'alinéa 4 :

« Pour les producteurs culturels, les années calendrier 2020 et 2021 sont neutralisées pour le classement en 2024 en vue de la période de soutien 2025-2029, pour autant que cela soit favorable à l'introduction de la demande. Pour l'année calendrier 2022, les critères quantitatifs mentionnés à l'alinéa 1^{er} sont réduits d'un tiers. »

Section 2. — Jeunesse

Art. 27 - Dans l'article 20, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du décret du 6 décembre 2011 visant à soutenir l'animation de jeunesse, remplacé par le décret du 14 décembre 2021, les mots « un représentant du service mandaté par le Gouvernement, » sont insérés entre les mots « un représentant du Gouvernement, » et les mots « un représentant pour les communes du canton d'Eupen ».

Art. 28 - À l'article 30 du même décret, modifié par les décrets des 20 février 2017 et 14 décembre 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'intitulé, les mots « et suivi » sont insérés entre les mots « Objectif » et les mots « de l'animation de jeunesse ambulante »;

2° dans le § 2, alinéa 1^{er}, il est inséré un 4.1° rédigé comme suit :

« 4.1° des représentants du Bureau de la Jeunesse; ».

Section 3. — Sport

Art. 29 - Dans l'article 8, alinéa 3, du décret sur le sport du 19 avril 2004, rétabli par le décret du 22 juin 2020 et modifié par le décret du 24 janvier 2022, il est inséré un 8.1° rédigé comme suit :

« 8.1° mener des projets de détection et de promotion de talents auprès des élèves d'une école fondamentale de l'enseignement ordinaire ou spécialisé, organisée ou subventionnée par la Communauté germanophone; ».

Art. 30 - Dans l'article 9, alinéa 1^{er}, 8°, c), du même décret, remplacé par le décret du 22 juin 2020, les mots « avec le sport à l'école » sont remplacés par les mots « avec les écoles de l'enseignement ordinaire et spécialisé, organisées ou subventionnées par la Communauté germanophone ».

Art. 31 - Dans l'article 16, § 1^{er}, alinéa 3, deuxième tiret, du même décret, remplacé par le décret du 22 juin 2020, les mots « avec le sport à l'école » sont remplacés par les mots « avec les écoles de l'enseignement ordinaire et spécialisé, organisées ou subventionnées par la Communauté germanophone ».

Art. 32 - Dans l'article 20 du même décret, l'alinéa 3 est remplacé par ce qui suit :

« Tous les documents doivent être signés par le président ou le trésorier de l'association demandeuse. »

Art. 33 - Dans l'article 22, § 2, du même décret, remplacé par le décret du 24 février 2014 et modifié en dernier lieu par le décret du 15 décembre 2022, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « par lui et par un représentant habilité de la fédération sportive » sont insérés entre les mots « une demande signée » et les mots « auprès du Gouvernement »;

2° dans l'alinéa 3, 5°, la phrase introductive est remplacée par ce qui suit :

« 5° une déclaration signée par un représentant habilité de la fédération sportive à laquelle le demandeur est affilié et dont il ressort que : »;

3° dans l'alinéa 3, 6°, les mots « de suivre le schéma d'entraînement proposé » sont remplacés par les mots « de suivre l'entraînement requis et de participer aux compétitions »;

4° dans l'alinéa 3, le 7° est abrogé;

5° dans l'alinéa 3, le 9° est abrogé. »

Art. 34 - Dans l'article 23, alinéa 4, 4°, du même décret, remplacé par le décret du 24 février 2014, les mots « 6 euros/unité d'entraînement » sont remplacés par les mots « 7,5 euros/unité d'entraînement ».

Art. 35 - Dans l'article 24 du même décret, l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« Pour la préparation spécifique aux compétitions mentionnées à l'alinéa 1^{er} et la participation aux autres compétitions internationales, le subside s'élève au plus à 75

des frais mentionnés à l'alinéa 1^{er}, pour autant que cette préparation n'ait pas lieu dans le cadre des entraînements du club ou de l'entraînement auprès du centre de promotion. »

Art. 36 - À l'article 27 du même décret, remplacé par le décret du 27 avril 2009 et modifié en dernier lieu par le décret du 15 décembre 2022, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 2 est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Le personnel d'encadrement ayant commencé des études de bachelor pour devenir maître spécial d'éducation physique dans les écoles primaires, instituteur primaire ou instituteur maternel, telles que visées à l'alinéa 1^{er}, 2°, et ayant réussi avec fruit la première année d'études est classé dans la catégorie C. »;

2° le § 5 est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Aux fins de l'encadrement des enfants dépendants, deux membres supplémentaires au plus du personnel d'encadrement peuvent être subsidiés par camp sportif. Lesdits membres sont classés, selon leur qualification, dans la catégorie correspondante. »

Art. 37 - L'article 14 du décret du 20 novembre 2006 relatif au statut des tireurs sportifs, modifié en dernier lieu par le décret du 15 décembre 2021, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Par dérogation aux articles 5, alinéa 1^{er}, 8, alinéa 2, et 9, alinéa 2, la durée de validité des licences provisoires et définitives octroyées pour l'année 2023 est prolongée d'un an, même si les dispositions mentionnées aux articles 6, 7, 9, alinéa 1^{er}, et 10 n'ont pas été respectées en 2023. »

Section 4. — Médias

Art. 38 - L'article 1^{er} du décret du 1^{er} mars 2021 relatif aux services de médias et aux représentations cinématographiques est remplacé par ce qui suit :

« Article 1^{er} - Clause européenne

Le présent décret transpose partiellement les directives énumérées ci-après, dans la mesure où elles ressortissent à la compétence de la Communauté germanophone :

1° la directive 2010/13/UE du Parlement européen et du Conseil du 10 mars 2010 visant à la coordination de certaines dispositions législatives et administratives des États membres relatives à la fourniture de services de médias audiovisuels (directive Services de médias audiovisuels) (version codifiée);

2° la directive (UE) 2015/1535 du Parlement européen et du Conseil du 9 septembre 2015 prévoyant une procédure d'information dans le domaine des réglementations techniques et des règles relatives aux services de la société de l'information (texte codifié);

3° la directive (UE) 2018/1808 du Parlement européen et du Conseil du 14 novembre 2018 modifiant la directive 2010/13/UE visant à la coordination de certaines dispositions législatives, réglementaires et administratives des États membres relatives à la fourniture de services de médias audiovisuels (directive "Services de médias audiovisuels"), compte tenu de l'évolution des réalités du marché;

4° la directive (UE) 2018/1972 du Parlement européen et du Conseil du 11 décembre 2018 établissant le code des communications électroniques européen (refonte);

5° la directive (UE) 2019/882 du Parlement européen et du Conseil du 17 avril 2019 relative aux exigences en matière d'accessibilité applicables aux produits et services.

Le présent décret applique les règlements énumérés ci-après, dans la mesure où ils ressortissent à la compétence de la Communauté germanophone :

1° le règlement (CE) n° 1/2003 du Conseil du 16 décembre 2002 relatif à la mise en œuvre des règles de concurrence prévues aux articles 81 et 82 du traité;

2° le règlement (UE) 2015/2120 du Parlement européen et du Conseil du 25 novembre 2015 établissant des mesures relatives à l'accès à un internet ouvert et aux prix de détail pour les communications à l'intérieur de l'Union européenne réglementées et modifiant la directive 2002/22/CE et le règlement (UE) n° 531/2012;

3° le règlement (UE) 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, et abrogeant la directive 95/46/CE (règlement général sur la protection des données);

4° le règlement (UE) 2018/1971 du Parlement européen et du Conseil du 11 décembre 2018 établissant l'Organe des régulateurs européens des communications électroniques (ORECE) et l'Agence de soutien à l'ORECE (Office de l'ORECE), modifiant le règlement (UE) 2015/2120 et abrogeant le règlement (CE) n° 1211/2009;

5° le règlement (UE) 2022/1925 du Parlement européen et du Conseil du 14 septembre 2022 relatif aux marchés contestables et équitables dans le secteur numérique et modifiant les directives (UE) 2019/1937 et (UE) 2020/1828 (règlement sur les marchés numériques);

6° le règlement (UE) 2022/2065 du Parlement européen et du Conseil du 19 octobre 2022 relatif à un marché unique des services numériques et modifiant la directive 2000/31/CE (règlement sur les services numériques). »

Art. 39 - À l'article 3 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, les 3° et 4° sont remplacés par ce qui suit :

« 3° aux équipements grand public destinés à la réception de signaux de médias audiovisuels et sonores linéaires;

4° aux équipements terminaux grand public avec des capacités informatiques interactives, prévus pour l'organisation de représentations cinématographiques en région de langue allemande et utilisés pour accéder à des services de médias audiovisuels et »;

2° le § 1^{er} est complété par un 5° rédigé comme suit :

« 5° aux liseuses numériques et aux livres numériques. »;

3° dans le § 2, le 3° est remplacé par ce qui suit :

« 3° les entreprises qui proposent, en Communauté germanophone, des réseaux et services de communications électroniques publics, y compris des ressources et services associés, ainsi que les entreprises qui y proposent des liseuses numériques, des livres numériques ou de nouveaux véhicules de la catégorie M à des fins de vente ou de location. »

Art. 40 - À l'article 4 du même décret, modifié par les décrets des 15 décembre 2021 et 15 décembre 2022, les modifications suivantes sont apportées :

1° au 4°, les mots « fourniture de programmes au grand public, » sont remplacés par les mots « fourniture au grand public de programmes sous la forme d'un ensemble d'images animées, combinées ou non à du son, »;

2° au 7°, les mots « fourniture de programmes au grand public, » sont remplacés par les mots « fourniture au grand public de programmes sous la forme de sons, »;

3° il est inséré un 13.1° rédigé comme suit :

« 13.1° service de la société de l'information : tout service presté normalement contre rémunération, à distance par voie électronique et à la demande individuelle d'un destinataire de services, seuls les services intermédiaires au sens du 60.1° étant concernés.

Aux fins de la présente définition, il faut entendre par :

a) "service presté à distance" : un service fourni sans que les parties soient simultanément présentes;

b) "service presté par voie électronique" : un service envoyé à l'origine et reçu à destination au moyen d'équipements électroniques de traitement (y compris la compression numérique) et de stockage de données, et qui est entièrement transmis, acheminé et reçu par fils, par radio, par moyens optiques ou par d'autres moyens électromagnétiques;

c) "service presté à la demande individuelle d'un destinataire de services" : un service fourni par transmission de données sur demande individuelle; »

4° il est inséré un 13.2° rédigé comme suit :

« 13.2° livre numérique : un service consistant à fournir des fichiers numériques transmettant une version électronique d'un livre, auquel l'utilisateur peut avoir accès, dans lequel il peut naviguer et qu'il peut lire et utiliser, ainsi que le logiciel, y compris les services intégrés sur appareils mobiles, y compris les applications mobiles, spécialisé pour l'accès à ces fichiers numériques, la navigation à l'intérieur de ceux-ci, leur lecture et leur utilisation, à l'exclusion des logiciels visés dans la définition figurant au 13.3°; »

5° il est inséré un 13.3° rédigé comme suit :

« 13.3° liseuse numérique : un équipement spécialisé, comprenant tant le matériel que le logiciel, utilisé pour accéder à des fichiers de livres numériques, naviguer à l'intérieur de ceux-ci, les lire et les utiliser; »

6° il est inséré un 20.1° rédigé comme suit :

« 20.1° Comité européen des services numériques : le comité institué par le règlement (UE) 2022/2065; »

7° il est inséré un 32.1° rédigé comme suit :

« 32.1° coordinateur pour les services numériques : l'autorité instituée par le règlement (UE) 2022/2065; »

8° (concerne le texte allemand);

9° il est inséré un 60.1° rédigé comme suit :

« 60.1° service intermédiaire : un service au sens de l'article 3, g), du règlement (UE) 2022/2065, dans la mesure où il fournit un service de plateformes de partage de vidéos ou d'autres services de médias audiovisuels ou sonores; »

10° le 61° est remplacé par ce qui suit :

« 61° règlement (UE) 2015/2120 : le règlement (UE) 2015/2120 du Parlement européen et du Conseil du 25 novembre 2015 établissant des mesures relatives à l'accès à un internet ouvert et aux prix de détail pour les communications à l'intérieur de l'Union européenne réglementées et modifiant la directive 2002/22/CE et le règlement (UE) n° 531/2012; »

11° il est inséré un 61.2° rédigé comme suit :

« 61.2° règlement (UE) 2022/1925 : le règlement (UE) 2022/1925 du Parlement européen et du Conseil du 14 septembre 2022 relatif aux marchés contestables et équitables dans le secteur numérique et modifiant les directives (UE) 2019/1937 et (UE) 2020/1828 (règlement sur les marchés numériques); »

12° il est inséré un 61.3° rédigé comme suit :

« 61.3° règlement (UE) 2022/2065 : le règlement (UE) 2022/2065 du Parlement européen et du Conseil du 19 octobre 2022 relatif à un marché unique des services numériques et modifiant la directive 2000/31/CE (règlement sur les services numériques); »

13° au 64°, les mots « un service économique » sont remplacés par les mots « un service intermédiaire au sens du 60.1°, c'est-à-dire un service économique ».

Art. 41 - Dans l'article 7, § 2, du même décret, dans la phrase introductive, les mots « fournir les services suivants » sont remplacés par les mots « fournir les services de médias et les contenus illicites et préjudiciables suivants ».

Art. 42 - Dans l'article 17 du même décret, l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« Les fournisseurs de services de médias audiovisuels prennent les mesures appropriées pour garantir que les services de médias audiovisuels qui pourraient nuire à l'épanouissement physique, mental ou moral des mineurs ne soient fournis que dans des conditions telles que les mineurs ne puissent normalement pas les entendre ni les voir. Les mesures doivent être proportionnelles au préjudice potentiel causé par le programme. Les fournisseurs concernés veillent à cet égard à ce que les contenus les plus préjudiciables, tels que la violence gratuite et la pornographie, soient soumis aux mesures les plus strictes. »

Art. 43 - L'article 45 du même décret est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Le Conseil des médias peut interdire la fourniture de services de communications électroniques pour faire appliquer les dispositions du titre 2 en ce qui concerne les programmes et leurs contenus, et notamment celles de l'article 7. »

Art. 44 - Dans l'article 48, alinéa 2, 3°, du même décret, les mots « l'article 69, § 4 » sont remplacés par les mots « l'article 73, § 4 ».

Art. 45 - L'article 52 du même décret, modifié par les décrets des 15 décembre 2021 et 15 décembre 2022, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Lorsqu'un service de médias sonores est diffusé sous plusieurs formes (analogique et numérique au moyen de radiofréquences et/ou numérique au moyen d'internet), la classification de la diffusion analogique du service de médias sonores concerné effectuée sur la base de l'alinéa 2 s'applique également à la diffusion numérique. »

Art. 46 - L'article 53 du même décret est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Les conditions mentionnées à l'alinéa 1^{er} doivent être remplies par le fournisseur de services de médias concerné pendant toute la durée d'utilisation de la radiofréquence attribuée. »

Art. 47 - L'article 54 du même décret est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Les conditions mentionnées à l'alinéa 1^{er} ainsi qu'aux articles 55 et 56 doivent être remplies par le fournisseur de services de médias concerné pendant toute la durée d'utilisation de la radiofréquence attribuée. »

Art. 48 - Dans l'article 58, § 1^{er}, du même décret, modifié par le décret du 15 décembre 2021, l'alinéa 6 est remplacé par ce qui suit :

« Le Conseil des médias statue sur les demandes complètes dans un délai de six semaines à compter de la constatation de leur caractère complet et notifie immédiatement la décision à la personne ou aux personnes concernées. Le Conseil des médias publie la décision sur son site internet ».

Art. 49 - L'article 61 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Art. 61 - Location ou utilisation par des tiers de droits d'utilisation de radiofréquences

La location de droits individuels d'utilisation de radiofréquences peut être partiellement ou entièrement autorisée. Les entreprises disposant de droits d'utilisation de radiofréquences peuvent également céder à des tiers la diffusion de leurs programmes. L'attribution détermine si et dans quelle mesure une location ou une utilisation par des tiers aura lieu. En outre, elle détermine les conditions. »

Art. 50 - L'article 63 du même décret, remplacé par le décret du 15 décembre 2022, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 63 - Projets pilotes, besoin de fréquences à court terme et émissions expérimentales

Dans des cas particuliers motivés, notamment en vue de tester des technologies innovantes ou lorsqu'il y a besoin de fréquences à court terme, le Conseil des médias peut donner suite à des demandes d'attribution temporaire de radiofréquences. La demande motivée doit être introduite par écrit auprès du Conseil des médias. Les articles 54, 4°, 55, 56, 58, 59 et 65 sont appliqués par le Conseil des médias de façon adaptée.

Pour des émissions expérimentales d'une durée limitée visant à vérifier l'efficacité de la couverture d'une radiofréquence particulière, une simple notification est faite auprès du Conseil des médias, tout en veillant à éviter les brouillages préjudiciables. »

Art. 51 - À l'article 100 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, les mots « commercialisés après le 28 juin 2025, remplissent » sont remplacés par les mots « , ainsi que les liseuses numériques mis sur le marché après le 28 juin 2025 remplissent »;

2° dans le § 2, alinéa 1^{er}, les mots « Les services qui permettent l'accès à des services de médias audiovisuels commercialisés après le 28 juin 2025 » sont remplacés par les mots « Les services fournissant un accès à des services de médias audiovisuels et les livres numériques fournis aux consommateurs après le 28 juin 2025 ».

Art. 52 - Dans l'article 103, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° le 3° est complété par les mots « et conformément à l'article 37 du règlement (UE) 2022/1925 »;

2° au 6°, le mot « et » est abrogé;

3° au 7°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

4° l'alinéa est complété par les 8° à 10° rédigés comme suit :

« 8° avec les coordinateurs pour les services numériques ayant été désignés pour la Belgique et les autres États membres en vertu de l'article 49, paragraphe 2, du règlement (UE) 2022/2065;

9° avec le Comité européen des services numériques institué en vertu de l'article 61 du règlement (UE) 2022/2065 et

10° avec les autorités compétentes autres que le Conseil des médias ayant été désignées, en plus du coordinateur pour les services numériques, par l'État fédéral ou, selon le cas, les Communautés conformément à l'article 49, paragraphe 1, du règlement (UE) 2022/2065. »

Art. 53 - L'article 112 du même décret, modifié par les décrets des 15 décembre 2021 et 15 décembre 2022, est complété par un § 3 rédigé comme suit :

« § 3 - Le Conseil des médias est l'autorité compétente de la Communauté germanophone au sens de l'article 49, paragraphe 1, du règlement (UE) 2022/2065. Il est responsable de la surveillance des fournisseurs de services intermédiaires au sens de l'article 4, 60.1°, et de l'exécution du règlement (UE) 2022/2065 à cet égard.

Dans le cadre de ses compétences, le Conseil des médias est également l'autorité compétente de la Communauté germanophone pour la surveillance des fournisseurs de services de médias et l'exécution du règlement (UE) 2022/1925 à cet égard. »

Art. 54 - Dans l'article 115, alinéa 1^{er}, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° au 10°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° l'alinéa est complété par un 11° rédigé comme suit :

« 11° vérifier le respect des dispositions du titre 2. »

Art. 55 - Dans l'article 127, § 2, 2°, du même décret, les mots « l'article 53, § 2, 6° » sont remplacés par les mots « l'article 52, alinéa 2, 6° ».

Art. 56 - Dans l'article 137.2 du même décret, inséré par le décret du 15 décembre 2022, les mots « § 1^{er} - » sont abrogés.

Art. 57 - Dans l'article 138, alinéa 1^{er}, du même décret, la phrase introductive est remplacée par ce qui suit :

« En cas de violation des dispositions du titre 2 et de ses dispositions d'exécution ainsi que de la législation générale relative aux services de médias, notamment en cas de non-respect des accords conclus conformément à l'article 11, de violation des dispositions relatives à la mission de droit public du BRF découlant du décret du 27 juin 1986 relatif au Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone ou de violation par les fournisseurs de services intermédiaires des dispositions applicables des règlements (UE) 2022/1925 et (UE) 2022/2065 ainsi que des mesures prises par le Conseil des médias en exécution de l'article 112, § 3, le Conseil des médias peut infliger aux fournisseurs de services de médias concernés les sanctions suivantes : ».

Art. 58 - Dans l'article 139, § 1^{er}, du même décret, la phrase introductive est remplacée par ce qui suit :

« En cas de non-respect des obligations imposées conformément au titre 3, chapitres 2, 3 et 4, et à l'article 100, le Conseil des médias peut infliger aux fournisseurs de réseaux ou services de communications électroniques concernés et - en cas d'infractions à l'article 100 - également à d'autres fournisseurs d'équipements terminaux grand public avec des capacités informatiques interactives, utilisés pour accéder à des services de médias audiovisuels, de liseuses numériques, de services fournissant un accès à des services de médias audiovisuels et de livres numériques, les sanctions suivantes : ».

Art. 59 - Dans l'intitulé de l'article 145 du même décret, le mot « Programmes » est remplacé par les mots « Services de médias ».

Art. 60 - À l'annexe 1^{re} du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans la section I, l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« Les équipements terminaux grand public avec des capacités informatiques interactives, utilisés pour accéder à des services de médias audiovisuels, et les liseuses numériques doivent être conçus et fabriqués de manière à garantir une utilisation prévisible optimale par les personnes dépendantes et doivent être accompagnés d'informations accessibles sur leur fonctionnement et leurs caractéristiques d'accessibilité, figurant dans la mesure du possible dans ou sur le produit. »;

2° la section IV est remplacée par ce qui suit :

« Section IV - Exigences spécifiques en matière d'accessibilité

a) Les liseuses numériques doivent intégrer une technologie de synthèse vocale de texte.

b) Les équipements terminaux grand public avec des capacités informatiques interactives, utilisés pour accéder à des services de médias audiovisuels, doivent mettre à disposition des personnes dépendantes les éléments en matière d'accessibilité fournis par le prestataire de services de médias audiovisuels en ce qui concerne l'accès, la sélection, la commande et la personnalisation par l'utilisateur ainsi que la transmission aux dispositifs d'assistance.

c) Pour les livres numériques, il est obligatoire de :

i) veiller à ce qu'un livre numérique contenant des éléments audio en plus du texte fournisse des contenus textuels et audio synchronisés;

ii) veiller à ce que les fichiers numériques du livre numérique n'empêchent pas les technologies d'assistance de fonctionner correctement;

iii) garantir l'accès au contenu, la navigation dans le contenu et dans la mise en page du fichier, y compris la mise en page dynamique, la mise à disposition de la structure du fichier, la flexibilité et le choix de la présentation du contenu;

iv) permettre des restitutions alternatives du contenu et son interopérabilité avec diverses technologies d'assistance, de manière à ce qu'il soit perceptible, utilisable, compréhensible et robuste;

v) permettre la découverte en fournissant des informations, via les métadonnées, sur les caractéristiques d'accessibilité;

vi) s'assurer que les mesures de gestion des droits numériques ne bloquent pas les caractéristiques d'accessibilité. »

CHAPITRE 3. — *Formation et enseignement*

Art. 61 - L'article 1^{er} du décret du 29 février 1988 relatif à la formation professionnelle des personnes travaillant dans l'agriculture est complété par un 4^o rédigé comme suit :

« 4^o l'enseignement pratique de la conduite en vue de la préparation à l'examen du permis de conduire pour tracteurs en langue allemande. »

Art. 62 - L'article 13 du même décret, modifié par le décret du 27 juin 2011, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, les conditions de subsidiation et les modalités de paiement concernant les centres de catégorie A pour les missions de coordination entre les centres et les missions de représentation en Belgique et à l'étranger sont fixées dans un contrat de prestations ou un contrat de gestion conclu entre le centre, l'Institut pour la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les PME et le Gouvernement. »

Art. 63 - L'article 14 du même décret, modifié par le décret du 27 juin 2011, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 14 - Les centres de catégorie A peuvent se voir attribuer, au moyen d'un contrat de prestations ou d'un contrat de gestion conclu entre le centre, l'Institut pour la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les PME et le Gouvernement, un rôle particulier dans la coordination entre les centres et dans la représentation du secteur de la formation et formation permanente agricoles en Belgique et à l'étranger. »

Art. 64 - Dans l'article 15 du même décret, modifié par le décret du 27 juin 2011, le mot « charge » est remplacé par les mots « peut vérifier en tout temps le respect des dispositions prévues par le présent décret et peut charger ».

Art. 65 - Dans l'article 16, alinéa 1^{er}, du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les PME, modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1^o au 18^o, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2^o l'article est complété par un 19^o rédigé comme suit :

« 19^o participer aux concepts en matière d'orientation professionnelle pour la formation en alternance et, dans ce cadre, organiser en particulier les semaines de découverte. Les semaines de découverte contribuent à l'orientation professionnelle et donnent aux participants la possibilité de découvrir gratuitement pendant une ou plusieurs journées au sein d'une ou de plusieurs entreprises les métiers qu'il est possible d'apprendre dans le cadre d'une formation en alternance ainsi que les activités liées à ces métiers. Les semaines de découverte ne servent pas à acquérir une expérience professionnelle. Elles n'ont pas lieu dans le cadre d'une activité scolaire et ne sont pas soumises à un référentiel de compétences scolaire. La participation est gratuite. Les participants aux semaines de découverte n'exécutent pas les mêmes tâches que les travailleurs réguliers de l'entreprise. Les semaines de découverte se déroulent dans les entreprises de formation agréées par l'Institut. Si l'entreprise n'a pas encore été agréée par l'Institut, elle introduit auprès de ce dernier une demande d'autorisation pour participer aux semaines de découverte. Aux fins de la participation aux semaines de découverte, une convention écrite est conclue entre le participant et l'entreprise.

Sur proposition de l'Institut, le Gouvernement fixe les éléments ci-après pour l'organisation des semaines de découverte :

- a) les modalités d'inscription et les conditions d'admission concernant les entreprises;
- b) les modalités d'inscription et les conditions d'admission concernant les participants;
- c) le calendrier pour l'organisation des semaines de découverte, les horaires y afférents et la durée des pauses;
- d) les obligations incombant aux entreprises;
- e) les obligations incombant aux participants;
- f) la couverture d'assurance;
- g) le contenu et le modèle de la convention;
- h) les modalités de résiliation de la convention. »

Art. 66 - Dans l'article 4 du décret-programme 1997 du 20 mai 1997, modifié par le décret du 25 juin 2007, il est inséré un § 3.1 rédigé comme suit :

« § 3.1 - Les cours sont organisés du lundi au samedi. »

Art. 67 - Dans l'article 11, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, du décret du 30 juin 2003 portant des mesures urgentes en matière d'enseignement 2003, remplacé par le décret du 17 mai 2004, le mot « cinq » est remplacé par le mot « quatre ».

Art. 68 - Dans l'article 21.4, alinéa 2, 1^o, du décret du 17 mai 2004 portant des mesures en matière d'enseignement, de formation et d'infrastructure - 2004, inséré par le décret du 28 juin 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le a), les mots « ainsi que dans la formation scolaire continuée » sont abrogés;

2^o dans le b), les mots « ainsi que dans la formation scolaire continuée » sont insérés entre les mots « à horaire réduit » et les mots « : les jours de la semaine ».

Art. 69 - Dans l'article 21.5, alinéa 3, du même décret, inséré par le décret du 28 juin 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans la troisième phrase, les mots « ainsi que dans la formation scolaire continuée » sont abrogés;

2^o dans la quatrième phrase, les mots « ainsi que dans la formation scolaire continuée » sont insérés entre les mots « à horaire réduit » et les mots « , le nombre d'heures de cours ».

CHAPITRE 4. — *Matières régionales transférées**Section 1^{re}. — Protection des monuments*

Art. 70 - Dans l'article 10/2, § 1^{er}, alinéa 2, du décret du 23 juin 2008 relatif à la protection des monuments, du petit patrimoine, des ensembles et sites culturels historiques, ainsi qu'aux fouilles, inséré par le décret du 26 février 2018 et modifié par le décret du 10 décembre 2020, dans la phrase introductive, les mots « Pour le 31 décembre de l'année calendrier précédente au plus tard, le demandeur » sont remplacés par les mots « Le demandeur ».

Art. 71 - Dans l'article 22, alinéa 1^{er}, du même décret, modifié par le décret du 10 décembre 2020, dans la phrase introductive, les mots « Pour le 31 décembre de l'année calendrier précédente au plus tard, le demandeur » sont remplacés par les mots « Le demandeur ».

Section 2. — Emploi

Art. 72 - Dans la loi du 30 avril 1999 relative à l'occupation des travailleurs étrangers, modifiée en dernier lieu par le décret du 27 mars 2023, il est inséré un article 12/3 rédigé comme suit :

« Art. 12/3 - Est puni d'une amende pénale de 50 à 500 euros ou d'une amende administrative de 25 à 250 euros, l'employeur, son préposé ou son mandataire qui est légalement tenu de mettre à disposition du travailleur un logement ou qui s'est lui-même engagé dans le cadre du contrat de travail à mettre à disposition un logement et qui ne respecte pas les obligations légales applicables en la matière. »

Art. 73 - Dans la même loi, modifiée en dernier lieu par le décret du 27 mars 2023, il est inséré un article 12/4 rédigé comme suit :

« Art. 12/4 - L'employeur est responsable du paiement d'une indemnité au travailleur saisonnier en cas de retrait de l'autorisation délivrée aux fins d'un travail saisonnier, sauf si le retrait a été causé par le travailleur saisonnier. La responsabilité couvre toutes les obligations non acquittées auxquelles l'employeur aurait dû satisfaire si l'autorisation délivrée aux fins d'un travail saisonnier n'avait pas été retirée. L'employeur verse une indemnité correspondant au salaire que le travailleur saisonnier aurait dû percevoir. »

Section 3. — Pouvoirs locaux

Art. 74 - Dans l'article 2 de la loi du 20 juillet 1971 sur les funérailles et sépultures, les alinéas 1^{er} à 3 sont abrogés.

Art. 75 - L'article 171 du décret communal du 23 avril 2018, dans sa version valable avant l'entrée en vigueur du décret du 25 janvier 2021, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Le Gouvernement détermine dans quels cas et selon quelles modalités il peut être dérogé temporairement aux prescrits du présent article. »

Section 4. — Tourisme

Art. 76 - Dans l'article 3, 8^o, du décret du 23 janvier 2017 visant à promouvoir le tourisme, les mots « à finalité touristique » sont insérés entre les mots « association sans but lucratif » et les mots « et propose ».

Art. 77 - L'article 26 du même décret, remplacé par le décret du 26 février 2018 et modifié par les décrets des 12 décembre 2019 et 15 décembre 2022, est complété par un § 7 rédigé comme suit :

« § 7 - Le Gouvernement peut déterminer des modalités supplémentaires relatives à la décision et à la procédure infligeant une amende administrative. »

Art. 78 - Dans le même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 15 décembre 2022, il est inséré un article 31.1 rédigé comme suit :

« Art. 31.1 - Disposition transitoire

Pour les hébergements touristiques classés avant le 1^{er} janvier 2023 en application des décrets énumérés à l'article 30, 1^o à 3^o, ou du présent décret, la durée de la classification mentionnée à l'article 12, § 2, prend cours à partir du 1^{er} janvier 2024. »

Section 5. — Aménagement du territoire et urbanisme

Art. 79 - Dans l'article D.II.37, § 4, du Code wallon du Développement territorial, modifié par le décret du 12 décembre 2019, les mots « et que le projet s'inscrive dans le cadre d'un projet de valorisation touristique des forêts développées par la Communauté germanophone » sont abrogés.

Art. 80 - Dans l'article D.IV.3, 5^o, b), du même Code, les mots « déclaration visée à l'article D.IV.73 » sont remplacés par les mots « déclaration visée à l'article D.IV.73.1 ou D.VII.1ter ».

Art. 81 - Dans l'article D.IV.31, § 6, du même Code, modifié par le décret du 21 novembre 2022, les mots « de la demande visée au paragraphe 1^{er} » sont remplacés par les mots « suivant la demande de tenue d'une réunion de projet conformément au § 1^{er} ».

Art. 82 - Dans l'article D.IV.31.1, § 4, du même Code, inséré par le décret du 12 décembre 2019 et modifié par le décret du 21 novembre 2022, la phrase « La rencontre a lieu dans les trente jours après le dépôt de la demande visée au § 1^{er}. » est remplacée par la phrase « La réunion se tient dans les trente jours suivant la demande de tenue d'une réunion de projet conformément au § 1^{er}. ».

Art. 83 - À l'article D.IV.42 du même Code, remplacé par le décret du 21 novembre 2022, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, les mots « des plans modificatifs et un complément » sont remplacés par les mots « des documents modificatifs, tout document et annexe requise correspondant aux modifications, ainsi qu'un complément »;

2^o dans le § 2, alinéa 1^{er}, les mots « plans modificatifs » sont remplacés par les mots « documents modificatifs »;

3^o dans le § 5, alinéa 2, les mots « plans modificatifs » sont remplacés par les mots « documents modificatifs »;

4^o dans le § 5, alinéa 3, les mots « plans modificatifs » sont remplacés par les mots « documents modificatifs ».

Art. 84 - Dans l'article D.IV.46, alinéa 1^{er}, du même Code, le 2^o, modifié par le décret du 12 décembre 2019, est remplacé par ce qui suit :

« 2^o septante-cinq jours :

a) lorsque la demande requiert des mesures particulières de publicité et/ou que l'avis des services ou commissions mentionnés à l'article D.IV.35 est sollicité;

b) ou lorsque l'avis facultatif du Gouvernement est sollicité ou que l'avis du Gouvernement est obligatoire; ».

Art. 85 - Dans l'article D.IV.57, 5^o, du même Code, les mots « l'article 3, 5^o, du Code wallon du Logement et de l'Habitat durable » sont remplacés par les mots « l'article 3 du Code wallon de l'habitation durable ».

Art. 86 - Dans l'article D.IV.60, alinéa 4, du même Code, inséré par le décret du 21 novembre 2022, les mots « la présentation de plans de conformité et/ou d'un reportage photographique conformément à l'article D.IV.73, § 1^{er} ou § 2 » sont remplacés par les mots « la présentation des documents conformément à l'article D.IV.73 », et l'alinéa est complété par la phrase « Le Gouvernement peut fixer les montants correspondants ainsi que des modalités supplémentaires. ».

Art. 87 - Dans l'article D.IV.63, § 1^{er}, alinéa 3, du même Code, inséré par le décret du 21 novembre 2022, les mots « plans modificatifs » sont remplacés par les mots « documents modificatifs ».

Art. 88 - Dans l'article D.IV.69 du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, les mots « plans modificatifs » sont chaque fois remplacés par les mots « documents modificatifs ».

Art. 89 - Dans l'article D.IV.70, alinéa 1^{er}, du même Code, remplacé par le décret du 21 novembre 2022, les modifications suivantes sont apportées :

1^o le 1^o est remplacé par ce qui suit :

« 1^o la déclaration mentionnée à l'article D.IV.73.1, § 1^{er}, alinéa 2, 2^o; »

2^o au 2^o, les mots « article D.IV.73.2 » sont remplacés par les mots « article D.IV.72.1 ».

Art. 90 - Dans le Livre IV, titre II, chapitre X, du même Code, il est inséré une section 3.1, comportant l'article D.IV.72.1, intitulée comme suit :

« Section 3.1 - Demande simplifiée de modification du permis délivré avant ou pendant la réalisation des actes ou travaux ».

Art. 91 - Dans le Livre IV, titre II, chapitre X, section 3.1, du même Code, il est inséré un article D.IV.72.1 rédigé comme suit :

« Art. D.IV.72.1 - Conformément aux dispositions pouvant être arrêtées par le Gouvernement, le titulaire du permis peut introduire auprès de l'autorité qui a octroyé le permis, le cas échéant en procédure de recours, une demande simplifiée de modification dudit permis après son octroi, avant expiration de sa validité, avant ou pendant la réalisation des actes ou travaux en cas de modifications du projet approuvé ou des conditions ou charges mentionnées dans le permis si :

1^o il s'agit de modifications qui sont justifiées par des raisons techniques, n'influencent pas le projet dans ses grandes lignes et n'augmentent pas, directement ou indirectement, les dangers, nuisances ou inconvénients pour l'homme ou l'environnement;

2^o ou si les modifications concernent des actes ou travaux au sens de l'article D.IV.1, § 2;

3^o ou si les modifications concernent la réalisation de charges d'urbanisme.

Les modifications qui sont soumises à des mesures particulières de publicité conformément à l'article D.IV.40 ne peuvent pas être approuvées au moyen d'une demande simplifiée.

Le Gouvernement peut arrêter le contenu de la demande de modification du permis.

La demande comprend au moins les plans et documents modifiés, un complément corollaire de notice d'évaluation préalable des incidences sur l'environnement ainsi qu'une motivation des modifications en ce qui concerne les conditions mentionnées à l'alinéa 1^{er}.

L'autorité compétente délivre dès réception de la demande un avis de dépôt conformément à l'article D.IV.32. Elle transmet au titulaire du permis sa décision quant à la modification du permis dans un délai de :

1^o trente jours à compter de la date de l'avis de dépôt, si aucun avis n'est nécessaire;

2^o soixante jours à compter de la date de l'avis de dépôt, si un ou plusieurs avis sont nécessaires.

À défaut de notification de la décision dans le délai imparti, la demande de modification est censée être rejetée.

Si les modifications mentionnées à l'alinéa 1^{er} concernent un bien mentionné à l'article D.IV.14.1, un avis conforme relatif au patrimoine est demandé avant la décision.

Si les modifications mentionnées à l'alinéa 1^{er} concernent un projet mentionné à l'article D.IV.17 ou des conditions ou charges imposées par le Gouvernement, l'avis de ce dernier est demandé s'il n'est pas l'autorité compétente. Dans les cas mentionnés à l'article D.IV.17, l'avis du Gouvernement est un avis conforme.

Si les modifications mentionnées à l'alinéa 1^{er} concernent des conditions ou charges imposées par le collège communal, l'avis de ce dernier est demandé avant le permis s'il n'est pas l'autorité compétente.

Par dérogation aux articles D.IV.37 à D.IV.39, les avis mentionnés aux alinéas 7 à 9 sont transmis dans les trente jours suivant l'envoi de la demande. Passé ce délai, l'avis est censé être favorable.

Une copie de la décision est transmise à toutes les instances ayant rendu un avis lors du traitement du projet initial.

La décision quant à la modification du permis n'a aucune incidence sur le délai d'expiration du permis dont la modification a été demandée et ne le prolonge pas. »

Art. 92 - Dans le Livre IV, titre II, chapitre X, du même Code, l'intitulé de la section 4, remplacé par le décret du 21 novembre 2022, est remplacé par ce qui suit :

« Section 4 - Documents après réalisation des actes ou travaux ».

Art. 93 - L'article D.IV.73 du même Code, remplacé par le décret du 21 novembre 2022, est remplacé par ce qui suit :

« Art. D.IV.73 - Au plus tard trois mois suivant l'expiration du délai de validité du permis pour les actes ou travaux, le titulaire du permis ou le propriétaire du bien introduit auprès de l'autorité qui a octroyé le permis, le cas échéant en procédure de recours, les documents suivants :

1^o soit une déclaration sur l'honneur, selon laquelle les actes ou travaux réalisés sur la base du permis octroyé sont entièrement conformes à celui-ci, ainsi qu'un reportage photographique qui rend compte de l'aspect extérieur de la construction terminée ou des actes ou travaux réalisés;

2^o soit, si cette conformité avec le permis ne peut être confirmée par le titulaire du permis ou le propriétaire et que des différences existent entre la situation réelle et le permis :

a) s'il a fallu faire appel à un architecte ou s'il a été fait appel à un architecte, les plans contresignés et datés par l'architecte qui, au moyen d'un relevé correct, reflètent la situation réelle après réalisation des actes ou travaux ainsi que des charges, et un reportage photographique qui rend compte de l'aspect extérieur de la construction terminée ou des actes ou travaux réalisés;

b) s'il n'a pas fallu faire appel à un architecte ou s'il n'a pas été fait appel à un architecte, un reportage photographique qui rend compte de l'aspect extérieur de la construction terminée ou des actes ou travaux réalisés.

Le Gouvernement peut arrêter le contenu des documents mentionnées à l'alinéa 1^{er}. »

Art. 94 - L'article D.IV.73.1 du même Code, inséré par le décret du 21 novembre 2022, est remplacé par ce qui suit :

« Art. D.IV.73.1 - § 1^{er} - Conformément aux dispositions pouvant être arrêtées par le Gouvernement, l'autorité mentionnée à l'article D.IV.73 confirme, dans un délai de septante-cinq jours à compter du dépôt des documents soumis conformément à l'article D.IV.73, la réception de ces derniers au titulaire du permis ou au propriétaire du bien et procède à la libération de la garantie financière déposée conformément à l'article D.IV.60, alinéa 4.

Parallèlement à la confirmation de la réception des documents, la même autorité confirme au titulaire du permis ou au propriétaire du bien au moyen d'une déclaration :

1^o ou bien que le dossier a été clôturé sur la base de la déclaration sur l'honneur et du reportage photographique;

2° ou bien que les différences mentionnées dans les documents entre la situation réelle et le permis :

a) ne sont pas soumises à permis et que le dossier est clôturé; ou

b) qu'elles concernent des modifications qui sont justifiées par des raisons techniques, n'influencent pas le projet dans ses grandes lignes et n'augmentent pas, directement ou indirectement, les dangers, nuisances ou inconvénients pour l'homme ou l'environnement et que le dossier est par conséquent clôturé; ou

c) qu'elles concernent des modifications au sens de l'article D.IV.1, § 2, qui n'influencent pas le projet dans ses grandes lignes et n'augmentent pas, directement ou indirectement, les dangers, nuisances ou inconvénients pour l'homme ou l'environnement et que le dossier est par conséquent clôturé;

3° ou bien que les différences mentionnées dans les documents entre la situation réelle et le permis sont soumises à permis et qu'elles doivent être approuvées au moyen d'une nouvelle demande. Dans ce cas, l'autorité ou la personne habilitée par elle à cette fin fixe un délai d'au moins trois mois et de deux ans au plus pour l'obtention d'un permis. Cette déclaration vaut avertissement préalable conformément à l'article D.VII.4;

4° ou bien que les différences mentionnées dans les documents entre la situation réelle et le permis ne peuvent être approuvées. Dans ce cas, l'autorité ou la personne habilitée par elle à cette fin fixe un délai d'au moins trois mois et de deux ans au plus pour la mise en conformité avec le permis en vigueur. Cette déclaration vaut avertissement préalable conformément à l'article D.VII.4.

Le Gouvernement fixe la forme et le contenu de la déclaration mentionnée à l'alinéa 2.

§ 2 - Si les différences mentionnées au § 1^{er}, alinéa 2, entre la situation réelle et le permis concernent un bien mentionné à l'article D.IV.14.1, un avis conforme relatif au patrimoine est demandé avant la déclaration. L'avis est transmis dans les trente jours suivant l'envoi de la demande. Passé ce délai, l'avis est censé être favorable.

§ 3 - Une copie de la déclaration est transmise au collège communal ou au Gouvernement, selon le cas, s'il n'est pas l'autorité mentionnée au § 1^{er}. »

Art. 95 - Dans le Livre IV, titre II, chapitre X, du même Code, la section 4.1, insérée par le décret du 21 novembre 2022, comportant l'article D.IV.73.2, est abrogée.

Art. 96 - L'article D.IV.84 du même Code, modifié par le décret du 12 décembre 2019, est complété par un § 6 rédigé comme suit :

« § 6 - Par dérogation aux §§ 1^{er} à 4, le permis d'urbanisme est périmé pour la partie des actes et travaux qui n'ont pas été réalisés, et ce, dès la déclaration de clôture du dossier conformément à l'article D.IV.73.1, § 1^{er}, alinéa 2, 1° ou 2°, si cette déclaration intervient avant l'expiration du délai de validité mentionné aux §§ 1^{er} à 4. »

Art. 97 - Dans l'article D.IV.109.7, alinéa 2, du même Code, inséré par le décret du 21 novembre 2022, les mots « dix jours » sont remplacés par les mots « quinze jours ».

Art. 98 - Dans l'article D.VII.1, § 1^{er}, du même Code, remplacé par le décret du 21 novembre 2022, les modifications suivantes sont apportées :

1° au 1°, le b) est remplacé par ce qui suit :

« b) les actes et travaux qui font l'objet d'une déclaration conformément à l'article D.IV.73.1, § 1^{er}, alinéa 2, 2°; »

2° le 7° est remplacé par ce qui suit :

« 7° le défaut de dépôt des documents conformément à l'article D.IV.73 ou l'établissement de documents conformément à l'article D.IV.73 qui ne correspondent pas à la situation réelle; ».

Art. 99 - Dans l'article D.VII.1bis, § 1^{er}, alinéa 2, du même Code, inséré par le décret de la Région wallonne du 16 novembre 2017 et remplacé par le décret du 21 novembre 2022, les modifications suivantes sont apportées :

1° au 3°, les mots « sur un bien concerné par une mesure de protection imposée en application du décret sur le patrimoine » sont remplacés par les mots « sur un bien mentionné à l'article D.IV.14.1 »;

2° au 4°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

3° l'alinéa est complété par un 5° rédigé comme suit :

« 5° aux actes et travaux qui, après le 1^{er} février 2023, ont fait l'objet d'une mesure administrative définitive au sens de l'article D.VII.19 ou D.VII.20 ou d'une décision de justice définitive constatant la non-conformité d'actes et de travaux avec les règles du droit de l'aménagement du territoire et de l'urbanisme. »

Art. 100 - Dans le Livre VII du même Code, modifié en dernier lieu par le décret du 21 novembre 2022, il est inséré un chapitre I^{er}ter, comportant l'article D.VII.1ter, intitulé comme suit :

« Chapitre I^{er}ter - Déclaration de conformité d'actes ou de travaux avec le droit de l'aménagement du territoire et de l'urbanisme ».

Art. 101 - Dans le Livre VII, chapitre I^{er}ter, du même Code, il est inséré un article D.VII.1ter rédigé comme suit :

« Art. D.VII.1ter - § 1^{er} - Conformément aux dispositions pouvant être arrêtées par le Gouvernement, le titulaire du permis ou le propriétaire d'un bien peut introduire auprès du Gouvernement une demande de déclaration de conformité d'actes ou de travaux existants avec le droit de l'aménagement du territoire et de l'urbanisme.

Le Gouvernement détermine la forme et le contenu de la demande de déclaration de conformité d'actes ou de travaux existants avec le droit de l'aménagement du territoire et de l'urbanisme.

§ 2 - Le Gouvernement délivre un avis de dépôt dès réception de la demande de déclaration de conformité d'actes ou de travaux existants avec le droit de l'aménagement du territoire et de l'urbanisme conformément à l'article D.IV.32.

Dans un délai de septante-cinq jours à compter de la date de l'avis de dépôt, le Gouvernement déclare sur la base des informations et documents figurant dans la demande :

1° ou bien que les actes ou travaux mentionnés dans la demande sont conformes au droit de l'aménagement du territoire et de l'urbanisme, le cas échéant en appliquant la présomption mentionnée à l'article D.VII.1bis;

2° ou bien que certains actes ou travaux ne sont pas conformes au droit de l'aménagement du territoire et de l'urbanisme et qu'ils doivent être approuvés au moyen d'une nouvelle demande. Dans ce cas, le Gouvernement fixe un délai d'au moins trois mois et de deux ans au plus pour l'obtention d'un permis. Cette déclaration vaut avertissement préalable conformément à l'article D.VII.4;

3° ou bien que certains actes ou travaux ne sont pas conformes au droit de l'aménagement du territoire et de l'urbanisme et qu'ils ne peuvent pas être approuvés. Dans ce cas, le Gouvernement fixe un délai d'au moins trois mois et de deux ans au plus pour la mise en conformité avec les règles et permis en vigueur. Cette déclaration vaut avertissement préalable conformément à l'article D.VII.4;

4° ou bien que les informations fournies dans la demande ne permettent pas de délivrer la déclaration de conformité avec le droit de l'aménagement du territoire et de l'urbanisme. Dans ce cas, le Gouvernement établit une liste des informations et documents nécessaires. Le dépôt des informations et documents conformément à cette liste fait l'objet d'un nouvel avis de dépôt qui remplace l'avis de dépôt mentionné à l'alinéa 1^{er}. »

Art. 102 - À l'article D.VII.7.1 du même Code, inséré par le décret du 21 novembre 2022, les modifications suivantes sont apportées :

1° au 3°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° l'article est complété par un 4° rédigé comme suit :

« 4° une déclaration de conformité d'actes ou de travaux existants avec le droit de l'aménagement du territoire et de l'urbanisme ait été émise conformément à l'article D.VII.1^{ter}, § 2, alinéa 2, 1°. »

Art. 103 - Dans l'article D.VII.18, § 4, du même Code, remplacé par le décret du 21 novembre 2022, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 4, la première phrase est remplacée par la phrase suivante : « Le demandeur informe le Gouvernement de l'achèvement des travaux de modification à réaliser dans les trente jours calendrier suivant leur achèvement et soumet les documents requis conformément à l'article D.IV.73. »;

2° dans l'alinéa 5, les mots « de la déclaration de conformité des travaux de modification à réaliser » sont remplacés par les mots « de la déclaration conformément à l'article D.IV.73.1, § 1^{er}, alinéa 2, 1° ou 2°, ».

Art. 104 - Dans l'article D.VII.20, § 3, alinéa 1^{er}, du même Code, remplacé par le décret du 21 novembre 2022, les mots « , en vertu de l'article D.IV.73.1 » sont abrogés, et l'alinéa est complété par la phrase suivante :

« Les articles D.IV.73 et D.IV.73.1 sont applicables *mutatis mutandis*. »

CHAPITRE 5. — Infrastructure

Art. 105 - Dans l'article 2, alinéa 1^{er}, 11°, du décret du 18 mars 2002 relatif à l'Infrastructure, inséré par le décret du 21 novembre 2022, la phrase introductive est remplacée par ce qui suit : « les mesures suivantes au sein d'un périmètre fixé conformément à l'article D.II.57.4, § 5, du Code wallon du Développement territorial : ».

Art. 106 - Dans l'article 7, 9°, du même décret, inséré par le décret du 21 novembre 2022, les mots « site à réaménager » sont remplacés par le mot « périmètre ».

Art. 107 - Dans l'article 11, alinéa 1^{er}, 3.2°, du même décret, inséré par le décret du 21 novembre 2022, les mots « au sein d'un site à réaménager au sens de l'article D.II.57.4, § 5, du Code wallon du Développement territorial » sont remplacés par les mots « au sein d'un périmètre fixé conformément à l'article D.II.57.4, § 5, du Code wallon du Développement territorial ».

Art. 108 - Dans l'article 19, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 13°, du même décret, inséré par le décret du 21 novembre 2022, les mots « du site à réaménager au sens de l'article D.II.57.4, § 5, du Code wallon du Développement territorial » sont remplacés par les mots « du périmètre fixé conformément à l'article D.II.57.4, § 5, du Code wallon du Développement territorial ».

Art. 109 - Dans l'article 38, alinéa 3, du même décret, remplacé par le décret du 25 juin 2007, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le deuxième tiret, le point-virgule est remplacé par un point;

2° le troisième tiret est abrogé.

Art. 110 - Dans l'article 39, § 3, alinéa 2, du même décret, inséré par le décret du 11 décembre 2018, les mots « , 1° et 2°, » sont abrogés.

Art. 111 - Dans le chapitre II du même décret, l'intitulé de la section 6, insérée par le décret du 21 novembre 2022, est remplacé par ce qui suit :

« Section 6 - Périmètres d'un site à réaménager ou de remembrement urbain ».

Art. 112 - Dans l'article 44.4, alinéa 1^{er}, du même décret, inséré par le décret du 21 novembre 2022, les mots « au sein d'un site à réaménager au sens de l'article D.II.57.4, § 5, du Code wallon du Développement territorial » sont remplacés par les mots « au sein d'un périmètre fixé conformément à l'article D.II.57.4, § 5, du Code wallon du Développement territorial ».

Art. 113 - Dans l'article 44.6, alinéa 1^{er}, du même décret, inséré par le décret du 21 novembre 2022, les mots « site à réaménager » sont remplacés par le mot « périmètre ».

Art. 114 - Dans l'article 45 du décret-programme 2014 du 24 février 2014, remplacé par le décret du 12 décembre 2019, le 5° est remplacé par ce qui suit :

« 5° des articles 30 à 38, qui entrent en vigueur le 1^{er} janvier 2026. »

CHAPITRE 6. — Divers

Section 1^{re}. — Non-discrimination

Art. 115 - La présente section transpose partiellement la directive 2006/54/CE du Parlement européen et du Conseil du 5 juillet 2006 relative à la mise en œuvre du principe de l'égalité des chances et de l'égalité de traitement entre hommes et femmes en matière d'emploi et de travail (refonte).

Art. 116 - L'article 18 du décret du 19 mars 2012 visant à lutter contre certaines formes de discrimination, modifié par le décret du 22 février 2016, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 18 - § 1^{er} - Lorsqu'un signalement est fait ou une plainte ou une action en justice est introduite par une personne concernée par une violation alléguée des dispositions du présent décret survenue dans un autre domaine que celui des relations de travail, aucune mesure préjudiciable ne peut être prise à l'encontre de ladite personne pour des motifs liés au signalement, à la plainte ou à l'action en justice, ou à leur contenu.

La protection visée par le présent article ne s'applique pas en cas d'usage abusif des procédures. Cet abus peut donner lieu au paiement de dommages et intérêts.

§ 2 - Au sens du § 1^{er}, il faut entendre par "signalement, plainte ou action en justice" :

1° un signalement fait ou une plainte introduite auprès de l'organisation ou de l'institution responsable de la violation alléguée;

2° un signalement ou une dénonciation fait ou une plainte introduite auprès des inspecteurs chargés de la surveillance;

3° un signalement fait ou une plainte introduite auprès d'un service chargé de la surveillance des actes et du fonctionnement des autorités administratives ou des instances administratives ou qui intervient afin de régler les litiges de façon extrajudiciaire;

4° un signalement fait ou une plainte introduite auprès de l'organisme visé à l'article 12;

5° une déclaration introduite auprès des services de police, une plainte avec constitution de partie civile déposée auprès du juge d'instruction ou une notification au Procureur du Roi;

6° une action en justice introduite par la personne concernée par la violation alléguée;

7° une action en justice introduite au bénéfice de la personne concernée par la violation alléguée par l'organisme visé à l'article 12 ou par les associations ou organisations visées à l'article 13;

8° une action en justice introduite par l'organisme visé à l'article 12 ou par les associations ou organisations visées à l'article 13, en leur nom propre et avec l'accord de la personne concernée par la violation alléguée.

§ 3 - Afin de bénéficier de la protection visée au § 1^{er}, la personne concernée par la violation alléguée démontre qu'un signalement a été fait ou qu'une plainte a été introduite ou qu'une action en justice a été intentée en raison d'une violation des dispositions du présent décret. Cette preuve peut être apportée par toute voie de droit.

Lorsqu'une mesure préjudiciable est prise par une personne à l'encontre de la personne concernée par la violation alléguée dans les douze mois après avoir eu connaissance du signalement ou de la plainte ou après avoir pu raisonnablement avoir eu connaissance de ces démarches, il incombe à la personne qui a pris la mesure préjudiciable de démontrer que celle-ci n'est pas liée au signalement ou à la plainte, ou à leur contenu.

Cette charge de la preuve incombe également à la personne contre qui l'action en justice est intentée lorsque la mesure préjudiciable est intervenue après que l'action en justice a été intentée, et ce, jusqu'à trois mois suivant le jour où la décision judiciaire est passée en force de chose jugée.

§ 4 - Lorsqu'il a été jugé qu'une mesure préjudiciable a été adoptée en contravention au § 1^{er}, la personne qui a pris la mesure verse à la personne concernée par la violation alléguée une indemnisation dont le montant correspond, au choix de cette personne, soit à une indemnisation forfaitaire calculée de la même façon que l'indemnisation visée à l'article 20, § 2, soit au dommage que ladite personne a réellement subi. Dans ce dernier cas, il appartient à la personne concernée de prouver l'étendue du préjudice qu'elle a subi.

L'indemnisation mentionnée dans le présent paragraphe peut être cumulée avec l'indemnisation pour discrimination prévue à l'article 20, § 2.

§ 5 - La protection visée dans le présent article est également d'application aux personnes qui interviennent comme témoin ou ont fait un signalement ou ont introduit une plainte, au bénéfice de la personne concernée par la violation alléguée, et aux personnes qui donnent des conseils ou apportent aide ou assistance à cette personne, ainsi qu'à toute personne qui invoque la violation des dispositions du présent décret. La protection s'applique également aux personnes au bénéfice desquelles ces actes sont accomplis.

Les dispositions du présent article sont applicables *mutatis mutandis* aux personnes mentionnées à l'alinéa 1^{er}.

§ 6 - Lorsque la personne concernée par la violation alléguée fait un signalement, introduit une plainte ou intente une action en justice ou lorsqu'une personne visée au § 5, alinéa 1^{er}, accomplit les actes visés dans cet alinéa, elle peut en demander la preuve écrite et datée à l'organisation, au service ou à l'institution visé au § 2 auprès duquel l'acte est accompli.

§ 7 - À la demande de la partie défenderesse, la juridiction saisie conformément au § 2 peut abréger les délais visés au § 3. »

Art. 117 - L'article 19 du même décret, modifié par le décret du 22 février 2016, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 19 - § 1^{er} - Lorsqu'un signalement est fait ou une plainte ou une action en justice est introduite par une personne concernée par une violation alléguée des dispositions du présent décret survenue dans le domaine des relations de travail, l'employeur ne peut pas prendre de mesure préjudiciable à l'encontre de cette personne pour des motifs liés au signalement, à la plainte ou à l'action en justice, ou à leur contenu.

La protection visée par le présent article ne s'applique pas en cas d'usage abusif des procédures. Cet abus peut donner lieu au paiement de dommages et intérêts.

§ 2 - Au sens du présent article, il faut entendre par "mesure préjudiciable" notamment la rupture de la relation de travail, la modification unilatérale des conditions de travail ou une mesure préjudiciable intervenue après la rupture de la relation de travail.

§ 3 - Au sens du présent article, il faut entendre par "signalement, plainte ou action en justice" :

1° un signalement fait ou une plainte introduite auprès de l'entreprise ou de l'institution qui occupe la personne;

2° un signalement ou une dénonciation fait ou une plainte introduite auprès des inspecteurs chargés de la surveillance;

3° un signalement fait ou une plainte introduite auprès d'un service chargé de la surveillance des actes et du fonctionnement des autorités administratives ou des instances administratives ou qui intervient afin de régler les litiges de façon extrajudiciaire;

4° un signalement fait ou une plainte introduite auprès de l'organisme visé à l'article 12;

5° une déclaration introduite auprès des services de police, une plainte avec constitution de partie civile déposée auprès du juge d'instruction ou une notification à l'auditeur du travail;

6° une action en justice introduite par la personne concernée par la violation alléguée;

7° une action en justice introduite au bénéfice de la personne concernée par la violation alléguée par l'organisme visé à l'article 12 ou par les associations ou organisations visées à l'article 13;

8° une action en justice introduite par l'organisme visé à l'article 12 ou par les associations ou organisations visées à l'article 13, en leur nom propre et avec l'accord de la personne concernée par la violation alléguée.

§ 4 - Afin de bénéficier de la protection visée au § 1^{er}, la personne concernée par la violation alléguée démontre qu'un signalement a été fait ou qu'une plainte a été introduite ou qu'une action en justice a été intentée en raison d'une violation des dispositions du présent décret. Cette preuve peut être apportée par toute voie de droit.

Lorsqu'une mesure préjudiciable est prise par l'employeur à l'encontre de la personne concernée par la violation alléguée dans les douze mois après avoir eu connaissance du signalement ou de la plainte ou après avoir pu raisonnablement avoir eu connaissance de ces démarches, il incombe à l'employeur de démontrer que la mesure préjudiciable n'est pas liée au signalement ou à la plainte, ou à leur contenu.

Cette charge de la preuve incombe également à l'employeur lorsque la mesure préjudiciable est intervenue après que l'action en justice a été intentée, et ce, jusqu'à trois mois suivant le jour où la décision judiciaire est passée en force de chose jugée.

§ 5 - Lorsqu'un employeur met fin à la relation de travail ou modifie unilatéralement les conditions de travail en contravention au § 1^{er}, la personne concernée par la violation alléguée ou, avec l'accord de cette personne, l'organisme visé à l'article 12 ou l'association ou l'organisation à laquelle ladite personne est affiliée peut demander que l'entreprise ou l'institution réintègre la personne concernée par la violation alléguée ou lui laisse exercer sa fonction dans les mêmes conditions que précédemment.

La demande de réintégration est introduite par écrit dans un délai de trente jours à compter de la notification du licenciement avec ou sans préavis ou de la modification unilatérale des conditions de travail. L'employeur prend position sur cette demande dans les trente jours suivant la notification de celle-ci.

L'employeur qui réintègre la personne dans l'entreprise ou l'institution ou lui laisse exercer sa fonction dans les mêmes conditions que précédemment est tenu de payer la rémunération perdue du fait du licenciement ou de la modification des conditions de travail et de verser les cotisations des employeurs et des travailleurs afférentes à cette rémunération.

Le présent paragraphe ne s'applique pas lorsque la mesure préjudiciable intervient après la cessation de la relation de travail.

§ 6 - Les employeurs sont tenus de payer une indemnisation à la personne concernée par la violation alléguée :

1° lorsque la personne concernée par la violation alléguée n'est pas réintégrée ou ne peut pas exercer sa fonction dans les mêmes conditions que précédemment à la suite de la demande visée au § 5 et que la mesure préjudiciable a été jugée contraire aux dispositions du § 1^{er};

2° lorsque la personne concernée par la violation alléguée n'a pas introduit la demande visée au § 5 et que la mesure préjudiciable a été jugée contraire aux dispositions du § 1^{er}.

L'indemnisation correspond, selon le choix de la personne concernée par la violation alléguée, soit à un montant forfaitaire correspondant à la rémunération brute de six mois, soit au préjudice réellement subi par la personne concernée. Dans ce dernier cas, il appartient à la personne concernée de prouver l'étendue du préjudice qu'elle a subi.

L'indemnisation mentionnée dans le présent paragraphe peut être cumulée avec l'indemnisation pour discrimination prévue à l'article 20, § 2.

§ 7 - La protection visée dans le présent article est également d'application aux personnes qui interviennent comme témoin ou ont fait un signalement ou ont introduit une plainte, au bénéfice de la personne concernée par la violation alléguée, et aux personnes qui donnent des conseils ou apportent aide ou assistance à cette personne, ainsi qu'à toute personne qui invoque la violation des dispositions du présent décret. La protection s'applique également aux personnes au bénéfice desquelles ces actes sont accomplis.

Les dispositions du présent article sont applicables *mutatis mutandis* aux personnes mentionnées à l'alinéa 1^{er}.

§ 8 - Lorsque la personne concernée par la violation alléguée fait un signalement, introduit une plainte ou intente une action en justice ou lorsqu'une personne visée au § 7, alinéa 1^{er}, accomplit les actes visés dans cet alinéa, elle peut en demander la preuve écrite et datée à l'organisation, au service ou à l'institution visé au § 3 auprès duquel l'acte est accompli.

§ 9 - Les dispositions du présent article sont également d'application aux personnes autres que des employeurs qui occupent des personnes dans le cadre de relations de travail ou qui leur assignent des tâches. »

Art. 118 - Dans l'article 15 du décret du 21 février 2022 établissant différents instruments relatifs à la gestion des informations et des réclamations en Communauté germanophone, le § 2 est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Le présent chapitre s'applique sans préjudice des dispositions applicables en matière de lutte contre la discrimination sur la base des critères protégés au sens du décret du 19 mars 2012 visant à lutter contre certaines formes de discrimination. »

Section 2. — Services à gestion séparée

Art. 119 - Dans l'article 8bis du décret du 20 décembre 1999 modifiant le décret du 21 janvier 1991 portant suppression et réorganisation des fonds budgétaires et instituant le « Sport-, Freizeit- und Touristikzentrum Worriken » (Centre sportif, touristique et de loisirs de Worriken), service à gestion autonome, inséré par le décret du 3 février 2003 et modifié en dernier lieu par le décret du 25 mai 2009, les mots « du "Centre sportif, touristique et de loisirs de Worriken" » sont remplacés par les mots « du centre "Sport- und Ferienpark Worriken" », et les mots « le centre culture, local et de rencontres de Burg-Reuland » sont remplacés par les mots « du centre "ViDo Atelier und Herberge" ».

CHAPITRE 7. — Dispositions finales

Art. 120 - Le présent décret entre en vigueur le 1^{er} janvier 2024, à l'exception :

1° de l'article 21, qui produit ses effets le 3 décembre 2022;

2° de l'article 4, 1°, qui produit ses effets le 1^{er} janvier 2023;

3° de l'article 66, qui produit ses effets le 1^{er} septembre 2023;
4° de l'article 37, qui entre en vigueur le jour de son adoption;
5° des articles 72 et 73, qui entrent en vigueur le jour de leur publication.
Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.
Eupen, le 14 décembre 2023.

O. PAASCH,
Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances
A. ANTONIADIS,
Le Vice-Ministre-Président,
Ministre de la Santé et des Affaires sociales, de l'Aménagement du territoire et du Logement
I. WEYKMANS,
La Ministre de la Culture et des Sports, de l'Emploi et des Médias
L. KLINKENBERG,
La Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique

—————
Note

(1) Session 2023-2024
Documents parlementaires : 299 (2023-2024) n° 1 Proposition de décret
299 (2023-2024) n° 2 Propositions d'amendement
299 (2023-2024) n° 3 Propositions d'amendement
299 (2023-2024) n° 4 Rapport
299 (2023-2024) n° 5 Texte adopté en séance plénière
Compte rendu intégral : 14 décembre 2023 - n° 68 Discussion et vote

—————
VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2024/202002]

14 DECEMBER 2023. — Programmadecreet 2023 (1)

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen

en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt:

HOOFDSTUK 1. — PERSOONSGEBONDEN AANGELEGENHEDEN

Afdeling 1. — Gezondheid

Artikel 1 - Artikel 2 van het decreet van 1 juni 2004 betreffende de gezondheidspromotie en inzake medische preventie, gewijzigd bij de decreten van 26 februari 2018 en 27 februari 2023, wordt aangevuld met een vijfde lid, luidende:

"Met behoud van de toepassing van de artikelen 3 tot 4.1 kan de Regering maatregelen op het gebied van de gezondheidspromotie organiseren."

Art. 2 - In hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 22 mei 2023, wordt een artikel 4.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 4.1 - Gerichte ondersteuning van kleine projecten

Binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen kan de Regering een subsidie voor het organiseren en uitvoeren van gerichte projecten en evenementen op het gebied van de gezondheidspromotie toekennen aan instellingen en organisaties, voor zover deze:

1° als vereniging zonder winstoogmerk met zetel in het Duitse taalgebied zijn opgericht;

2° een gedetailleerde beschrijving van de maatregel en een ruwe schatting van de te verwachten ontvangsten en uitgaven indienen;

3° na de uitvoering van de maatregel een activiteitenverslag met relevante informatie indienen.

De subsidie die wordt toegekend op grond van dit artikel, kan niet meer bedragen dan de kosten van de maatregel en is beperkt tot een maximaal subsidiebedrag van 5.000 euro."

Art. 3 - In artikel 10.1 van hetzelfde decreet wordt paragraaf 1, ingevoegd bij het decreet van 27 april 2009, vervangen als volgt:

"§ 1 - De Regering kan maatregelen op het gebied van medische preventie en gezondheidseducatie organiseren in het Duitse taalgebied of gespecialiseerde inrichtingen voor medische preventie die actief zijn in de Duitstalige Gemeenschap, erkennen en ondersteunen. In opdracht van de Regering kunnen gespecialiseerde inrichtingen buiten het Duitse taalgebied taken inzake medische preventie voor de Duitstalige Gemeenschap op zich nemen."

Afdeling 2. — Ouderen

Art. 4 - In artikel 100 van het decreet van 13 december 2018 betreffende het aanbod aan diensten voor ouderen en personen met ondersteuningsbehoefte, alsook betreffende palliatieve zorg, gewijzigd bij het decreet van 28 maart 2022, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het artikel wordt aangevuld met een derde lid, luidende:

"Dienstverrichters van woonzorgcentra voor ouderen kunnen tijdens de overeenkomstig het eerste lid bepaalde overgangperiode in de categorie 'extra ondersteuning' maximaal 3 meer en in de categorie 'geringe ondersteuning' dienovereenkomstig minder aanwezigheidsdagen hebben dan vastgelegd in de overeenkomstig het tweede lid gesloten overeenkomsten. In dat geval:

1° is de bewonersgebonden subsidiëring beperkt tot de maximumsubsidie die in de overeenkomst is vastgelegd;

2° worden de extra gepresteerde aanwezigheidsdagen in de categorie 'extra ondersteuning' bewonersgebonden gesubsidieerd door het aantal extra gepresteerde dagen te vermenigvuldigen met het dagforfait dat geldt voor de categorie 'geringe ondersteuning'";

2° het artikel wordt aangevuld met een vierde lid, luidende:

"Alle dienstverrichters van woonzorgcentra voor ouderen worden na afloop van de overgangperiode vermeld in het eerste lid en met behoud van de toepassing van het tweede lid eenvormig gesubsidieerd per ondersteuningscategorie overeenkomstig artikel 57."

Afdeling 3. — Gezin

Art. 5 - In artikel 7 van het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid, 1°, gewijzigd bij het decreet van 22 mei 2023, worden de woorden "dat bewijst" vervangen door de woorden "dat niet meer dan twee maanden oud is en dat bewijst";

2° in het tweede lid, gewijzigd bij de decreten van 2 mei 2015, 10 december 2020 en 15 december 2021, worden de woorden "de ruimten wordt" vervangen door de woorden "de ruimten van de kinderopvangvoorzieningen met een capaciteit van meer achttien opvangplaatsen wordt" en worden de woorden "onderwijs, dan" vervangen door de woorden "onderwijs en gericht is op leerlingen van het basisonderwijs, dan";

3° tussen het tweede lid en het derde lid, dat het vierde lid wordt, wordt een lid ingevoegd, luidende:

"In afwijking van het tweede lid kan de Regering gevallen bepalen waarin een gunstig brandveiligheidsadvies vereist is voor kinderopvangvoorzieningen met een capaciteit van achttien of minder opvangplaatsen.";

4° in het vierde lid, dat het vijfde lid wordt, worden de woorden "het eerste lid" vervangen door de woorden "dit artikel".

Art. 6 - In artikel 8, § 1, derde lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "derde lid" vervangen door de woorden "vierde lid".

Art. 7 - In artikel 9 van hetzelfde decreet wordt tussen het eerste lid en het tweede lid, dat het derde lid wordt, een lid ingevoegd, luidende:

"Bovendien zorgen de erkende dienstverrichters er na het verkrijgen van de erkenning voor dat er steeds een versie die niet meer dan een jaar oud is, beschikbaar is van de documenten vermeld in artikel 7, eerste lid, 1°, betreffende de aldaar vermelde personen."

Art. 8 - In artikel 10.1 van hetzelfde decreet wordt het tweede lid, ingevoegd bij het decreet van 22 mei 2023, vervangen als volgt:

"De Regering bepaalt:

1° de procedures voor de sluiting van een kinderopvangvoorziening wegens dringende noodzakelijkheid;

2° de gevolgen van de sluiting wegens dringende noodzakelijkheid voor de erkenning van de dienstverrichter;

3° de beroepsmogelijkheden in geval van een sluiting wegens dringende noodzakelijkheid."

Art. 9 - Artikel 12 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij de decreten van 12 december 2019 en 22 mei 2023, wordt aangevuld met een vierde lid, luidende:

"Met behoud van de toepassing van het tweede lid kan de Regering de nadere regels bepalen voor een kostenbijdrage die de personen belast met de opvoeding moeten betalen voor de kinderopvang bij gesubsidieerde dienstverrichters en bij het centrum voor kinderopvang van de Duitstalige Gemeenschap."

Afdeling 4. — Sociale aangelegenheden

Art. 10 - In artikel 3 van het decreet van 11 december 2017 betreffende integratie en samenleven in diversiteit worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 12°, ingevoegd bij het decreet van 15 december 2022, worden de woorden "gratis aanbieden aan de deelnemende migranten voor hun minstens vier maanden en hoogstens drie jaar oude kinderen" vervangen door de woorden "gratis garanderen voor de kinderen van de deelnemende migranten";

2° het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 13°, luidende:

"13° persoon die werkzaam is in het toezicht op de kinderen: natuurlijke persoon die werkzaam is in opdracht van de aanbieder van de erkende taal- en integratiecursus en zelf toezicht houdt op kinderen of direct en regelmatig met hen in contact komt."

Art. 11 - Artikel 10.1 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 15 december 2022, wordt vervangen als volgt:

"Art. 10.1 - Toezicht op de kinderen

§ 1 - Voor het behoud van de erkenning van hun taal- en integratiecursussen in het kader van het integratietraject garanderen de aanbieders dat toezicht wordt gehouden op de kinderen.

Het toezicht op de kinderen is gratis voor migranten. Het wordt op hetzelfde moment als de erkende taal- en integratiecursussen aangeboden aan de deelnemende migranten voor hun minstens vier maanden en hoogstens drie jaar oude kinderen.

In afwijking van het tweede lid kan de aanbieder van de erkende taal- en integratiecursussen de Regering verzoeken om een gemotiveerde en in de tijd beperkte afwijking toe te staan voor een of meer hoogstens twaalf jaar oude kinderen van deelnemende migranten.

De Regering bepaalt de nadere regels voor het toezicht op de kinderen, de hoogte van de subsidie en de voorwaarden voor de subsidiëring van het toezicht op de kinderen, alsook de procedure voor het aanvragen van de afwijking vermeld in het derde lid.

§ 2 - Voordat gebruikgemaakt wordt van het toezicht op de kinderen, sluit de aanbieder van de erkende taal- en integratiecursus een overeenkomst met de migrant.

§ 3 - Het toezicht op de kinderen vindt plaats in een passende omgeving en in ruimten die voldoende groot, veilig en proper zijn. De Regering bepaalt de van toepassing zijnde criteria en controleert de ruimten. De veiligheid van de ruimten wordt in het bijzonder bewezen door een gunstig brandveiligheidsadvies van de bevoegde brandweercommandant.

§ 4 - De aanbieder van de erkende taal- en integratiecursus zorgt ervoor dat de personen die in zijn opdracht werkzaam zijn in het toezicht op de kinderen, aan de volgende voorwaarden voldoen voordat ze hun werkzaamheid opnemen:

1° ze dienen een uittreksel uit het strafregister overeenkomstig artikel 596, tweede lid, van het Wetboek van Strafvordering in dat niet meer dan twee maanden oud is en dat bewijst dat ze geen vermelding in het strafregister hebben die hen verbiedt om een activiteit uit te oefenen die onder opvoeding, psycho-medisch-sociale begeleiding, jeugdbijstand, kinderscherming, animatie voor minderjarigen of begeleiding van minderjarigen valt. Indien die personen hun woonplaats in het buitenland hebben, dienen ze een gelijkwaardig document van een bevoegde overheid in waaruit blijkt dat ze een werkzaamheid kunnen uitoefenen op het gebied van opvoeding, psycho-medisch-sociale begeleiding, jeugdbijstand, kinderscherming, animatie of begeleiding van minderjarigen;

2° ze dienen een medisch attest in dat niet ouder is dan twee maanden en dat bekrachtigt dat hun gezondheidstoestand hun toelaat voor kinderen te zorgen;

3° voor zover dit niet blijkt uit het medisch attest vermeld in 2° dienen de vrouwelijke personen die werkzaam zijn in het toezicht op de kinderen en jonger zijn dan 55 jaar, een medisch bewijs in dat ze immuun zijn voor rodehond. De weigering van een eventueel nog noodzakelijke inenting wordt alleen aangenomen op grond van een gemotiveerd medisch attest;

4° ze verplichten zich ertoe geen professionele of niet-professionele activiteit uit te oefenen die onverenigbaar is met toezicht op kinderen of die hen tijdens de te presteren uren van het toezicht op de kinderen zou kunnen afhouden.

De aanbieder van de erkende taal- en integratiecursus zorgt ervoor dat er voor de personen die in zijn opdracht werkzaam zijn in het toezicht op de kinderen, vanaf het moment dat ze hun werkzaamheid hebben opgenomen, steeds een versie van hoogstens een jaar oud beschikbaar is van de documenten vermeld in het eerste lid, 1°.

De Regering kan de in het eerste lid vermelde voorwaarden preciseren en kan aanvullende voorwaarden bepalen, voor zover die kunnen bijdragen tot een verbetering van de kwaliteit van het toezicht op de kinderen en geen bijkomende verwerking van persoonsgegevens tot gevolg hebben met behoud van de toepassing van artikel 29, vierde lid.

§ 5 - De Regering kan een locatie voor kindertoezicht van de aanbieder van een erkende taal- en integratiecursus wegens dringende noodzakelijkheid zonder voorafgaande aanmaning of hoorzitting voorlopig sluiten om een van de volgende redenen:

1° als dat in het belang is van de volksgezondheid;

2° als er ernstige aanwijzingen zijn dat het welzijn, de veiligheid of de gezondheid van de kinderen in gevaar is;

3° als er ernstige aanwijzingen zijn voor een zware schending van de toepasselijke bepalingen.

De Regering bepaalt:

1° de procedure voor het sluiten van de locatie voor kindertoezicht wegens dringende noodzakelijkheid;

2° de gevolgen van de sluiting wegens dringende noodzakelijkheid voor de erkenning van de taal- en integratiecursus;

3° de beroepsmogelijkheden in geval van een sluiting wegens dringende noodzakelijkheid."

Art. 12 - In artikel 28 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid wordt het woord "alsook" vervangen door de woorden "de aanbieders van de erkende taal- en integratiecursussen, alsook";

2° in het tweede lid wordt het woord "alsook" vervangen door de woorden "de aanbieders van de erkende taal- en integratiecursussen, alsook" en worden de woorden "hoofdstukken 3 en 8" vervangen door de woorden "hoofdstukken 2, 3 en 8".

Art. 13 - In artikel 29 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het eerste lid, 1°, wordt aangevuld met de woorden "en van de kinderen vermeld in het vierde lid, 1°";

2° in het eerste lid, 7°, worden de woorden "migrant vermeld" vervangen door de woorden "migrant en van de kinderen vermeld in het vierde lid, 1°, vermeld";

3° tussen het derde lid en het vierde lid, dat het vijfde lid wordt, wordt een lid ingevoegd, luidende:

"De aanbieders van de erkende taal- en/of integratiecursussen, alsook de overeenkomstig artikel 32 aangewezen inspecteurs en externe deskundigen kunnen de volgende toereikende, ter zake dienende en niet-overmatige persoonsgegevens verwerken:

1° betreffende de kinderen op wie toezicht wordt uitgeoefend en de kinderen die voor het toezicht aangemeld worden:

a) identiteitsgegevens en contactgegevens;

b) gezondheidsgegevens;

2° betreffende de ouders van de kinderen vermeld in 1°:

a) identiteitsgegevens en contactgegevens;

b) gegevens over de inschrijving voor een erkende taal- en integratiecursus;

c) gegevens over de benutting van het toezicht op kinderen;

3° betreffende derden, voor zover dat voor het organiseren en het garanderen van het toezicht op de kinderen noodzakelijk is: identiteits- en contactgegevens;

4° betreffende de personen die in opdracht van de aanbieder van een erkende taal- en integratiecursus in het toezicht op de kinderen werkzaam zijn of zich in een wervingsprocedure bevinden:

a) identiteitsgegevens en contactgegevens;

- b) gegevens over de talenkennis;
- c) gegevens over het eindexamen, de opleiding en de beroepservaring;
- d) gegevens over de financiële situatie en over de arbeidsverhouding;
- e) de gezondheidsgegevens vermeld in artikel 10.1, § 4;
- f) de gerechtelijke gegevens vermeld in artikel 10.1, § 4.”

Art. 14 - Artikel 37 van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een paragraaf 5, luidende:

”§ 5 - De aanbieders van de erkende taal- en integratiecursussen en de personen die werkzaam zijn in het toezicht op de kinderen, beschikken over een termijn van drie maanden die ingaat op 1 januari 2024, om de eventuele aanpassingen door te voeren die nodig zijn om te voldoen aan artikel 10.1 van dit decreet.”

Art. 15 - Artikel 4 van het decreet van 14 oktober 2019 houdende erkenning van assistentiedieren en betreffende het recht van personen in begeleiding van een assistentiedier om toegang te hebben tot publieke plaatsen, wordt aangevuld met een tweede en een derde lid, luidende:

”De persoon met ondersteuningsbehoefte draagt het attest vermeld in het eerste lid, 3°, bij zich. Die verplichting vervalt als het assistentiedier overlijdt of niet langer als assistentiedier erkend is. In dat geval vordert de instructeur het attest terug en vernietigt hij het.

De Regering preciseert de voorwaarde vermeld in het eerste lid, 3°.”

Art. 16 - In hetzelfde decreet wordt een artikel 9.1 ingevoegd, luidende:

”Art. 9.1 - Vertrouwelijkheid

Met behoud van de toepassing van andersluidende wettelijke of decretale bepalingen moeten de Regering, de bevoegde dienst en alle andere personen die bij de uitvoering van dit decreet en de uitvoeringsbepalingen ervan betrokken zijn, de gegevens die aan hen toevertrouwd worden in het kader van de uitoefening van hun opdracht, vertrouwelijk behandelen.”

Art. 17 - In hetzelfde decreet wordt een artikel 9.2 ingevoegd, luidende:

”Art. 9.2 - Verwerking van persoonsgegevens

Onverminderd artikel 9.3 is de Regering verantwoordelijk voor de verwerking van de persoonsgegevens vermeld in artikel 9.3. Ze geldt voor de verwerking van die gegevens als verwerker in de zin van artikel 4, punt 7, van de Verordening (EU) 2016/679 van het Europees Parlement en de Raad van 27 april 2016 betreffende de bescherming van natuurlijke personen in verband met de verwerking van persoonsgegevens en betreffende het vrije verkeer van die gegevens en tot intrekking van Richtlijn 95/46/EG (Algemene Verordening Gegevensbescherming).

De Regering en de bevoegde dienst mogen de verzamelde gegevens niet gebruiken voor andere doeleinden dan de uitvoering van hun wettelijke of decretale opdrachten in verband met dit decreet.

De verwerking van persoonsgegevens geschiedt met inachtneming van de toepasselijke regelgeving inzake gegevensbescherming.”

Art. 18 - In hetzelfde decreet wordt een artikel 9.3 ingevoegd, luidende:

”Art. 9.3 - Gegevenscategorieën

De bevoegde dienst kan overeenkomstig artikel 9.2 voor het doeleinde van de controle van de erkenning van een assistentiedier overeenkomstig artikel 4 identiteitsgegevens en contactgegevens met betrekking tot de personen met ondersteuningsbehoefte verwerken.

De bevoegde dienst kan overeenkomstig artikel 9.2 voor het doeleinde van de toekenning van de erkenning als instructeur overeenkomstig artikel 7 identiteitsgegevens en contactgegevens met betrekking tot de personen die een erkenning als instructeur aanvragen, verwerken.

De Regering kan de gegevenscategorieën vermeld in het eerste en het tweede lid preciseren.”

Art. 19 - In hetzelfde decreet wordt een artikel 9.4 ingevoegd, luidende:

”Art. 9.4 - Duur van de gegevensverwerking

De overeenkomstig artikel 9.2 verwerkte gegevens mogen ten hoogste tien jaar worden bewaard in een vorm die identificatie van de betrokkenen mogelijk maakt.

Met behoud van de toepassing van de bepalingen betreffende het archiefwezen worden ze uiterlijk na het verstrijken van die termijn vernietigd.”

Art. 20 - In hetzelfde decreet wordt een artikel 9.5 ingevoegd, luidende:

”Art. 9.5 - Veiligheidsmaatregelen

De Regering en de bevoegde dienst letten er bij de verwerking van de in artikel 9.3 vermelde gegevens op dat gepaste veiligheidsmaatregelen worden genomen.”

Art. 21 - In artikel 12 van het decreet van 21 november 2022 tot oprichting van een adviescommissie voor mensen met een beperking worden de woorden “een verblijfs- en reiskostenvergoeding” vervangen door de woorden “presentiegelden en reisvergoedingen”.

Afdeling 5. — Adoptie

Art. 22 - In hoofdstuk 5 van het decreet van 27 april 2020 betreffende de adoptie van kinderen, gewijzigd bij het decreet van 15 december 2021, wordt een afdeling 8 ingevoegd die het artikel 56.1 bevat, luidende:

”Afdeling 8 - Invordering van niet-fiscale schuldvorderingen”

Art. 23 - In afdeling 8 van hetzelfde decreet wordt een artikel 56.1 ingevoegd, luidende:

”Art. 56.1 - Beroep op de administratie van de Federale Overheidsdienst Financiën die belast is met de inning en invordering van niet-fiscale schuldvorderingen

De bedragen die met toepassing van dit decreet verschuldigd zijn aan de ZBGA, kunnen bij uitblijvende betaling ingevorderd worden overeenkomstig artikel 51.1 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap.”

HOOFDSTUK 2. — CULTURELE AANGELEGENHEDEN

Afdeling 1. — Cultuur

Art. 24 - In artikel 93.1, § 1, van het decreet van 18 november 2013 betreffende de ondersteuning van cultuur in de Duitstalige Gemeenschap, ingevoegd bij het decreet van 10 december 2020 en gewijzigd bij de decreten van 26 april 2021 en 15 december 2022, wordt tussen het tweede en het derde lid, dat het vierde lid wordt, een lid ingevoegd, luidende:

“Voor cultuurcentra worden de kalenderjaren 2020 en 2021 buiten beschouwing gelaten voor de classificatie in het jaar 2024 met het oog op de ondersteuningsperiode 2025-2029, voor zover dit gunstig is voor de aanvraag. Voor het kalenderjaar 2022 worden de kwantitatieve criteria vermeld in het eerste lid met één derde verlaagd.”

Art. 25 - In artikel 93.2, § 1, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 10 december 2020 en gewijzigd bij de decreten van 26 april 2021 en 15 december 2022, wordt tussen het tweede en het derde lid, dat het vierde lid wordt, een lid ingevoegd, luidende:

“Voor cultuurorganisatoren worden de kalenderjaren 2020 en 2021 buiten beschouwing gelaten voor de classificatie in het jaar 2024 met het oog op de ondersteuningsperiode 2025-2029, voor zover dit gunstig is voor de aanvraag. Voor het kalenderjaar 2022 worden de bezoekersaantallen vermeld in het eerste lid met één derde verlaagd.”

Art. 26 - In artikel 93.3, § 1, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 10 december 2020 en gewijzigd bij de decreten van 26 april 2021 en 15 december 2022, wordt tussen het tweede en het derde lid, dat het vierde lid wordt, een lid ingevoegd, luidende:

“Voor cultuurproducenten worden de kalenderjaren 2020 en 2021 buiten beschouwing gelaten voor de classificatie in het jaar 2024 met het oog op de ondersteuningsperiode 2025-2029, voor zover dit gunstig is voor de aanvraag. Voor het kalenderjaar 2022 worden de kwantitatieve criteria vermeld in het eerste lid met één derde verlaagd.”

Afdeling 2. — Jeugd

Art. 27 - In artikel 20, § 1, eerste lid, van het decreet van 6 december 2011 ter ondersteuning van het jeugdwerk, vervangen bij het decreet van 14 december 2021, worden de woorden “de door de Regering belaste dienst,” ingevoegd tussen de woorden “waarin de Regering,” en de woorden “een vertegenwoordiger van de gemeenten”.

Art. 28 - In artikel 30 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij de decreten van 20 februari 2017 en 14 december 2021, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het opschrift worden de woorden “en begeleiding” ingevoegd tussen het woord “Doelstelling” en de woorden “van het mobiele jeugdwerk”;

2° in § 2, eerste lid, wordt een bepaling onder 4.1° ingevoegd, luidende:

“4.1 vertegenwoordigers van het jeugdbureau”;

Afdeling 3. — Sport

Art. 29 - In artikel 8, derde lid, van het sportdecreet van 19 april 2004, hersteld bij het decreet van 22 juni 2020 en gewijzigd bij het decreet van 24 januari 2022, wordt een bepaling onder 8.1° ingevoegd, luidende:

“8.1° projecten uitvoeren voor het herkennen van talenten en het ontwikkelen van talenten bij leerlingen van een door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerde of gesubsidieerde basisschool voor gewoon of gespecialiseerd onderwijs”;

Art. 30 - In artikel 9, eerste lid, 8°, c), van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 22 juni 2020, worden de woorden “de schoolsport” vervangen door de woorden “de door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerde of gesubsidieerde scholen voor gewoon of gespecialiseerd onderwijs”.

Art. 31 - In artikel 16, § 1, derde lid, tweede streepje, van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 22 juni 2020, worden de woorden “de sport op school” vervangen door de woorden “de door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerde of gesubsidieerde scholen voor gewoon of gespecialiseerd onderwijs”.

Art. 32 - In artikel 20 van hetzelfde decreet wordt het derde lid vervangen als volgt:

“Alle documenten moeten door de voorzitter of de penningmeester van de aanvragende vereniging worden ondertekend.”

Art. 33 - In artikel 22, § 2, van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 24 februari 2014 en laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 15 december 2022, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid worden de woorden “een ondertekende aanvraag in bij de Regering” vervangen door de woorden “bij de Regering een aanvraag in die is ondertekend door hemzelf en door een bevoegd vertegenwoordiger van de sportfederatie”;

2° de inleidende zin van het derde lid, 5°, wordt vervangen als volgt:

“5° een verklaring die is ondertekend door een bevoegd vertegenwoordiger van de sportfederatie waarbij de aanvrager aangesloten is, waaruit blijkt dat:”;

3° in het derde lid, 6°, worden de woorden “het voorgestelde trainingsschema te kunnen volgen” vervangen door de woorden “deel te nemen aan de nodige training en de wedstrijden”;

4° in het derde lid wordt de bepaling onder 7° opgeheven;

5° in het derde lid wordt de bepaling onder 9° opgeheven.

Art. 34 - In artikel 23, vierde lid, 4°, van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 24 februari 2014, worden de woorden “6 euro/trainingseenheid” vervangen door de woorden “7,5 euro/trainingseenheid”.

Art. 35 - In artikel 24 van hetzelfde decreet wordt het tweede lid vervangen als volgt:

“Wat de specifieke voorbereiding op de in het eerste lid vermelde kampioenschappen en de deelneming aan andere internationale wedstrijden betreft, bedraagt de toelage ten hoogste 75

van de in het eerste lid vermelde kosten, voor zover die voorbereiding niet plaatsvindt in het kader van de trainingsactiviteiten van de vereniging of de training in het sportondersteuningscentrum.”

Art. 36 - In artikel 27 van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 27 april 2009 en laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 15 december 2022, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° paragraaf 2 wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

“Begeleiders die een in het eerste lid, 2°, vermelde bacheloropleiding tot bijzonder leermeester lichamelijke opvoeding in het lager onderwijs, onderwijzer van het basisonderwijs of kleuteronderwijzer begonnen zijn en geslaagd zijn voor het eerste jaar, worden ingedeeld in categorie C.”;

2° paragraaf 5 wordt aangevuld met een vierde lid, luidende:

“Voor de begeleiding van kinderen met ondersteuningsbehoefte kunnen per sportkamp hoogstens twee bijkomende begeleiders gesubsidieerd worden. Deze begeleiders worden ingedeeld in de betreffende categorie naar gelang van hun kwalificatie.”

Art. 37 - Artikel 14 van het decreet van 20 november 2006 over het statuut van de sportschutters, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 15 december 2021, wordt aangevuld met een vierde lid, luidende:

“In afwijking van artikel 5, eerste lid, artikel 8, tweede lid, en artikel 9, tweede lid, wordt de geldigheidsduur van de tijdelijke en definitieve licenties die voor het jaar 2023 werden uitgereikt, met een jaar verlengd, ook als in het jaar 2023 niet werd voldaan aan de voorwaarden gesteld in de artikelen 6, 7, 9, eerste lid, en 10.”

Afdeling 4. — Media

Art. 38 - Artikel 1 van het decreet van 1 maart 2021 betreffende de mediadiensten en de filmvoorstellingen wordt vervangen als volgt:

“Artikel 1 - Europese clausule

Dit decreet voorziet in de gedeeltelijke omzetting van de volgende richtlijnen, voor zover ze onder de bevoegdheid van de Duitstalige Gemeenschap vallen:

1° Richtlijn 2010/13/EU van het Europees Parlement en de Raad van 10 maart 2010 betreffende de coördinatie van bepaalde wettelijke en bestuursrechtelijke bepalingen in de lidstaten inzake het aanbieden van audiovisuele mediadiensten (richtlijn audiovisuele mediadiensten) (gecodificeerde versie);

2° Richtlijn (EU) 2015/1535 van het Europees Parlement en de Raad van 9 september 2015 betreffende een informatieprocedure op het gebied van technische voorschriften en regels betreffende de diensten van de informatiemaatschappij (codificatie);

3° Richtlijn (EU) 2018/1808 van het Europees Parlement en de Raad van 14 november 2018 tot wijziging van Richtlijn 2010/13/EU betreffende de coördinatie van bepaalde wettelijke en bestuursrechtelijke bepalingen in de lidstaten inzake het aanbieden van audiovisuele mediadiensten (richtlijn audiovisuele mediadiensten) in het licht van een veranderende marktsituatie;

4° Richtlijn (EU) 2018/1972 van het Europees Parlement en de Raad van 11 december 2018 tot vaststelling van het Europees wetboek voor elektronische communicatie (herschikking);

5° Richtlijn (EU) 2019/882 van het Europees Parlement en de Raad van 17 april 2019 betreffende de toegankelijkheidsvoorschriften voor producten en diensten.

Dit decreet past de volgende verordeningen toe, voor zover ze onder de bevoegdheid van de Duitstalige Gemeenschap vallen:

1° Verordening (EG) nr. 1/2003 van de Raad van 16 december 2002 betreffende de uitvoering van de mededingingsregels van de artikelen 81 en 82 van het Verdrag;

2° Verordening (EU) 2015/2120 van het Europees Parlement en de Raad van 25 november 2015 tot vaststelling van maatregelen betreffende open-internettoegang en retailtarieven voor gereguleerde communicaties binnen de EU en tot wijziging van Richtlijn 2002/22/EG en Verordening (EU) nr. 531/2012;

3° Verordening (EU) 2016/679 van het Europees Parlement en de Raad van 27 april 2016 betreffende de bescherming van natuurlijke personen in verband met de verwerking van persoonsgegevens en betreffende het vrije verkeer van die gegevens en tot intrekking van Richtlijn 95/46/EG (algemene verordening gegevensbescherming);

4° Verordening (EU) 2018/1971 van het Europees Parlement en de Raad van 11 december 2018 tot instelling van het Orgaan van Europese regulerende instanties voor elektronische communicatie (Berec) en het Bureau voor ondersteuning van Berec (Berec-Bureau), tot wijziging van Verordening (EU) 2015/2120 en tot intrekking van Verordening (EG) nr. 1211/2009;

5° Verordening (EU) 2022/1925 van het Europees Parlement en de Raad van 14 september 2022 over betwistbare en eerlijke markten in de digitale sector, en tot wijziging van Richtlijnen (EU) 2019/1937 en (EU) 2020/1828 (digitaalemarktenverordening);

6° Verordening (EU) 2022/2065 van het Europees Parlement en de Raad van 19 oktober 2022 betreffende een eengemaakte markt voor digitale diensten en tot wijziging van Richtlijn 2000/31/EG (digitaal dienstenverordening).”

Art. 39 - In artikel 3 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepalingen onder 3° en 4° worden vervangen als volgt:

“3° consumentenapparatuur bestemd voor de ontvangst van lineaire audiovisuele en auditieve mediasignalen;

4° consumentenapparatuur met interactieve functies die bedoeld zijn voor de organisatie van filmvoorstellingen in het Duitse taalgebied en die worden gebruikt om toegang te krijgen tot audiovisuele mediadiensten; en”

2° in paragraaf 1 wordt een bepaling onder 5 ingevoegd, luidende:

“5° e-lezers en e-boeken.”;

3° in paragraaf 2 wordt de bepaling onder 3° vervangen als volgt:

“3° de ondernemingen die openbare elektronischecomunicatienetwerken en -diensten, met inbegrip van bijbehorende faciliteiten en bijbehorende diensten aanbieden in de Duitstalige Gemeenschap, en ondernemingen die in de Duitstalige Gemeenschap e-lezers, e-boeken of nieuwe voertuigen van categorie M te koop of te huur aanbieden.”

Art. 40 - In artikel 4 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij de decreten van 15 december 2021 en 15 december 2022, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 4° wordt het woord “programma’s” vervangen door de woorden “programma’s in de vorm van een reeks bewegende beelden, al dan niet met geluid,”;

2° in de bepaling onder 7° wordt het woord “programma’s” vervangen door de woorden “programma’s in de vorm van geluiden”;

3° er wordt een bepaling onder 13.1° ingevoegd, luidende:

“13.1° dienst van de informatiemaatschappij: elke dienst die gewoonlijk tegen vergoeding, langs elektronische weg, op afstand en op individueel verzoek van een afnemer van diensten verricht wordt, waarbij alleen tussenhandeldiensten in de zin van 60.1° betrokken zijn.

In deze definitie wordt verstaan onder:

a) “op afstand”: een dienst die geleverd wordt zonder dat de partijen gelijktijdig aanwezig zijn;

b) "langs elektronische weg": een dienst die verzonden en ontvangen wordt via elektronische apparatuur voor de verwerking (met inbegrip van digitale compressie) en de opslag van gegevens, en die geheel via draden, radio, optische middelen of andere elektromagnetische middelen wordt verzonden, doorgeleid en ontvangen;

c) "op individueel verzoek van een afnemer van diensten": een dienst die op individueel verzoek via de transmissie van gegevens wordt geleverd.;"

4° er wordt een bepaling onder 13.2° ingevoegd, luidende:

"13.2° e-boek: een dienst voor het ter beschikking stellen van digitale bestanden met een elektronische versie van een boek, die kunnen worden geopend, doorgebladerd, gelezen en gebruikt, alsmede van de software, daaronder begrepen diensten op basis van mobiele apparaten, waaronder mobiele applicaties, die nodig is om deze bestanden te openen, te doorbladeren, te lezen en te gebruiken, met uitzondering van software die valt onder de definitie van bepaling 13.3°;"

5° er wordt een bepaling onder 13.3° ingevoegd, luidende:

"13.3° e-lezer: een speciaal toestel, met apparatuur en software, om e-boekbestanden te openen, te doorbladeren, te lezen en te gebruiken;"

6° er wordt een bepaling onder 20.1° ingevoegd, luidende:

"20.1° Europese Raad voor digitale diensten: de raad die wordt opgericht overeenkomstig Verordening (EU) 2022/2065;"

7° er wordt een bepaling onder 32.1° ingevoegd, luidende:

"32.1° digitaledienstencoördinator: de autoriteit die wordt aangewezen overeenkomstig Verordening (EU) 2022/2065;"

8° (geldt alleen voor de Duitse tekst);

9° er wordt een bepaling onder 60.1° ingevoegd, luidende:

"60.1° tussenhandeldienst: een dienst in de zin van artikel 3, onder g), van Verordening (EU) 2022/2065 voor zover een videoplatform of andere audiovisuele of auditieve mediadiensten worden aangeboden;"

10° de bepaling onder 61° wordt vervangen als volgt:

"61° Verordening (EU) 2015/2120: Verordening (EU) 2015/2120 van het Europees Parlement en de Raad van 25 november 2015 tot vaststelling van maatregelen betreffende open-internettoegang en retailtarieven voor gereguleerde communicaties binnen de EU en tot wijziging van Richtlijn 2002/22/EG en Verordening (EU) nr. 531/2012;"

11° er wordt een bepaling onder 61.2° ingevoegd, luidende:

"61.2° Verordening (EU) 2022/1925: Verordening (EU) 2022/1925 van het Europees Parlement en de Raad van 14 september 2022 over betwistbare en eerlijke markten in de digitale sector, en tot wijziging van Richtlijnen (EU) 2019/1937 en (EU) 2020/1828 (digitaalmarktenverordening);"

12° er wordt een bepaling onder 61.3° ingevoegd, luidende:

"61.3° Verordening (EU) 2022/2065: Verordening (EU) 2022/2065 van het Europees Parlement en de Raad van 19 oktober 2022 betreffende een eengemaakte markt voor digitale diensten en tot wijziging van Richtlijn 2000/31/EG (digitaledienstenverordening);"

13° in de bepaling onder 64° worden de woorden "een tussenhandeldienst in de zin van 60.1°, dat wil zeggen" ingevoegd tussen het woord "videoplatformdienst: " en de woorden "een economische dienst".

Art. 41 - In artikel 7, § 2, van hetzelfde decreet worden in de inleidende zin de woorden "of illegale en schadelijke inhoud" ingevoegd tussen de woorden "geen mediadiensten" en het woord "aanbieden".

Art. 42 - In artikel 17 van hetzelfde decreet wordt het eerste lid vervangen als volgt:

"Aanbieders van audiovisuele mediadiensten nemen passende maatregelen om ervoor te zorgen dat audiovisuele mediadiensten die de lichamelijke, geestelijke of zedelijke ontwikkeling van minderjarigen kunnen aantasten alleen op zodanige wijze beschikbaar worden gemaakt dat minderjarigen deze normaliter niet zullen horen of zien. De maatregelen zijn evenredig aan de mogelijke schade die het programma kan berokkenen. De betrokken aanbieders waarborgen dat de meest schadelijke inhoud, zoals nodeloos geweld en pornografie, is onderworpen aan de strengste maatregelen."

Art. 43 - Artikel 45 van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

"De Mediaraad kan de beschikbaarstelling van elektronische communicatiediensten verbieden om de naleving van de bepalingen van titel 2 betreffende de programma's en hun inhoud en in het bijzonder van artikel 7 af te dwingen."

Art. 44 - In artikel 48, tweede lid, 3°, van hetzelfde decreet worden de woorden "artikel 69, § 4" vervangen door de woorden "artikel 73, § 4".

Art. 45 - Artikel 52 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij de decreten van 15 december 2021 en 15 december 2022, wordt aangevuld met een derde lid, luidende:

"Wanneer een auditieve mediadienst in verschillende vormen wordt uitgezonden (analoog en digitaal via het radiospectrum en/of digitaal via het internet), geldt de categorie waartoe de analoge uitzending van die auditieve mediadienst behoort op grond van het tweede lid, ook voor de digitale uitzending ervan."

Art. 46 - Artikel 53 van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

"De aanbieders van mediadiensten vervullen de voorwaarden vermeld in het eerste lid gedurende de hele tijd dat ze het toegewezen radiospectrum gebruiken."

Art. 47 - Artikel 54 van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

"De aanbieders van mediadiensten vervullen de voorwaarden vermeld in het eerste lid en in de artikelen 55 en 56 gedurende de hele tijd dat ze het toegewezen radiospectrum gebruiken."

Art. 48 - In artikel 58, § 1, van hetzelfde decreet wordt het zesde lid, gewijzigd bij het decreet van 15 december 2021, vervangen als volgt:

"Uiterlijk zes weken nadat is vastgesteld dat de aanvragen volledig zijn, neemt de Mediaraad een beslissing en hij deelt zijn beslissing zo snel mogelijk mee aan de betrokkene of betrokkenen. De Mediaraad publiceert de beslissing op zijn website."

Art. 49 - Artikel 61 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"Art. 61 - Verhuur of gebruik door derden van gebruiksrechten voor radiospectrum

Het verhuren van individuele gebruiksrechten voor radiospectrum kan geheel of gedeeltelijk toegestaan worden. De ondernemingen die over gebruiksrechten voor radiospectrum beschikken, kunnen de uitzending van hun programma's ook uitbesteden aan derden. De toewijzing bepaalt of en in hoeverre verhuur of gebruik door derden plaatsvindt. Bovendien legt ze de voorwaarden vast."

Art. 50 - Artikel 63 van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 15 december 2022, wordt vervangen als volgt:

"Art. 63 - Proefprojecten, behoefte aan radiospectrum voor een korte termijn, testuitzendingen

In gerechtvaardigde bijzondere gevallen, in het bijzonder om innovatieve technologieën te testen of in geval van behoefte aan radiospectrum voor een korte termijn, kan de Mediaraad aanvragen tot toewijzing van radiospectrum voor een bepaalde duur inwilligen. De met redenen omklede aanvraag wordt schriftelijk ingediend bij de Mediaraad. Artikel 54, 4°, alsook de artikelen 55, 56, 58, 59 en 65 worden door de Mediaraad mutatis mutandis toegepast.

In de tijd beperkte testuitzendingen om de efficiëntie van de ontvangstdekking door een specifieke radiofrequentie te controleren, worden gewoon gemeld aan de Mediaraad, waarbij gewaarborgd moet zijn dat er geen schadelijke interferentie optreedt."

Art. 51 - In artikel 100 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 1 wordt het woord "mediadiensten" vervangen door de woorden "mediadiensten, en e-lezers";

2° in § 2, eerste lid, worden de woorden "en e-boeken" ingevoegd tussen het woord "diensten" en de woorden "die na".

Art. 52 - In artikel 103, § 1, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepaling onder 3° wordt aangevuld met de woorden "en overeenkomstig artikel 37 van Verordening (EU) 2022/1925";

2° in de bepaling onder 6° wordt het woord "en" opgeheven;

3° in de bepaling onder 7° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma;

4° het artikel wordt aangevuld met de bepalingen onder 8° tot 10°, luidende:

"8° de digitaalcoördinatoren die voor België en de andere lidstaten aangeduid werden op grond van artikel 49, lid 2, van Verordening (EU) 2022/2065;

9° de op grond van artikel 61 van Verordening (EU) 2022/2065 opgerichte Europese Raad voor digitale diensten; en

10° de andere bevoegde autoriteiten, naast de Mediaraad, die bovendien aangeduid werden als digitaalcoördinator van de federale staat of van de gemeenschappen overeenkomstig artikel 49, lid 1, van Verordening (EU) 2022/2065."

Art. 53 - Artikel 112 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij de decreten van 15 december 2021 en 15 december 2022, wordt aangevuld met een paragraaf 3, luidende:

"§ 3 - De Mediaraad is de bevoegde autoriteit van de Duitstalige Gemeenschap in de zin van artikel 49, lid 1, van Verordening (EU) 2022/2065. Hij staat in voor het toezicht op de aanbieders van tussenhandeldiensten overeenkomstig artikel 4, 60.1°, en de naleving van Verordening (EU) 2022/2065 in dat opzicht.

In het kader van zijn bevoegdheden is de Mediaraad eveneens de bevoegde autoriteit van de Duitstalige Gemeenschap voor het toezicht op de aanbieders van mediadiensten en de naleving van Verordening (EU) 2022/1925 in dat opzicht."

Art. 54 - In artikel 115, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 10° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma;

2° het lid wordt aangevuld met een bepaling onder 11°, luidende:

"11° te kunnen controleren of de bepalingen van titel 2 worden nageleefd."

Art. 55 - In artikel 127, § 2, 2°, van hetzelfde decreet worden de woorden "artikel 53, § 2, 6°" vervangen door de woorden "artikel 52, tweede lid, 6°".

Art. 56 - In artikel 137.2 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 15 december 2022, worden de woorden "§ 1 -" opgeheven.

Art. 57 - De inleidende zin van artikel 138, eerste lid, van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"In geval van schending van de bepalingen van titel 2 en de uitvoeringsbepalingen ervan, alsook in geval van schending van de algemene wetgeving betreffende de mediadiensten, in het bijzonder in geval van niet-naleving van de overeenkomsten die overeenkomstig artikel 11 zijn gesloten, in geval van schending van de bepalingen betreffende de publiekrechtelijke opdracht van het BRF die voortvloeien uit het decreet van 27 juni 1986 betreffende het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap, of als de aanbieders van tussenhandeldiensten zich niet houden aan de toepasselijke bepalingen van Verordening (EU) 2022/1925 en Verordening (EU) 2022/2065 of de maatregelen die de Mediaraad aangenomen heeft ter uitvoering van artikel 112, § 3, kan de Mediaraad de volgende sancties opleggen aan de betrokken aanbieders van mediadiensten: "

Art. 58 - De inleidende zin van artikel 139, § 1, van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt:

"Bij niet-naleving van de verplichtingen vervat in titel 3, hoofdstukken 2, 3 en 4, en van de verplichtingen vervat in artikel 100, kan de Mediaraad de volgende sancties opleggen aan de betrokken aanbieders van elektronische communicatienetwerken of -diensten en in het geval van inbreuken op artikel 100 ook aan andere aanbieders van eindapparatuur voor gebruik door consumenten met interactieve computerfuncties, voor toegang tot audiovisuele mediadiensten, van e-lezers en van diensten en e-boeken die toegang verschaffen tot audiovisuele mediadiensten: ".

Art. 59 - In het opschrift van artikel 145 van hetzelfde decreet wordt het woord "programma's" vervangen door het woord "mediadiensten".

Art. 60 - In bijlage 1 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het eerste lid van afdeling I wordt vervangen als volgt:

"Eindapparatuur voor gebruik door consumenten, met interactieve computerfuncties, voor toegang tot audiovisuele mediadiensten, en e-boeken moeten zodanig worden ontworpen en geproduceerd dat zij het te verwachten gebruik door personen met ondersteuningsbehoefte zo veel mogelijk bevorderen, en moeten vergezeld gaan, waar mogelijk in of op het product, van toegankelijke informatie over de manier waarop zij werken en over hun toegankelijkheidsfuncties.";

2° afdeling IV wordt vervangen als volgt:

"Afdeling IV - Bijzondere toegankelijkheidsvoorschriften

a) E-lezers zijn voorzien van technologie voor het omzetten van tekst in spraak.

b) Eindapparatuur voor gebruik door consumenten, met interactieve computerfuncties, voor toegang tot audiovisuele mediadiensten maakt de toegankelijkheidscomponenten die de aanbieder van audiovisuele mediadiensten ter beschikking stelt voor de gebruikerstoegang, de selectie van opties, de bediening, de personalisering en de transmissie naar hulpparaten, bruikbaar voor personen met ondersteuningsbehoefte.

c) E-boeken voldoen aan de volgende vereisten:

i) als ze naast tekst ook audio bevatten, zijn de tekst en audio gesynchroniseerd;

ii) de digitale bestanden van het e-boek beletten niet dat hulptechnologie naar behoren functioneert;

iii) de toegang tot de inhoud, de navigatie door de inhoud en de lay-out, met inbegrip van de dynamische lay-out, en ook de beschikbaarheid van de structuur, flexibiliteit en keuze voor de weergave van de inhoud, zijn gegarandeerd;

iv) alternatieve weergave van de inhoud wordt mogelijk gemaakt en er wordt zorg gedragen voor interoperabiliteit met een veelheid aan hulptechnologieën op een manier die waarneembaar, begrijpelijk, bedienbaar en robuust is;

v) de toegankelijkheidsfuncties ervan zijn vindbaar door de beschikbaarheid van desbetreffende informatie in de vorm van metadata;

vi) de toegankelijkheidsfuncties worden niet geblokkeerd door maatregelen van digitaal rechtenbeheer."

HOOFDSTUK 3. — OPLEIDING EN ONDERWIJS

Art. 61 - Artikel 1 van het decreet van 29 februari 1988 betreffende de beroepsopleiding van de personen die in de landbouw werkzaam zijn wordt aangevuld met een bepaling onder 4°, luidende:

"4. de praktische rijlessen ter voorbereiding op het praktijkexamen voor het rijbewijs voor landbouwvoertuigen in de Duitse taal."

Art. 62 - Artikel 13 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 27 juni 2011, wordt aangevuld met een derde lid, luidende:

"In afwijking van het eerste lid worden de subsidiëeringsvoorwaarden en de betalingsmodaliteiten van de centra van de categorie A voor de taken van coördinatie tussen de centra en de taken van vertegenwoordiging in binnen- en buitenland vastgelegd in een prestatieovereenkomst of in een beheerscontract tussen het centrum, het Instituut voor de opleiding en de voortgezette opleiding in de middenstand en de K.M.O.'s en de Regering."

Art. 63 - Artikel 14 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 27 juni 2011, wordt vervangen als volgt:

"Art. 14 - Op grond van een prestatieovereenkomst of een beheerscontract tussen het centrum, het Instituut voor de opleiding en de voortgezette opleiding in de middenstand en de K.M.O.'s en de Regering kan aan de centra van de categorie A een bijzondere rol worden toegewezen in de coördinatie tussen de centra en in de vertegenwoordiging in binnen- en buitenland van de landbouwkundige beroepsopleidingen en bijscholingen."

Art. 64 - In artikel 15 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 27 juni 2011, wordt het woord "belast" vervangen door de woorden "kan de naleving van de bepalingen van dit decreet op elk moment controleren en kan" en worden de woorden "met de controle" vervangen door de woorden "belasten met de controle".

Art. 65 - In artikel 16, eerste lid, van het decreet van 16 december 1991 betreffende de opleiding en de voortgezette opleiding in de middenstand en de kmo's, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 20 juni 2016, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 18° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma;

2° er wordt een bepaling onder 19° ingevoegd, luidende:

"19° deel te nemen aan beroepsoriëntatieconcepten voor de duale opleiding en in dat kader in het bijzonder de kennismakingsweken te organiseren. De kennismakingsweken hebben de beroepsoriëntatie tot doel en bieden de deelnemers de mogelijkheid onbetaald een of meer dagen in een of meer ondernemingen de beroepen die geleerd kunnen worden in het kader van een duale opleiding en de activiteiten die met deze beroepen verband houden, te leren kennen. De kennismakingsweken hebben niet tot doel beroepservaring op te doen. Ze vinden niet plaats in het kader van een schoolse activiteit en vallen niet onder een referentiekader in het onderwijs. De deelname is kosteloos. De deelnemers aan de kennismakingsweken verrichten niet dezelfde activiteiten als de reguliere werknemers van de onderneming. De kennismakingsweken vinden plaats in de door het Instituut erkende opleidingsondernemingen. Een nog niet door het Instituut erkende onderneming vraagt aan het Instituut toelating om deel te nemen aan de kennismakingsweken. Voor de deelname aan de kennismakingsweken wordt een schriftelijke overeenkomst gesloten tussen de deelnemer en de onderneming.

Op voorstel van het Instituut legt de Regering het volgende vast voor de organisatie van de kennismakingsweken:

a) de nadere regels voor de aanmelding en de toelating van de ondernemingen;

b) de nadere regels voor de aanmelding en de toelating van de deelnemers;

c) de periode waarin de kennismakingsweken georganiseerd worden, de kennismakingsuren en de duur van de pauzes;

d) de verplichtingen van de ondernemingen;

e) de verplichtingen van de deelnemers;

f) de verzekeringsdekking;

g) de inhoud en het model van de overeenkomst;

h) de nadere regels voor de opzegging van de overeenkomst."

Art. 66 - In artikel 4 van het programmadecreet 1997 van 20 mei 1997, gewijzigd bij het decreet van 25 juni 2007, wordt een paragraaf 3.1 ingevoegd, luidende:

"§ 3.1 - De lessen worden van maandag tot zaterdag gegeven."

Art. 67 - In artikel 11, § 1, eerste lid, van het decreet van 30 juni 2003 houdende dringende maatregelen inzake onderwijs 2003, vervangen bij het decreet van 17 mei 2004, wordt het woord "vijf" vervangen door het woord "vier".

Art. 68 - In artikel 21.4, tweede lid, 1°, van het decreet van 17 mei 2004 over maatregelen inzake onderwijs, opleiding en infrastructuur - 2004, ingevoegd bij het decreet van 28 juni 2021, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder a) worden de woorden ", alsook in de voortgezette schoolopleiding" opgeheven;

2° in de bepaling onder *b*) worden de woorden „, alsook in de voortgezette schoolopleiding” ingevoegd tussen het woord “kunstonderwijs” en de dubbelepunt.

Art. 69 - In artikel 21.5, derde lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 28 juni 2021, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de derde zin worden de woorden “en in de voortgezette schoolopleiding” opgeheven;

2° in de vierde zin worden de woorden “en in de voortgezette schoolopleiding” ingevoegd tussen het woord “kunstonderwijs” en het woord “stemt”.

HOOFDSTUK 4. — OVERGEDRAGEN GEWESTAANGELEGENHEDEN

Afdeling 1. — Monumentenzorg

Art. 70 - In de inleidende zin van artikel 10.2, § 1, tweede lid, van het decreet van 23 juni 2008 betreffende de bescherming van monumenten, klein erfgoed, ensembles en historische cultuurlandschappen en betreffende de opgravingen, ingevoegd bij het decreet van 26 februari 2018 en gewijzigd bij het decreet van 10 december 2020, worden de woorden “uiterlijk op 31 december van het voorgaande kalenderjaar” opgeheven.

Art. 71 - In de inleidende zin van artikel 22, eerste lid, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 10 december 2020, worden de woorden “uiterlijk op 31 december van het voorgaande kalenderjaar” opgeheven.

Afdeling 2. — Werkgelegenheid

Art. 72 - In de wet van 30 april 1999 betreffende de tewerkstelling van buitenlandse werknemers, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 27 maart 2023, wordt een artikel 12.3 ingevoegd, luidende:

“Art. 12.3 - Wordt bestraft hetzij met een strafrechtelijke geldboete van 50 tot 500 euro hetzij met een administratieve geldboete van 25 tot 250 euro, de werkgever, zijn aangestelde of zijn lasthebber die wettelijk verplicht is een woning ter beschikking te stellen van de werknemer of die deze verplichting zelf is aangegaan in het kader van de arbeidsovereenkomst, en die zich niet houdt aan de wettelijke verplichtingen die daarop van toepassing zijn.”

Art. 73 - In dezelfde wet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 27 maart 2023, wordt een artikel 12.4 ingevoegd, luidende:

“Art. 12.4 - In geval van intrekking van de vergunning met het oog op seizoenarbeid is de werkgever aansprakelijk voor de betaling van een vergoeding aan de seizoenarbeider, tenzij de intrekking toe te schrijven is aan de seizoenarbeider. De aansprakelijkheid dekt iedere verplichting die de werkgever niet heeft nageleefd en die hij had moeten nakomen indien de vergunning met het oog op seizoenarbeid niet was ingetrokken. De werkgever betaalt een vergoeding ten bedrage van het loon dat de seizoenarbeider had moeten ontvangen.”

Afdeling 3. — Lokale besturen

Art. 74 - In artikel 2 van de wet van 20 juli 1971 op de begraafplaatsen en de lijkbezorging worden het eerste tot derde lid opgeheven.

Art. 75 - Artikel 171 van het gemeentedecreet van 23 april 2018 in de versie die geldig was voor de inwerkingtreding van het decreet van 25 januari 2021, wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

“De Regering bepaalt in welke gevallen en volgens welke nadere regels tijdelijk mag worden afgeweken van dit artikel.”

Afdeling 4. — Toerisme

Art. 76 - In artikel 3, 8°, van het decreet van 23 januari 2017 ter bevordering van het toerisme worden de woorden “met een toeristisch doel” ingevoegd tussen de woorden “winstoogmerk” en “georganiseerd”.

Art. 77 - Artikel 26 van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 26 februari 2018 en gewijzigd bij de decreten van 12 december 2019 en 15 december 2022, wordt aangevuld met een paragraaf 7, luidende:

“§ 7 - De Regering kan nadere regels vastleggen met betrekking tot de beslissing en de procedure voor het opleggen van een administratieve geldboete.”

Art. 78 - In hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 15 december 2022, wordt een artikel 31.1 ingevoegd, luidende:

“Art. 31.1 - Overgangsbepaling

Voor toeristische verblijven die voorafgaand aan 1 januari 2023 geassocieerd werden met toepassing van de decreten vermeld in artikel 30, 1° tot 3°, of met toepassing van dit decreet, gaat de duur van de classificatie vermeld in artikel 12, § 2, in op 1 januari 2024.”

Afdeling 5. — Ruimtelijke ordening en stedenbouw

Art. 79 - In artikel D.II.37, § 4, van het Waalse Wetboek van Ruimtelijke Ontwikkeling, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, worden de woorden “en het project kadert in een project voor de toeristische valorisering van de bossen, ontwikkeld door de Duitstalige Gemeenschap” opgeheven.

Art. 80 - In artikel D.IV.3, 5°, *b*), van hetzelfde Wetboek worden de woorden “aanmelding bedoeld in artikel D.IV.73” vervangen door de woorden “verklaring bedoeld in artikel D.IV.73.1 of D.VII.1ter”.

Art. 81 - In artikel D.IV.31, § 6, van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 21 november 2022, worden de woorden “de aanvraag bedoeld in § 1” vervangen door de woorden “het verzoek dat er een projectvergadering gehouden wordt overeenkomstig paragraaf 1”.

Art. 82 - In artikel D.IV.31.1, § 4, van hetzelfde Wetboek, ingevoegd bij het decreet van 12 december 2019 en gewijzigd bij het decreet van 21 november 2022, worden de woorden “indiening van het verzoek vermeld in paragraaf 1” vervangen door de woorden “het verzoek dat er een projectvergadering gehouden wordt overeenkomstig paragraaf 1”.

Art. 83 - In artikel D.IV.42 van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van 21 november 2022, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, eerste lid, worden de woorden “wijzigingsplannen en” vervangen door de woorden “wijzigingsdocumenten, alle documenten die overeenstemmen met de wijzigingen, en vereiste bijlagen”;

2° in § 2, eerste lid, wordt het woord “wijzigingsplannen” vervangen door het woord “wijzigingsdocumenten”;

3° in § 5, tweede lid, wordt het woord “wijzigingsplannen” vervangen door het woord “wijzigingsdocumenten”;

4° in § 5, derde lid, wordt het woord “wijzigingsplannen” vervangen door het woord “wijzigingsdocumenten”.

Art. 84 - In artikel D.IV.46, eerste lid, van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, wordt de bepaling onder 2° vervangen als volgt:

“2° vijfenzeventig dagen wanneer:

a) de aanvraag bijzondere bekendmakingsmaatregelen vereist en/of het advies van de diensten of commissies bedoeld in artikel D.IV.35 wordt aangevraagd;

b) of het facultatieve advies van de Regering wordt aangevraagd of het advies van de Regering verplicht is;”.

Art. 85 - In artikel D.IV.57, 5°, van hetzelfde Wetboek worden de woorden “artikel 3, 5°, van het Waalse Wetboek van Huisvesting en Duurzaam Wonen” vervangen door de woorden “artikel 3 van het Waals Wetboek van Duurzaam Wonen”.

Art. 86 - In artikel D.IV.60, vierde lid, van hetzelfde Wetboek, ingevoegd bij het decreet van 21 november 2022, worden de woorden “conformiteitsplannen en/of een fotoreportage overeenkomstig artikel D.IV.73, § 1 of § 2,” vervangen door de woorden “de documenten overeenkomstig artikel D.IV.73” en het lid wordt aangevuld met de volgende zin: “De Regering kan de betreffende bedragen en andere nadere regels vastleggen.”

Art. 87 - In artikel D.IV.63, § 1, derde lid, van hetzelfde Wetboek, ingevoegd bij het decreet van 21 november 2022, wordt het woord “wijzigingsplannen” vervangen door het woord “wijzigingsdocumenten”.

Art. 88 - In artikel D.IV.69 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, wordt het woord “wijzigingsplannen” telkens vervangen door het woord “wijzigingsdocumenten”.

Art. 89 - In artikel D.IV.70, eerste lid, van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van 21 november 2022, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepaling onder 1° wordt vervangen als volgt:

“1° de verklaring vermeld in artikel D.IV.73.1, § 1, tweede lid, 2°;”

2° in de bepaling onder 2° worden de woorden “artikel D.IV.73.2” vervangen door de woorden “artikel D.IV.72.1”.

Art. 90 - In boek IV, titel II, hoofdstuk X, van hetzelfde Wetboek wordt een afdeling 3.1 ingevoegd, die een artikel D.IV.72.1 bevat, luidende:

“Afdeling 3.1 - Vereenvoudigde aanvraag tot wijziging van de toegekende vergunning voorafgaand aan of tijdens de uitvoering van de handelingen of werken”.

Art. 91 - In boek IV, titel II, hoofdstuk X, afdeling 3.1, van hetzelfde Wetboek wordt een artikel D.IV.72.1 ingevoegd, luidende:

“Art. D.IV.72.1 - Overeenkomstig de bepalingen die de Regering kan vastleggen, kan de vergunninghouder bij wijzigingen van het vergunde project of van de in de vergunning vermelde voorwaarden of lasten, nadat de vergunning is toegekend en voordat de geldigheid ervan verstreken is, voorafgaand aan of tijdens de uitvoering van de handelingen of werken, een vereenvoudigde aanvraag tot wijziging van de vergunning indienen bij de overheid die, in voorkomend geval naar aanleiding van een beroepsprocedure, de vergunning heeft verleend, als:

1° het gaat om wijzigingen die ingegeven zijn door technische redenen, die de grote lijnen van het project niet beïnvloeden en die het gevaar, de hinder of de nadelen voor mens of milieu noch direct noch indirect verhogen;

2° of de wijzigingen handelingen of werken in de zin van artikel D.IV.1, § 2, betreffen;

3° of de wijzigingen betrekking hebben op de uitvoering van stedenbouwkundige lasten.

Wijzigingen die onderworpen zijn aan bijzondere bekendmakingsmaatregelen overeenkomstig artikel D.IV.40, kunnen niet worden vergund door middel van een vereenvoudigde aanvraag.

De Regering kan de inhoud van de aanvraag tot wijziging van de vergunning bepalen.

De aanvraag omvat ten minste de gewijzigde plannen en documenten, een aanvullend vervolg op de voorafgaande korte uiteenzetting van de milieueffectenrapportering, alsook een motivering voor de wijzigingen in het licht van de voorwaarden vermeld in het eerste lid.

De bevoegde overheid stelt bij de ontvangst van de aanvraag een indieningsbewijs op overeenkomstig artikel D.IV.32. Ze bezorgt haar beslissing over de wijziging van de vergunning aan de vergunninghouder binnen een termijn van:

1° dertig dagen te rekenen vanaf de datum van het indieningsbewijs als er geen advies vereist is;

2° zestig dagen te rekenen vanaf de datum van het indieningsbewijs als er één of meer adviezen vereist zijn.

Als de beslissing niet binnen de gestelde termijn ter kennis wordt gebracht, wordt de aanvraag tot wijziging als geweigerd beschouwd.

Als de wijzigingen vermeld in het eerste lid betrekking hebben op een goed bedoeld in artikel D.IV.14.1, dan wordt een eensluitend erfgoedadvies ingewonnen voordat de beslissing wordt genomen.

Als de wijzigingen vermeld in het eerste lid betrekking hebben op een project bedoeld in artikel D.IV.17 of op voorwaarden of lasten die door de Regering werden opgelegd, wordt het advies van de Regering ingewonnen als de Regering niet de bevoegde overheid is. In de gevallen vermeld in artikel D.IV.17 is het advies van de Regering een eensluitend advies.

Als de wijzigingen vermeld in het eerste lid betrekking hebben op voorwaarden of lasten die door het gemeentecollege werden opgelegd en het gemeentecollege niet de bevoegde overheid is, wordt het advies van het gemeentecollege ingewonnen voordat de vergunning wordt toegekend.

In afwijking van de artikelen D.IV.37 tot D.IV.39 worden de adviezen vermeld in het zevende tot negende lid overgezonden binnen dertig dagen na verzending van de aanvraag. Na afloop van die termijn wordt het advies gunstig geacht.

Alle instanties die bij de behandeling van het oorspronkelijke project een advies hebben uitgebracht, ontvangen een afschrift van de beslissing.

De beslissing tot wijziging van de vergunning heeft geen enkele weerslag op de vervaltermijn van de vergunning waarvan de wijziging is aangevraagd en leidt niet tot een verlenging van die termijn.”

Art. 92 - In boek IV, titel II, hoofdstuk X van hetzelfde Wetboek wordt het opschrift van afdeling 4, vervangen bij het decreet van 21 november 2022, vervangen als volgt:

“Afdeling 4 - Documenten na uitvoering van de handelingen of werken”.

Art. 93 - Artikel D.IV.73 van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van 21 november 2022, wordt vervangen als volgt:

"Art. D.IV.73 - Uiterlijk drie maanden na het verstrijken van de geldigheid van de vergunning voor handelingen of werken dient de vergunninghouder of de eigenaar van het goed volgende documenten in bij de overheid die, in voorkomend geval naar aanleiding van een beroepsprocedure, de vergunning heeft verleend:

1° ofwel een verklaring op erewoord dat de handelingen of werken die werden uitgevoerd op grond van de toegekende vergunning, volledig in overeenstemming zijn met de vergunning, en een fotoreportage die de buitenkant van het voltooide bouwwerk of de uitgevoerde handelingen of werken laat zien;

2° ofwel, indien de overeenstemming met de vergunning niet kan worden bevestigd door de vergunninghouder of de eigenaar en er verschillen zijn tussen de werkelijke situatie en de vergunning:

a) indien een beroep moest worden gedaan of is gedaan op een architect, de door de architect medeondertekende en gedagtekende plannen die, op basis van correcte afmetingen, de werkelijke situatie na de uitvoering van de handelingen of werken en de lasten weergeven, en een fotoreportage die de buitenkant van het voltooide bouwwerk of de uitgevoerde handelingen of werken laat zien;

b) indien geen beroep moest worden gedaan of is gedaan op een architect, een fotoreportage die de buitenkant van het voltooide bouwwerk of de uitgevoerde handelingen of werken laat zien.

De Regering kan de inhoud bepalen van de in het eerste lid vermelde documenten."

Art. 94 - Artikel D.IV.73.1 van hetzelfde Wetboek, ingevoegd bij het decreet van 21 november 2022, wordt vervangen als volgt:

"Art. D.IV.73.1 - § 1 - Overeenkomstig de bepalingen die de Regering kan vastleggen, bevestigt de in artikel D.IV.73 vermelde overheid binnen een termijn van vijftien dagen na de indiening van de stukken overeenkomstig artikel D.IV.73, de ontvangst van die stukken aan de vergunninghouder of de eigenaar van het goed, en brengt ze de vrijgave van de financiële garantie die is gesteld overeenkomstig artikel D.IV.60, vierde lid, op gang.

Tegelijkertijd met de bevestiging van de ontvangst van de stukken bezorgt diezelfde overheid aan de vergunninghouder of de eigenaar van het goed een verklaring die bevestigt:

1° ofwel dat het dossier wordt gesloten op basis van de verklaring op erewoord en de fotoreportage;

2° ofwel dat de verschillen tussen de werkelijke situatie en de vergunning die blijken uit de stukken:

a) niet vergunningsplichtig zijn en het dossier gesloten wordt; of

b) wijzigingen zijn die ingegeven zijn door technische redenen, die de grote lijnen van het project niet beïnvloeden en die het gevaar, de hinder of de nadelen voor mens of milieu noch direct noch indirect verhogen en het dossier derhalve gesloten wordt; of

c) wijzigingen in de zin van artikel D.IV.1, § 2, zijn die de grote lijnen van het project niet beïnvloeden en die het gevaar, de hinder of de nadelen voor mens of milieu noch direct noch indirect verhogen en het dossier derhalve gesloten wordt;

3° ofwel dat de verschillen tussen de werkelijke situatie en de vergunning die blijken uit de stukken, vergunningsplichtig zijn en moeten worden vergund door middel van een nieuwe aanvraag. In dat geval verbindt de overheid of de persoon die zij daartoe gemachtigd heeft, een termijn van minstens drie maanden en hoogstens twee jaar aan het verkrijgen van de vergunning. Deze verklaring geldt als voorafgaande waarschuwing overeenkomstig artikel D.VII.4;

4° ofwel dat de verschillen tussen de werkelijke situatie en de vergunning die blijken uit de stukken, niet kunnen worden vergund. In dat geval verbindt de overheid of de persoon die zij daartoe gemachtigd heeft, een termijn van minstens drie maanden en hoogstens twee jaar aan de aanpassing van de vergunning. Deze verklaring geldt als voorafgaande waarschuwing overeenkomstig artikel D.VII.4.

De Regering bepaalt de vorm en de inhoud van de in het tweede lid vermelde verklaring.

§ 2 - Als de in § 1, tweede lid, vermelde verschillen tussen de werkelijke situatie en de vergunning betrekking hebben op een goed bedoeld in artikel D.IV.14.1, wordt een eensluitend erfgoedadvies ingewonnen voordat de verklaring wordt afgegeven. Dat advies wordt overgezonden binnen dertig dagen na de verzending van de aanvraag. Na afloop van die termijn wordt het advies gunstig geacht.

§ 3 - Een afschrift van de verklaring wordt toegezonden aan het gemeentecollege of de Regering, wanneer dat resp. zij niet de overheid vermeld in paragraaf 1 is."

Art. 95 - In boek IV, titel II, hoofdstuk X, van hetzelfde Wetboek wordt afdeling 4.1, die het artikel D.IV.73.2 bevat, ingevoegd bij het decreet van 21 november 2022, opgeheven.

Art. 96 - Artikel D.IV.84 van hetzelfde Wetboek, gewijzigd bij het decreet van 12 december 2019, wordt aangevuld met een paragraaf 6, luidende:

"§ 6 - In afwijking van de paragrafen 1 tot 4 doet de verklaring dat het dossier gesloten wordt overeenkomstig artikel D.IV.73.1, § 1, tweede lid, 1° of 2°, wanneer ze wordt afgegeven voor het verstrijken van de geldigheidstermijn vermeld in de paragrafen 1 tot 4, de stedenbouwkundige vergunning vervallen voor het niet-uitgevoerde deel van de handelingen en werken."

Art. 97 - In artikel D.IV.109.7, tweede lid, van hetzelfde Wetboek, ingevoegd bij het decreet van 21 november 2022, wordt het woord "tien" vervangen door het woord "vijftien".

Art. 98 - In artikel D.VII.1, § 1, van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van 21 november 2022, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de bepaling onder 1°, b), wordt vervangen als volgt:

"b) de werken en handelingen die het voorwerp uitmaken van een verklaring overeenkomstig artikel D.IV.73.1, § 1, tweede lid, 2°;"

2° de bepaling onder 7° wordt vervangen als volgt:

"7° het niet indienen van de stukken overeenkomstig artikel D.IV.73 of het opstellen van stukken overeenkomstig artikel D.IV.73 die niet overeenstemmen met de werkelijke situatie;"

Art. 99 - In artikel D.VII.1bis, § 1, tweede lid, van hetzelfde Wetboek, ingevoegd bij het decreet van het Waals Gewest van 16 november 2017 en vervangen bij het decreet van 21 november 2022, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 3° worden de woorden "op een goed dat onder een beschermingsmaatregel valt die is opgelegd met toepassing van het erfgoeddecreet" vervangen door de woorden "aan een goed bedoeld in artikel D.IV.14.1";

2° in de bepaling onder 4° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma;

3° het lid wordt aangevuld met een bepaling onder 5°, luidende:

"5° handelingen en werken die na 1 februari 2023 het voorwerp hebben uitgemaakt van een definitieve administratieve maatregel in de zin van artikel D.VII.19 of D.VII.20, of van een definitieve gerechtelijke beslissing waarbij werd vastgesteld dat handelingen en werken niet in overeenstemming zijn met het recht inzake ruimtelijke ordening en stedenbouw."

Art. 100 - Boek VII van hetzelfde Wetboek, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 21 november 2022, wordt aangevuld met een hoofdstuk Iter, dat artikel D.VII.1ter bevat, luidende:

"HOOFDSTUK Iter - Verklaring betreffende de overeenstemming van handelingen en werken met het recht inzake ruimtelijke ordening en stedenbouw".

Art. 101 - In boek VII, hoofdstuk Iter, van hetzelfde Wetboek wordt een artikel D.VII.1ter ingevoegd, luidende:

"Art. D.VII.1ter - § 1 - Overeenkomstig de bepalingen die de Regering kan vastleggen, kan de vergunninghouder of de eigenaar van een goed bij de Regering een verklaring betreffende de overeenstemming van reeds uitgevoerde handelingen of werken met het recht inzake ruimtelijke ordening en stedenbouw aanvragen.

De Regering bepaalt de vorm en de inhoud van de aanvraag tot het verkrijgen van een verklaring betreffende de overeenstemming van reeds uitgevoerde handelingen of werken met het recht inzake ruimtelijke ordening en stedenbouw.

§ 2 - Bij ontvangst van de aanvraag tot het verkrijgen van een verklaring betreffende de overeenstemming van reeds uitgevoerde handelingen of werken met het recht inzake ruimtelijke ordening en stedenbouw, stelt de Regering een indieningsbewijs overeenkomstig artikel D.IV.32 op.

Binnen vijftien dagen na de datum van het indieningsbewijs verklaart de Regering op basis van de stukken en de informatie in de aanvraag:

1° ofwel dat de in de aanvraag genoemde handelingen of werken overeenstemmen met het recht inzake ruimtelijke ordening en stedenbouw, in voorkomend geval met toepassing van het vermoeden vermeld in artikel D.VII.1bis;

2° ofwel dat bepaalde handelingen of werken niet overeenstemmen met het recht inzake ruimtelijke ordening en stedenbouw en moeten worden vergund door middel van een nieuwe aanvraag. In dat geval verbindt de Regering een termijn van minstens drie maanden en hoogstens twee jaar aan het verkrijgen van de vergunning. Deze verklaring geldt als voorafgaande waarschuwing overeenkomstig artikel D.VII.4;

3° ofwel dat bepaalde handelingen of werken niet overeenstemmen met het recht inzake ruimtelijke ordening en stedenbouw en niet kunnen worden vergund. In dat geval verbindt de Regering een termijn van minstens drie maanden en hoogstens twee jaar aan de aanpassing aan de geldende voorschriften en vergunningen. Deze verklaring geldt als voorafgaande waarschuwing overeenkomstig artikel D.VII.4;

4° ofwel dat de met de aanvraag toegezonden informatie het niet mogelijk maakt de verklaring betreffende de overeenstemming van handelingen of werken met het recht inzake ruimtelijke ordening en stedenbouw op te stellen. In dat geval stelt de Regering een lijst op van de vereiste informatie en stukken. De indiening van de op deze lijst vermelde informatie en stukken maakt het voorwerp uit van een nieuw indieningsbewijs, dat het indieningsbewijs vervangt in het eerste lid vervangt."

Art. 102 - In artikel D.VII.7.1 van hetzelfde Wetboek, ingevoegd bij het decreet van 21 november 2022, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 3° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma;

2° het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 4°, luidende:

"4° een verklaring betreffende de overeenstemming van reeds uitgevoerde handelingen of werken met het recht inzake ruimtelijke ordening en stedenbouw overeenkomstig artikel D.VII.1ter, § 2, tweede lid, 1°, is afgegeven."

Art. 103 - In artikel D.VII.18, § 4, van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van 21 november 2022, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° de eerste zin van het vierde lid wordt aangevuld met de woorden "en dient de overeenkomstig D.IV.73 vereiste stukken in";

2° in het vijfde lid worden de woorden "conformiteitsverklaring van de uit te voeren veranderingswerken" vervangen door de woorden "verklaring overeenkomstig artikel D.IV.73.1, § 1, tweede lid, 1° of 2°".

Art. 104 - In artikel D.VII.20, § 3, eerste lid, van hetzelfde Wetboek, vervangen bij het decreet van 21 november 2022, worden de woorden "overeenkomstig artikel D.IV.73.1" opgeheven en het artikel wordt aangevuld met de volgende zin:

"De artikelen D.IV.73 en D.IV.73.1 zijn mutatis mutandis van toepassing."

HOOFDSTUK 5. — INFRASTRUCTUUR

Art. 105 - In de inleidende zin van artikel 2, eerste lid, 11°, van het decreet van 18 maart 2002 betreffende de infrastructuur, ingevoegd bij het decreet van 21 november 2022, worden de woorden "saneringslocatie in de zin van artikel D.II.57.4, § 5, van het Waals Wetboek van Ruimtelijke Ontwikkeling" vervangen door de woorden "overeenkomstig artikel D.II.57.4, § 5, van het Waals Wetboek van Ruimtelijke Ordening vastgelegde omtrek".

Art. 106 - In artikel 7, 9°, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 21 november 2022, wordt het woord "saneringslocatie" vervangen door het woord "omtrek".

Art. 107 - In artikel 11, eerste lid, 3.2°, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 21 november 2022, worden de woorden "saneringslocatie in de zin van artikel D.II.57.4, § 5" vervangen door de woorden "overeenkomstig artikel D.II.57.4, § 5, van het Waals Wetboek van Ruimtelijke Ordening vastgelegde omtrek".

Art. 108 - In artikel 19, § 1, eerste lid, 13°, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 21 november 2022, worden de woorden "saneringslocatie in de zin van artikel D.II.57.4, § 5, van het Waals Wetboek van Ruimtelijke Ordening" vervangen door de woorden "een overeenkomstig artikel D.II.57.4, § 5, van het Waals Wetboek van Ruimtelijke Ordening vastgelegde omtrek".

Art. 109 - In artikel 38, derde lid, van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 25 juni 2007, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder het tweede streepje wordt de kommapunt op het einde vervangen door een punt;

2° de bepaling onder het derde streepje wordt opgeheven.

Art. 110 - In artikel 39, § 3, tweede lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 11 december 2018, worden de woorden „, 1 en 2°,” opgeheven.

Art. 111 - In hetzelfde decreet wordt het opschrift van hoofdstuk II, afdeling 6, ingevoegd bij het decreet van 21 november 2022, vervangen als volgt:

“Afdeling 6 - Omtrekken voor een saneringslocatie of voor een stedelijke verkaveling”.

Art. 112 - In artikel 44.4, eerste lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 21 november 2022, worden de woorden “saneringslocatie in de zin van artikel D.II.57.4, § 5, van het Waals Wetboek van Ruimtelijke Ordening” vervangen door de woorden “overeenkomstig artikel D.II.57.4, § 5, van het Waals Wetboek van Ruimtelijke Ordening vastgelegde omtrek”.

Art. 113 - In artikel 44.6, eerste lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 21 november 2022, wordt het woord “saneringslocatie” vervangen door het woord “omtrek”.

Art. 114 - Artikel 45, 5°, van het programmadecreet 2014 van 24 februari 2014, vervangen bij het decreet van 12 december 2019, wordt vervangen als volgt:

“5° de artikelen 30 tot 38, die in werking treden op 1 januari 2026.”

HOOFDSTUK 6. — DIVERSEN

Afdeling 1. — Non-discriminatie

Art. 115 - Deze afdeling voorziet in de gedeeltelijke omzetting van Richtlijn 2006/54/EG van het Europees Parlement en de Raad van 5 juli 2006 betreffende de toepassing van het beginsel van gelijke kansen en gelijke behandeling van mannen en vrouwen in arbeid en beroep (herschikking).

Art. 116 - Artikel 18 van het decreet van 19 maart 2012 ter bestrijding van bepaalde vormen van discriminatie, gewijzigd bij het decreet van 22 februari 2016, wordt vervangen als volgt:

“Art. 18 - § 1 - Wanneer een persoon op wie een vermeende schending van dit decreet op een ander domein dan dat van de arbeidsverhouding betrekking heeft, een melding doet, een klacht indient of een gerechtelijke procedure instelt, mag er geen nadelige maatregel getroffen worden tegen deze persoon om redenen die verband houden met de melding, de klacht of de gerechtelijke procedure of met de inhoud daarvan.

De in dit artikel bedoelde bescherming geldt niet in geval van misbruik van de procedures. Misbruik kan aanleiding geven tot een schadevergoeding.

§ 2 - In de zin van paragraaf 1 verstaat men onder “melding”, “klacht” en “gerechtelijke procedure”:

1° een melding of klacht bij de organisatie of instelling die verantwoordelijk is voor de vermeende schending;

2° een melding, aangifte of klacht bij de inspecteurs die belast zijn met het toezicht;

3° een melding of klacht bij een dienst die belast is met het toezicht op de handelingen en de werking van bestuurlijke overheden of bestuurlijke instanties of die actief is op het gebied van de buitengerechtelijke geschillenbeslechting;

4° een melding of klacht bij het orgaan bedoeld in artikel 12;

5° een aangifte bij de politie, een vordering met burgerlijkpartijstelling voor de onderzoeksrechter of een kennisgeving aan de procureur des Konings;

6° een gerechtelijke procedure ingesteld door de persoon op wie de vermeende schending betrekking heeft;

7° een gerechtelijke procedure ingesteld ten voordele van de persoon op wie de vermeende schending betrekking heeft, door het orgaan bedoeld in artikel 12 of door de verenigingen of organisaties bedoeld in artikel 13;

8° een gerechtelijke procedure ingesteld in eigen naam en met de toestemming van de persoon op wie de vermeende schending betrekking heeft, door het orgaan bedoeld in artikel 12 of door de verenigingen of organisaties bedoeld in artikel 13.

§ 3 - Om de bescherming bedoeld in paragraaf 1 te genieten, bewijst de persoon op wie de vermeende schending betrekking heeft, dat er wegens een schending van dit decreet een melding is gedaan, een klacht is ingediend of een gerechtelijke procedure is ingesteld. Dit bewijs kan met alle rechtsmiddelen geleverd worden.

Wanneer een persoon binnen twaalf maanden nadat hij kennis heeft gekregen of redelijkerwijs kennis had kunnen krijgen van de melding of de klacht, een nadelige maatregel treft tegen de persoon op wie de vermeende schending betrekking heeft, rust de bewijslast dat de nadelige maatregel geen verband houdt met de melding of de klacht of met de inhoud daarvan, op de persoon die de nadelige maatregel getroffen heeft.

Deze bewijslast rust eveneens op de persoon tegen wie een gerechtelijke procedure is ingesteld wanneer de nadelige maatregel werd getroffen na het instellen van de procedure en dat tot drie maanden na de dag waarop de rechterlijke beslissing in kracht van gewijsde is gegaan.

§ 4 - Wanneer geoordeeld wordt dat een nadelige maatregel in strijd is met paragraaf 1, betaalt degene die de maatregel genomen heeft, aan de persoon op wie de vermeende schending betrekking heeft, naar keuze van die persoon, een schadevergoeding gelijk aan hetzij de in artikel 20, § 2, bedoelde forfaitaire schadevergoeding, hetzij de werkelijk door de persoon geleden schade. In dat laatste geval moet de betrokkene de omvang van de geleden schade bewijzen.

De schadevergoeding bedoeld in deze paragraaf kan worden gecumuleerd met de schadevergoeding wegens discriminatie bedoeld in artikel 20, § 2.

§ 5 - De in dit artikel bedoelde bescherming is eveneens van toepassing op personen die optreden als getuige of een melding hebben gedaan of een klacht hebben ingediend ten voordele van de persoon op wie de vermeende schending betrekking heeft, en op personen die advies, hulp of ondersteuning bieden aan de persoon op wie de vermeende schending betrekking heeft, alsook op personen die de schending van dit decreet opwerpen. De bescherming geldt ook voor de personen ten voordele van wie deze handelingen gesteld worden.

De bepalingen van dit artikel zijn mutatis mutandis van toepassing op de personen bedoeld in het eerste lid.

§ 6 - Wanneer een persoon op wie de vermeende schending betrekking heeft, een melding doet, een klacht indient of een gerechtelijke procedure instelt of wanneer een persoon bedoeld in § 5, eerste lid, de in dat lid bedoelde handelingen stelt, kan die persoon de in paragraaf 2 bedoelde organisatie, dienst of instelling waarbij de handeling gesteld wordt, verzoeken om een schriftelijk en gedagtekend bewijs van de handeling.

§ 7 - Op verzoek van de verwerende partij kan het overeenkomstig paragraaf 2 geadieerde rechtscollege de termijnen bedoeld in paragraaf 3 verkorten."

Art. 117 - Artikel 19 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 22 februari 2016, wordt vervangen als volgt:

"Art. 19 - § 1 - Wanneer een persoon op wie een vermeende schending van dit decreet op het domein van de arbeidsverhouding betrekking heeft, een melding doet, een klacht indient of een gerechtelijke procedure instelt, mag de werkgever geen nadelige maatregel treffen tegen deze persoon om redenen die verband houden met de melding, de klacht of de gerechtelijke procedure of met de inhoud daarvan.

De in dit artikel bedoelde bescherming geldt niet in geval van misbruik van de procedures. Misbruik kan aanleiding geven tot een schadevergoeding.

§ 2 - In de zin van dit artikel verstaat men onder "nadelige maatregel" onder andere de beëindiging van de arbeidsverhouding, de eenzijdige wijziging van de arbeidsvoorwaarden of een nadelige maatregel die getroffen wordt na de beëindiging van de arbeidsverhouding.

§ 3 - In de zin van dit artikel verstaat men onder "melding", "klacht" en "gerechtelijke procedure":

1° een melding of klacht bij de onderneming of de instelling die de persoon tewerkstelt;

2° een melding, aangifte of klacht bij de inspecteurs die belast zijn met het toezicht;

3° een melding of klacht bij een dienst die belast is met het toezicht op de handelingen en de werking van bestuurlijke overheden of bestuurlijke instanties of die actief is op het gebied van de buitengerechtelijke geschillenbeslechting;

4° een melding of klacht bij het orgaan bedoeld in artikel 12;

5° een aangifte bij de politie, een vordering met burgerlijkepartijstelling voor de onderzoeksrechter of een kennisgeving aan de arbeidsauditeur;

6° een gerechtelijke procedure ingesteld door de persoon op wie de vermeende schending betrekking heeft;

7° een gerechtelijke procedure ingesteld ten voordele van de persoon op wie de vermeende inbreuk betrekking heeft, door het orgaan bedoeld in artikel 12 of door de verenigingen of organisaties bedoeld in artikel 13;

8° een gerechtelijke procedure ingesteld in eigen naam en met toestemming van de persoon op wie de vermeende inbreuk betrekking heeft, door het orgaan bedoeld in artikel 12 of door de verenigingen of organisaties bedoeld in artikel 13.

§ 4 - Om de bescherming bedoeld in paragraaf 1 te genieten, bewijst de persoon op wie de vermeende schending betrekking heeft, dat er wegens een schending van dit decreet een melding is gedaan, een klacht is ingediend of een gerechtelijke procedure is ingesteld. Dit bewijs kan met alle rechtsmiddelen geleverd worden.

Wanneer een werkgever binnen twaalf maanden nadat hij kennis heeft gekregen of redelijkerwijs kennis had kunnen krijgen van de melding of de klacht, een nadelige maatregel treft tegen de persoon op wie de vermeende schending betrekking heeft, rust de bewijslast dat de nadelige maatregel geen verband houdt met de melding of de klacht of met de inhoud daarvan, op de werkgever.

Deze bewijslast rust eveneens op de werkgever wanneer de nadelige maatregel werd getroffen na het instellen van de gerechtelijke procedure en dat tot drie maanden na de dag waarop de rechterlijke beslissing in kracht van gewijsde is gegaan.

§ 5 - Wanneer een werkgever in strijd met paragraaf 1 de arbeidsverhouding beëindigt of eenzijdig de arbeidsvoorwaarden wijzigt, kan de persoon op wie de vermeende schending betrekking heeft, of het orgaan bedoeld in artikel 12 of de vereniging of organisatie waarbij deze persoon aangesloten is, met de toestemming van deze persoon, verzoeken dat de onderneming of de instelling de persoon op wie de vermeende schending betrekking heeft, weer opneemt of zijn functie weer onder dezelfde voorwaarden als voordien laat uitoefenen.

Dit verzoek tot wederopname wordt schriftelijk ingediend binnen dertig dagen na de kennisgeving van de beëindiging van de arbeidsverhouding, met of zonder opzegtermijn, of van de eenzijdige wijziging van de arbeidsvoorwaarden. De werkgever maakt zijn standpunt kenbaar binnen dertig dagen volgend op de kennisgeving van het verzoek.

De werkgever die de persoon opnieuw in de onderneming of in de instelling opneemt of zijn functie weer onder dezelfde voorwaarden als voordien laat uitoefenen, moet het wegens ontslag of wijziging van de arbeidsvoorwaarden gederfde loon alsmede de werkgevers- en werknemersbijdragen op dat loon betalen.

Deze paragraaf is niet van toepassing wanneer de nadelige maatregel wordt getroffen nadat de arbeidsverhouding beëindigd werd.

§ 6 - Werkgevers zijn verplicht een schadevergoeding te betalen aan de persoon op wie de vermeende schending betrekking heeft:

1° wanneer de persoon op wie de vermeende schending betrekking heeft, na het verzoek bedoeld in paragraaf 5 niet opnieuw opgenomen wordt of zijn functie niet onder dezelfde voorwaarden als voordien kan uitoefenen, en er geoordeeld werd dat de nadelige maatregel in strijd is met paragraaf 1;

2° wanneer de persoon op wie de vermeende schending betrekking heeft, het in paragraaf 5 bedoelde verzoek niet indient en er geoordeeld werd dat de nadelige maatregel in strijd is met paragraaf 1.

De schadevergoeding is gelijk aan, naar keuze van de persoon op wie de vermeende schending betrekking heeft, hetzij een forfaitair bedrag dat overeenstemt met zes maanden brutoloon, hetzij aan de werkelijk door de persoon geleden schade. In dat laatste geval moet de betrokkene de omvang van de geleden schade bewijzen.

De schadevergoeding bedoeld in deze paragraaf kan worden gecumuleerd met de schadevergoeding wegens discriminatie bedoeld in artikel 20, § 2.

§ 7 - De in dit artikel bedoelde bescherming is eveneens van toepassing op personen die optreden als getuige of een melding hebben gedaan of een klacht hebben ingediend ten voordele van de persoon op wie de vermeende schending betrekking heeft, en op personen die advies, hulp of ondersteuning bieden aan de persoon op wie de vermeende schending betrekking heeft, alsook op personen die de schending van dit decreet opwerpen. De bescherming geldt ook voor de personen ten voordele van wie deze handelingen gesteld worden.

De bepalingen van dit artikel zijn mutatis mutandis van toepassing op de personen bedoeld in het eerste lid.

§ 8 - Wanneer een persoon op wie de vermeende schending betrekking heeft, een melding doet, een klacht indient of een gerechtelijke procedure instelt of wanneer een persoon bedoeld in § 7, eerste lid, de in dat lid bedoelde handelingen stelt, kan die persoon de in paragraaf 3 bedoelde organisatie, dienst of instelling waarbij de handeling gesteld wordt, verzoeken om een schriftelijk en gedagtekend bewijs van de handeling.

§ 9 - De bepalingen van dit artikel zijn ook van toepassing op andere personen dan werkgevers die in het kader van arbeidsverhoudingen personen tewerkstellen of taken toewijzen aan personen."

Art. 118 - Artikel 15, § 2, van het decreet van 21 februari 2022 tot vaststelling van verschillende instrumenten voor informatie- en klachtenbeheer in de Duitstalige Gemeenschap wordt aangevuld met een derde lid, luidende:

"Dit hoofdstuk doet geen afbreuk aan de geldende voorschriften inzake de bestrijding van discriminatie op grond van beschermde criteria in de zin van het decreet van 19 maart 2012 ter bestrijding van bepaalde vormen van discriminatie."

Afdeling 2. — Diensten met afzonderlijk beheer

Art. 119 - In artikel 8bis van het decreet van 20 december 1999 tot wijziging van het decreet van 21 januari 1991 houdende afschaffing en reorganisatie van begrotingsfondsen en tot oprichting van een "Sport-, Freizeit- und Touristikzentrum Worriken" (Sport-, Vrijtijds- en Toerismecentrum van Worriken), dienst met autonoom beheer, ingevoegd bij het decreet van 3 februari 2003 en laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 25 mei 2009, worden de woorden "het "Sport-, Freizeit- und Touristikzentrums Worriken", van het centrum Zentrums "Heidbergkloster, Haus Ternell und Wesertalsperre" en van het "Kultur-, Burg- und Begegnungszentrums Burg-Reuland." vervangen door de woorden "het centrum "Sport- und Ferienpark Worriken", het centrum "Heidbergkloster, Haus Ternell und Wesertalsperre" en het centrum "ViDo Atelier und Herberge"."

HOOFDSTUK 7. — SLOTBEPALINGEN

Art. 120 - Dit decreet treedt in werking op 1 januari 2024, met uitzondering van:

1° artikel 21, dat uitwerking heeft met ingang van 3 december 2022;

2° artikel 4, 1°, dat uitwerking heeft met ingang van 1 januari 2023;

3° artikel 66, dat uitwerking heeft met ingang van 1 september 2023;

4° artikel 37, dat in werking treedt op de dag waarop dit decreet wordt aangenomen;

5° de artikelen 72 en 73, die in werking treden op de dag van hun bekendmaking.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Eupen, 14 december 2023.

O. PAASCH,

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën

A. ANTONIADIS,

De Viceminister-President,
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden, Ruimtelijke Ordening en Huisvesting

I. WEYKMANS,

De Minister van Cultuur en Sport, Werkgelegenheid en Media

L. KLINKENBERG,

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

—
Nota

(1) Zitting 2023-2024

Parlementaire stukken: 299 (2023-2024) Nr. 1 Voorstel van decreet

299 (2023-2024) Nr. 2 Voorstellen tot wijziging

299 (2023-2024) Nr. 3 Voorstellen tot wijziging

299 (2023-2024) Nr. 4 Verslag

299 (2023-2024) Nr. 5 Tekst aangenomen door de plenaire vergadering

Integraal verslag: 14. december 2023 - Nr. 68 Bespreking en aanneming

REGION WALLONNE — WALLONISCHE REGION — WAALS GEWEST

SERVICE PUBLIC DE WALLONIE

[C - 2024/003550]

10 JANVIER 2024. — Arrêté du Gouvernement wallon modifiant divers arrêtés en matière d'aides agricoles

Le Gouvernement wallon,

Vu le règlement (UE) n° 2021/2115 du Parlement européen et du Conseil du 2 décembre 2021 établissant des règles régissant l'aide aux plans stratégiques devant être établis par les États membres dans le cadre de la politique agricole commune (plans stratégiques relevant de la PAC) et financés par le Fonds européen agricole de garantie (FEAGA) et par le Fonds européen agricole pour le développement rural (Feader), et abrogeant les règlements (UE) n° 1305/2013 et (UE) n° 1307/2013 ;

Vu le règlement (UE) n° 2021/2116 du Parlement européen et du Conseil du 2 décembre 2021 relatif au financement, à la gestion et au suivi de la politique agricole commune et abrogeant le règlement (UE) n° 1306/2013 ;

Vu le Code wallon de l'Agriculture, les articles D.4, D.17, § 3, alinéa 2, D.31, D.40, D.61, D.195, D.196, D.241 à D.243, D.245 à D.248, D.249, alinéas 1^{er} et 2, D.250, D.251 et D.263, § 1^{er} et 2 ;

Vu l'arrêté du Gouvernement wallon du 23 février 2023 relatif aux notions communes aux interventions et aides de la politique agricole commune et à la conditionnalité ;